

Stenographisches Protokoll.

13. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

II. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 20. Dezember 1923.

Inhalt.

Regierungsvorlagen: Gesegentwürfe, betr.: 1. Gewährung von Beiträgen der Bundesstraßenverwaltung zur Behebung von Hochwasserschäden in Salzburg (B. 62);

2. Gewährung eines weiteren Betrages der Bundesstraßenverwaltung zur Wiederherstellung der Brücke über die Ill zwischen Gisingen und Hofels in Vorarlberg (B. 63);

3. Überlassung mehrerer Linien der Wiener Stadtbahn an die Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen zur Elektrifizierung und Betriebsführung (B. 64) (263) — Finanz- und Budgetausschuß (300);

4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes (B. 65) (263);

5. Veräußerung eines Teiles des Baugrundes am Ballhausplatz in Wien und des Akademietraktes der Stiftstafel in Wien (B. 66) (300).

Tagesordnung: Antrag des Präsidenten auf Ergänzung und Umstellung der L. D. sowie dringliche Behandlung mehrerer Gegenstände (263).

Ständige Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten: Wahl der Kommission (300).

Sonderausschuß im Sinne des Bankkommissionsgesetzes: Wahl des Ausschusses (300).

Verhandlungen: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 45), betr. das Budgetprovisorium (B. 51) — Berichterstatter Heisl (264), Freundlich (264), Partik (271), Sailer (274), Reiner (276), Alois Bauer (278) — 2. Lesung (279).

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 2), betr. die Ausprägung und Ausgabe von Silbermünzen (B. 50) — Berichterstatter Dr. Odhenaal (279), Allina (281), Dr. Gürtler (284) — 2. Lesung (288).

3. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Regierungsvorlage (B. 17), betr. die Aufhebung von Preisnachlässen beim Bezuge von unveränderten Abdrucken der Katastralmappen (B. 54) — Berichterstatter Dr. Gimpl (288) — 2. Lesung (288).

4. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Regierungsvorlage (B. 18), betr. die Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über äußere Bezeichnung und Namensführung (B. 55) — Berichterstatter Streeruwitz (288) — 2. Lesung (288).

5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 49), betr. die Angleichung der Bezüge der Bundesangestellten in Dienstorten der Ortsklasse I an die Bezüge der Bundesangestellten in Wien (B. 57) — Berichterstatter Kollmann (288), Zwent (288), Steinegger (289), Grailer (289), — 2. u. 3. Lesung (290).

6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 40) über das Bauaufwandsbegünstigungsgesetz vom Jahre 1923 (B. 59) — Generaldebatte — Berichterstatter Partik (290 u. 299), Skaret (290), Volfer (293), Dr. Angerer (293), Adolf Müller (296) — Spezialdebatte — Sever (299) — 2. Lesung (300).

7. Bericht des Justizauschusses über die Regierungsvorlage (B. 4), betr. die Bestrafung des unbefugten Versicherungsbetriebes (B. 60) — Berichterstatter Dr. Schumacher (300) — 2. u. 3. Lesung (300).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Allina, Schiegl, betr. eine authentische Interpretation des Statuts der Österreichischen Nationalbank (41/A);

2. Zwanzger, Muchitsch, Scheibin, Baumgärtel, Hartmann, Zwent über ein Bundesgesetz, betr. Erhöhung der Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbrudern (42/A);

3. Sever, Popp auf ein Bundesgesetz über die Führung der Landesregister (43/A);

4. Dr. Deutsch, Sever auf Erlassung eines Bundesgesetzes, betr. die Gendarmerie (44/A);

5. Sever, Popp, betr. das Eherecht (45/A).

Anfragen: 1. Sailer: Handels- und Verkehrsminister, betr. die Mietzinssteigerungen auf Eisenbahngrundstücken (19/D);

2. Schneeberger, Bretschneider: Bundesregierung, betr. das Lawinenunglück am Lahnjattel (20/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 52, 53, 62, 63, 64 u. 65; Berichte des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten B. 54 u. 55, des Finanz- und Budgetausschusses B. 57, 58 u. 59, des Justizauschusses B. 56, 60 u. 61.

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 18. Dezember als genehmigt.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr. die Gewährung von Beiträgen der Bundesstraßenverwaltung zur Behebung von Hochwasserschäden in Salzburg (B. 62);

die Gewährung eines weiteren Betrages der Bundesstraßenverwaltung zur Wiederherstellung der Brücke über die Ill zwischen Gisingen und Hofels in Vorarlberg (B. 63);

die Überlassung mehrerer Linien der Wiener Stadtbahn an die Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen zur Elektrifizierung und Betriebsführung (B. 64);

die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes (B. 65).

Über Vorschlag des Präsidenten wird die L. D. durch folgende Berichte als Punkte 3 bis 7 ergänzt sowie deren dringliche Behandlung beschlossen:

des Ausschusses für Handel und Gewerbe, über die Regierungsvorlage (B. 17), betr. die Aufhebung

von Preisnachlässen beim Bezuge von unveränderten Abdrucken der Katastralmappen (B. 54);

des Ausschusses für Handel und Gewerbe über die Regierungsvorlage (B. 18), betr. die Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über äußere Bezeichnung und Namensführung (B. 55);

des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 49), betr. die Angleichung der Bezüge der Bundesangestellten in Dienstorten der Ortsklasse I an die Bezüge der Bundesangestellten in Wien (B. 57);

des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 40), betr. das Bauaufwandsbegünstigungsgesetz vom Jahre 1923 (B. 59);

des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (B. 4), betr. die Bestrafung des unbefugten Versicherungsbetriebes (B. 60).

Es wird in die L. D. eingegangen. 1. Punkt ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 45), betr. das Budgetprovisorium (B. 51).

Berichterstatter **Seinl**: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, über die Nummer 51 der Beilagen zu berichten, dieselbe betrifft die Vorlage der Bundesregierung, über das Bundesgesetz über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. April 1924. Da es nicht möglich ist, den Bundesvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1924 noch rechtzeitig der Erledigung zuzuführen, ist es selbstverständlich, daß durch ein Provisorium die gesetzliche Grundlage für die Fortführung der Staatsgeschäfte geschaffen werden muß. Die Regierung hat ursprünglich um ein viermonatiges Provisorium angesucht. Im Einvernehmen mit den Parteien wurde diese Frist von 4 Monaten auf 3 Monate herabgesetzt. Im Laufe der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß wurde seitens der Opposition, und zwar durch die Abg. Freundlich, der Antrag gestellt, daß die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, die vom 1. Jänner 1924 mit 2 Prozent gesetzlich festgelegt werden soll, für Getreide, Mehl, Brot, Fleisch, Milch, Eier, tierische und pflanzliche Fette sowie für Kohle und Brennholz ausgenommen werden soll. Dieser Antrag wurde mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Finanzministeriums, das sich schon seinerzeit auf den Standpunkt gestellt hat, daß auch nur die geringste Ausnähmung von Artikeln von der Warenumsatzsteuer eine Durchlöcherung des ganzen Gesetzes beinhalten würde, von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Ein Antrag des Abg. Dr. Bauer, im § 3, Absatz 1, Punkt 1, dem Bundesminister für Finanzen zu ermächtigen, unbewegliches Bundeseigentum nur bis zum Gesamtwerte von 1 Milliarde (statt 1 1/2 Milliarden) zu veräußern, wurde seitens der Mehrheit des Ausschusses zum Beschluß erhoben.

Ich erlaube mir nun namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen, dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Ich habe schließlich nur noch zu berichten, daß der im Ausschuß abgelehnte Antrag der Frau Abg. Freundlich als Minderheitsbericht angemeldet wurde und dem hohen Haus vorliegt.

Frau **Freundlich**: Hohes Haus! Wir haben jetzt zwei Budgetdebatten, die nebeneinander geführt werden. Wir haben hier im Haus Beratungen über das Budgetprovisorium und wir haben drüben in dem andern Haus, im Rathaus, die Budgetdebatte. Beide Budgets, die uns vorgelegt werden — das heutige Budgetprovisorium ist ja zum Teil eine Ermächtigung des kommenden definitiven Budgets —, beinhalten neue Steuervorlagen. Es ist selbstverständlich, daß bei den wachsenden Verpflichtungen, die alle öffentlichen Betriebskörperschaften, namentlich in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise und der wirtschaftlichen Not zu erfüllen haben, sie zwingt, nach neuen Einnahmen Ausschau zu halten. Wertwürdig ist es nur, wie verschieden die Öffentlichkeit diese Einnahmen, die sich die einzelnen Gebietskörperschaften suchen, beurteilt. Wir hören jetzt in der Öffentlichkeit und namentlich in der breiten Öffentlichkeit, die durch die bürgerliche Presse dargestellt wird, in jener Presse, die von Junder bis Benedikt unausgesetzt alles lobt, was die Regierung tut, und unausgesetzt alles tadelt, was das Rathaus unternimmt, täglich leidenschaftliche Proteste gegen die Steuerpläne der Gemeinde Wien. Vollständig protestlos aber nimmt die öffentliche Meinung die Steueranschläge und Steuervorschläge entgegen, die die Bundesregierung diesem hohen Hause unterbreitet. Wir müssen uns nun doch einmal fragen: wie sehen denn diese Steuervorschläge aus, die auf der einen Seite das Wiener Rathaus und auf der anderen Seite die Bundesregierung den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften unterbreitet? Das Prinzip der Wiener Rathausverwaltung und die Grundlagen für ihre ganze Steuerpolitik haben das eine Ziel, durch Investitionen den Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens zu versuchen, eine neue Grundlage für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zu schaffen. Wenn sich die Gemeinde Wien nach neuen Steuern umsieht, so tut sie dies vor allem zu dem einen Zwecke: sie versucht, Arbeit zu schaffen, sie versucht, durch großzügige Investitionen neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Industrie und das Gewerbe zu finden, sie versucht, durch ihre Mittel, die sie in den Dienst dieses wirtschaftlichen Wiederaufbaues stellt, das ganze wirtschaftliche Leben zu einer neuen Blüte zu bringen. Ich weise nur darauf hin, daß die Gemeinde Wien bisher imstande war, aus ihrer eigenen Kraft

und ohne, wie andere Bundesländer bei ausländischen Kapitalisten Hilfe zu suchen, Vorbereitungen zu treffen und bis zu einer weiten Höhe der Entwicklung deren Durchführung zu sichern, daß Wien immer unabhängiger vom Bezuge ausländischer Kohle wird, daß sich Wien immer mehr aus der eigenen wirtschaftlichen Kraft des Landes versorgen kann. Die Gemeinde Wien hat nicht nur in großzügiger Weise den Ausbau der Wasserkräfte in die Wege geleitet, sie hat auch dadurch, daß sie ihre Kohlenbergwerke ausgebaut hat, sowie durch die neue Einrichtung einer großzügigen Bricketanlage versucht, den Verbrauch an elektrischer Kraft in Österreich von der ausländischen Kohle, die unsere Handelsbilanz so außerordentlich belastet und die es heute wesentlich verhindert, daß diese Bilanz aktiv werden kann, unabhängig zu gestalten.

Man müßte nun meinen, daß alle wirtschaftlichen Kreise, daß Handel und Gewerbe, Industrie und Arbeiterschaft ein lebhaftes Interesse daran haben, eine solche Investitionstätigkeit zu unterstützen, daß sie bereit sein müssen, mitzuhelfen, damit die öffentlichen Gebietskörperschaften der Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stellen können. Wenn wir uns die wirtschaftliche Situation dieses Landes betrachten, dann müssen wir sagen, daß es heute eine ungeheure Bereicherung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist, wenn wir die Arbeitslosen abbauen, wenn wir den Arbeitslosen Arbeit geben, wenn wir dadurch nicht nur die Arbeitslosenunterstützungen ersparen, sondern wenn wir auf diesem Wege imstande sind, soundso viele Menschen aus dem Zustande der Hilfsbedürftigkeit in den Zustand einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz zu führen. Diese Tätigkeit der Gemeinde Wien findet aber merkwürdigerweise bei den Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe nicht nur keine Unterstützung, sondern im Gegenteil, sie findet immer und überall die schärfste Kritik, überall den Vorwurf, daß sie die wirtschaftlichen Kreise nur belaste, ohne ihnen etwas zu bieten. Vor wenigen Tagen war in einer unserer bürgerlichen Zeitungen zu lesen, daß es ja wahr sei, daß die Gemeinde Wien durch ihr Investitionsprogramm imstande sein werde, 7000 bis 8000 Arbeitern neue Beschäftigung zu bieten, daß es ja wahr sei, daß die Industrie durch die Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien große Bestellungen zu gewärtigen habe, daß das Land von der großen Sorge der Arbeitslosigkeit dadurch befreit werde. Aber, sagte diese selbe Zeitung, die Gemeinde Wien gibt ja nur Arbeit, damit sie dann von dieser Arbeit Steuern einheben kann. Nun, die Bundesregierung hebt auch Steuern ein, sie belastet, wie ich später zeigen werde, auch sehr ausgiebig die Industrie, sie tut aber gar nichts, um dieser Industrie Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, sie hilft nicht durch eine weitgreifende und großzügige Investitionstätigkeit

mit, die Wirtschaft dieses Staates zu beleben. Im Gegenteil, sie droffelt alle Bestellungen, ja, Bestellungen auf Lokomotiven, die schon vergeben waren, wurden wieder zurückgezogen. Alle Investitionstätigkeit des Bundes ruht. Der Bund leistet auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Arbeit fast nichts. Kollege Heisl hat ja bei den Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß selbst behauptet, daß es gar nicht die Aufgabe des Bundes sei, sich um das Wirtschaftsleben in dieser Weise zu kümmern, die Wirtschaft sei ein Ding für sich, das für sich allein arbeite und das vom Staate nur in Ruhe gelassen werden solle, damit es sich allein entwickeln könne. Stünde aber die Gemeinde Wien auf demselben Standpunkte, dann könnten wir noch sehr lange warten, bis wir von der Einfuhr ausländischer Kohle unabhängig würden und uns von der ungeheueren Belastung unserer Handelsbilanz befreien können, die uns heute vielfach konkurrenzunfähig macht und unsere wirtschaftliche Entwicklung auf das schwerste beeinträchtigt. Wir ersehen aus der Haltung, die zum Beispiel die Handels- und Gewerbekammer in solchen Fällen einnimmt, nur immer wieder, daß alle diese wirtschaftlichen Organisationen, wie die Handels- und Gewerbekammern, der Hauptverband der Industrie, das Gremium der Kaufmannschaft usw. gar nichts anderes mehr sind als reine Klassenkampforganisationen, die nicht mehr wirtschaftliche Interessen vertreten, sondern nur das eine Ziel haben, den wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen die Arbeiterklasse zu führen, die sich nur von dem einen Gedanken leiten lassen, alles herabzusetzen, und zu verhindern, was von sozialdemokratischer Seite auf irgendeinem Gebiete des öffentlichen Lebens geleistet wird.

Sehen wir uns nur an, wie heute die Vorschläge des Finanzreferenten von Wien, des Herrn Breitner, der gar nichts anderes verlangt, als daß bestimmte Luxussteuern erhöht werden, in der Öffentlichkeit aufgenommen werden. Da konnte man zum Beispiel neulich lesen, daß sich Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung sehr darüber aufregten, daß man dem Mittelstande das Leben dadurch verteuere, daß die zweite Hausgehilfin nun einer höheren Besteuerung unterzogen wird. Ich glaube, der Mittelstand hat schon lange keine Hausgehilfin mehr, und es ist schon lange ganz überflüssig geworden, ihn dadurch schützen zu wollen, daß die Hausgehilfinnen nicht besteuert werden, denn die meisten Mittelstandsfrauen müssen heute ihre Hauswirtschaft ohne jede Hilfskraft versehen, und für sie ist es ganz nebensächlich, ob für die zweite Hausgehilfin eine Steuer bezahlt werden muß oder nicht, denn sie können gewöhnlich schon keine erste Hausgehilfin beschäftigen und erhalten. Diese bürgerlichen Damen gehen aber völlig interesselos daran vorüber, daß durch die Erhöhung der Warenumsatzsteuer das

Haushaltungsbudget des Mittelstandes auf das fürchterlichste belastet wird. Man kümmert sich nicht darum, ob Mehl und Fett, Fleisch und Kartoffel durch die Steuern im Preis erhöht werden, sondern man hat nur die Sorge, daß die Hausgehilfinnen nicht besteuert werden. Dasselbe sehen wir bei der Wohnbausteuer. Man läuft heute Sturm, und in christlichsozialen Versammlungen können Sie es hören, daß dieselben Abgeordneten, die hier beschließen werden, daß die Warenumsatzsteuer restlos auf das Doppelte erhöht wird, erklären: Wien, Österreich, unser wirtschaftliches Leben muß zugrunde gehen, wenn die Wohnbausteuer erhöht wird. Wir sehen eben wieder, wie verschieden die Dinge beurteilt werden. Die Gemeinde Wien erhöht die Wohnbausteuer nur für Wohnungen, die im Frieden 3000 Goldfronen gezahlt haben. (*Partik: Und die Geschäfte?*) Ich komme schon darauf. Das sind lauter Wohnungen, die außerordentlich reiche Leute gemietet haben müssen, denn 3000 Goldfronen konnte im Frieden nur jemand bezahlen, der über ein Einkommen von 20 000 bis 30 000 Goldfronen verfügte, also Menschen, die nach den bürgerlichen Friedensbegriffen zu den wirklich Reichen zählten. Diese Menschen dürften auch heute zum größten Teil weiter zu den Besitzenden gehören, denn sie gehören jenen Kreisen an, die es außerordentlich gut verstanden haben, trotz der Entwertung des Geldes ihre eigenen Besitztümer vor der Entwertung zu schützen. In allen diesen Kreisen ist es heute selbstverständlich, daß man sein Depot in Schweizer Franken hat; es ist für diese Leute gleichgültig, ob sie eine höhere oder eine geringere Wohnbausteuer zahlen. Es wird sehr wenig Besitzer von Friedenswohnungen geben, die im Frieden für ihre Wohnung 3000 Goldfronen bezahlt haben und heute nicht imstande wären, diese Wohnungen trotz der erhöhten Wohnbausteuer auch weiterhin zu behalten. Wenn man davon spricht, daß auch die Geschäftslokale besteuert werden, so handelt es sich ja hier auch nur um die großen Lokale, um jene geschäftlichen Unternehmungen, die heute die Möglichkeit haben, diese erhöhte Wohnbausteuer zu entrichten. Es bleiben ja die kleinen Geschäftsleute von der Erhöhung genau so frei wie die kleinen Wohnungen, es bleiben die kleinen Unternehmungen auch weiterhin geschützt. Es ist nun einmal so, und es ist eine gute Tugend der Demokratie, daß die wirtschaftlich Starken die Lasten des Staates zu tragen haben und nicht die wirtschaftlich Schwachen. Sie aber nehmen ungeniert die Warenumsatzsteuer von der Kriegervitwe, von der Wäschfrau und vom Hochschülassistenten, Sie gleichen in dieser Beziehung manuelle und intellektuelle Arbeiter vollständig aus. Sie vertragen es aber nicht, wenn die Kreise, die Luxusautomobile besitzen, besteuert werden, wenn jene, die Luxuswohnungen innehaben, eine erhöhte Steuer auferlegt

bekommen. Sie protestieren mit aller Leidenschaft dagegen, daß solche Belastungen durchgeführt werden.

Sehen wir uns aber einmal an, wie die Industrie im letzten Jahre durch die Warenumsatzsteuer belastet wurde. Es hat ein Vertreter der Industrie im Finanz- und Budgetausschuß mitgeteilt, daß man zwar von seiten der Regierung der Industrie eine Refundierung versprochen hat, daß aber diese niemals bezahlt wurde, die Industrie mußte die Warenumsatzsteuer aus dem Export einfach entweder selbst tragen oder sie überwälzen. Was würden die Herren vom Hauptverband der Industrie sagen, wenn der Referent der Gemeinde Wien, Stadtrat Breitner, einen ähnlichen Vorgang wählen würde? Da würde die Handelskammer protestieren, da könnten wir vielleicht sogar Demonstrationen vor dem Rathaus erleben, da würden die Kollegen Heisl und Partik schöne, leidenschaftliche Reden gegen die fürchterliche Ausbeutung halten, der man die wirtschaftlichen Kreise aussetzt. Wenn aber der Herr Finanzminister Riebenböck die Industrie, wie man in Privatgesprächen so schön sagt, hineinlegt, ihr etwas verspricht und nicht hält, so ist über allen Wassern Ruhe. Denn das ist das Recht einer bürgerlichen Regierung, bürgerliche Interessen nicht zu vertreten, aber wenn Stadtrat Breitner eine Steuer aus schreibt, dann ist es ein anderes Lied, das wir von den Herren singen hören, dann wird mit aller Leidenschaftlichkeit gegen die Belastung der wirtschaftlichen Kreise protestiert. Wir haben aber in den nächsten Wochen nicht nur eine außerordentliche Belastung unseres Wirtschaftslebens durch die Verdoppelung der Warenumsatzsteuer zu gewärtigen, sondern es hat die Regierung noch ein anderes Christkindsgeschenk in der Tasche gehabt und der Christbaum, der von der hohen Regierung dem österreichischen Volk angezündet wird, enthält nicht nur eine Vertenerung der Lebenshaltung durch die Warenumsatzsteuer, sondern auch eine außerordentliche Vertenerung unserer Lebensbedürfnisse durch die Erhöhung der Frachttarife. Bei der Verhandlung im Finanz- und Budgetausschuß sagte der Herr Finanzminister Riebenböck, er tue eben nur das, was Breitner schon immer getan habe: er versuche eben jetzt die Frachttarife den Gestehungskosten anzugleichen. Der Herr Kollege Danneberg hat sehr richtig bemerkt, daß Herr Dr. Riebenböck so lange das System Breitner bekämpft und sich so lange gegen die Überwälzung der Gestehungskosten gewährt hat, bis er selbst überzeugt wurde, daß es das einzige richtige Prinzip ist. Aber es ist dabei dem Herrn Finanzminister ein kleiner Irrtum unterlaufen: er hat übersehen, daß gerade bei den städtischen Tarifen die Valorisation noch nicht erreicht ist. Wir haben bei der Straßenbahn im Frieden 20 Goldheller für eine Straßenbahnkarre bezahlt und zahlen heute erst 14 Goldheller; wir sind also immer noch um 6 Goldheller hinter der vollen Valorisation zurückgeblieben. Ganz

anders ist es beim neuen Frachttarif der Bundesbahnen; hier werden die einzelnen Frachtpositionen durchschnittlich um das 14.600fache erhöht. Wir sind also bei den Frachttarifen über die reine Valorsation schon hinausgekommen, und wenn Sie sich nun vergegenwärtigen wollen, wie diese Frachttarife auf unsere Lebensmittelpreise wirken, dann müssen Sie sich nur vorstellen, daß sich beim Kilo Milch allein eine Verteuerung von 200 bis 300 K ergeben wird, wenn der neue Frachttarif durchgeführt ist; wir bei der Verfrachtung von Kartoffeln für das Kilo um 74 K mehr bezahlen müssen, als wir bisher bezahlt haben, bei Kartoffeln und Kraut eine Verteuerung der Frachttarife um das 8000fache eintritt. Heute bezahlen wir das 3077fache bei Kartoffeln und Kraut und dann werden wir das 8000fache bezahlen. Es ist also eine ganz außerordentliche Erhöhung, die wir hier erleben werden, und wir können damit rechnen, daß am 1. Jänner neue große Lohnbewegungen einsetzen werden und einsetzen müssen; denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die Lebenshaltung der Bevölkerung weiterhin eine solche Belastung aushalten kann, ohne daß alle Kreise versuchen, ihre Einkommensverhältnisse dieser neuen Belastung anzugleichen. Wenn wir dann mit Lohnforderungen an die Industrie und an das Gewerbe herantreten werden, dann werden wir um jeden Viertel Heller, um jedes halbe Prozent schwere Kämpfe führen müssen, wie wir es ja vor wenigen Wochen gesehen haben. Aber wenn der Herr Finanzminister verspricht, überfieht oder nicht durchführt, was er verspricht, wenn er die Refundierung an die Industrie, die er zugesagt hat, nicht ausbezahlt, dann nimmt die Industrie das als eine Belastung hin, die sie tragen muß, dann rührt sich die Industrie nicht, dann wird sie höchstens in camera charitatis vielleicht versuchen, einmal dagegen bescheiden zu protestieren, aber die Öffentlichkeit wird sie nur behelligen mit Protesten gegen den Streik der Staatsangestellten, mit Protesten gegen das Streikrecht der Staatsbeamten, aber nicht mit Protesten gegen die Art, wie man die Industrie in der Frage der Refundierung bisher behandelt hat.

Wir sehen also, die Verhältnisse werden von der Industrie und von den wirtschaftlichen Kreisen wesentlich anders beurteilt, wenn die eine politische Partei hier einen prinzipiellen Grundsatz aufstellt und wenn es die andere politische Partei tut. Ein Steuerbudget wird heute immer im Lichte der Parteipolitik gesehen, nicht aber als eine Frage der wirtschaftlichen Aufgaben betrachtet, die das Gemeinwesen zu lösen hat. Diese Dinge werden von rein parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt, so oft die Mehrheit dieses Hauses auch erklären mag, daß Staatspolitik bei ihr vor Parteipolitik geht. Wir haben nicht nur eine Erhöhung der Frachttarife zu erwarten, sondern wir haben auch eine außer-

ordentliche Erhöhung jener Gebühren zu verzeichnen, die zum Beispiel dafür gezahlt werden, wenn jemand eine Kohlenrutsche oder ein Bahnmagazin mietet, eine Belastung, die namentlich für die kleinen Geschäftsleute außerordentlich schwer ist, und ich hoffe, daß der Herr Kollege Partik, wenn er dann sprechen wird, die Gelegenheit nicht vorübergehen läßt, gegen diese Belastung des Gewerbes, gegen diese Belastung des Holz- und Kohlenhandels auf das energischste zu protestieren. Wir müssen uns alle einmal vorstellen, wie diese Erhöhung der Mieten für die Kanzleien, die einzelne Unternehmungen von der Bahnverwaltung gemietet haben, wie diese Erhöhung der Mieten für die Kohlenrutschen aussieht und welche Belastung sich daraus für die Kohlen- und Holzversorgung der Bevölkerung ergeben muß. Am 1. Jänner 1923 zahlte man für eine Kohlenrutsche am Wiener Nordbahnhof, die einen Fassungsraum von 500 Tonnen Kohlen hatte, 120.000 K. Am 1. Jänner wird man 1.000.000 K zu entrichten haben. Man zahlte für einen Kanzleiraum am 1. Jänner 1923 440.000 K, man wird am 1. Jänner 1924 880.000 K zu zahlen haben. Wenn ein Wiener Unternehmen, welches 17 Kohlenrutschen am Nordbahnhof gemietet hat, am 1. November 1922 1.896.000 K und am 1. Jänner 1923 9.487.000 K bezahlt hat, so wird es am 1. Jänner 1924 61.804.000 K an Miete zu bezahlen haben. Dagegen haben nun verschiedene Kreise der Interessenten zu protestieren versucht, aber sie haben weder am Schwarzenbergplatz noch beim Gremium der Kaufmannschaft, noch bei der Handels- und Gewerbekammer die Unterstützung gefunden, die sie erhofft haben, und es hat damals in einer Interessentenversammlung der Präsident der Handelskammer eine etwas merkwürdige Haltung in dieser Frage eingenommen. Man hat sich einfach gesagt, davon werden nur die mittleren Existenzen betroffen, das Gewerbe, die Kleinhändler, dafür braucht man ja nicht die großen Organisationen, die das Wirtschaftsleben beherrschen wollen, in das Treffen zu führen. Die Kleinen kann man ruhig hängen lassen! Und heute noch versucht man vergeblich, die wirtschaftlichen Kreise dafür zu interessieren, einen Protest durchzusetzen gegen diese Erhöhung der Mietgebühren, die eine wesentliche Verteuerung unserer ganzen Bahnmanipulationen mit sich bringt.

Sie sehen also, wir haben nicht nur eine Belastung des wirtschaftlichen Lebens und der besitzenden Klassen durch das Budget der Gemeinde Wien zu verzeichnen. Wir geben ohne weiteres zu, daß die besitzenden Klassen in Wien durch das Budget der Gemeinde Wien belastet werden, aber wir haben als Vertreter der Bevölkerung nicht auf die Minderheit der Besitzenden Rücksicht zu nehmen, sondern wir haben das Interesse der großen Mehrheit zu vertreten, die tatsächlich die Grundlage der

wirtschaftlichen und politischen Existenz dieses Staates sind. Wenn die Regierung nun trotzdem darangeht, nachdem sie die Frachttarife so außerordentlich erhöht hat, nachdem sie die Mieten für alles, was sie der Bevölkerung zur Verfügung stellt und was Eigentum des Staates ist, in ausgiebigstem Maß erhöht hat, auch die Verdoppelung der Warenumsatzsteuer restlos durchzuführen, so müssen wir gegen diese Haltung auf das energischste protestieren.

Meine Herren! Wie sieht es denn eigentlich heute in Österreich aus? Ich möchte Ihnen jemanden als Zeugen zitieren, den vielleicht die Mehrheit dieses Hauses anerkennen wird, die Frau Kollegin Rudel-Zeynek, die vor wenigen Tagen in der „Reichspost“ einen Artikel geschrieben hat, in dem sie geschildert hat, wie schlecht es der österreichischen Bevölkerung geht. (*Rudel-Zeynek: Ich habe geschrieben, daß es noch immer in der österreichischen Bevölkerung Kreise gibt, denen es schlecht geht!*) Ja, natürlich, das ist aber die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, der es schlecht geht. (*Partik: Das hat es immer gegeben!*) Entschuldigen Sie, es kommt nicht darauf an, daß es immer Leute geben wird, die nicht so viel verdienen können, weil sie krank oder alt oder arbeitsunfähig sind. Solche Menschen wird es in jeder Gesellschaft geben. Aber es kommt darauf an, ob jene Menschen, die arbeiten wollen und arbeiten können, in einer Gesellschaft auch Arbeit finden. Es hat ein Mann, den Sie gewiß nicht als einen Sozialdemokraten ansehen werden, Lloyd George, im englischen Wahlkampf vor wenigen Tagen gesagt: Wenn die bürgerliche Gesellschaft und wenn die kapitalistische Wirtschaft nicht imstande ist, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, dann wird diese Gesellschaft den Beweis erbracht haben, daß sie nicht fähig ist, die Staaten und die Welt zu regieren. Es ist also nicht so, daß es sich bei dieser Frage um den Prozentsatz von Menschen handelt, die eben nicht mehr arbeitsfähig sind und nicht mehr verdienen können, die sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz nicht behaupten können, sondern es handelt sich darum, daß wir heute die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung nicht in jenen wirtschaftlichen Verhältnissen finden, die vor dem Kriege immer noch von einem großen Teile der Bevölkerung behauptet werden konnte, daß heute ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung nicht mehr imstande ist, auch wenn er arbeitet, sich satt zu essen, daß wir heute Arbeitslose haben, die seit 10, 12 und 14 Monaten keine Arbeit finden. Schauen Sie sich doch jetzt einmal an, wie die Arbeitslosen kommen und die Weihnachtsspende entgegennehmen, die ihre Kollegen, die in Arbeit stehen, für sie gesammelt haben; schauen Sie sich einmal an, wie unterernährt diese Leute, wie abgerissen sie sind. Das sind alles Menschen, die sehr gerne arbeiten wollten, die aber keine Arbeit

finden, weil man keine Arbeit für sie hat. Und in diesem Momente, wo die wirtschaftliche Krise noch so scharf ist, gehen Sie her und erschweren noch die Lebenshaltung aller dieser Menschen, die keine Arbeit haben. Denn Sie heben ja die Verteuerung der Warenumsatzsteuer nicht nur von den Besitzenden ein, nicht nur von denen, die sie bezahlen können, sondern Sie heben diese Beträge auch ein von dem Arbeitslosen, der sie nicht leisten kann. Wenn wir aber kommen und eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung verlangen werden, dann werden die Mehrheitsvertreter mit aller Energie sich dagegen wenden und dann wird wieder der große Kampf ansetzen, den wir jedesmal führen müssen, um die Lebenshaltung dieser Menschen, die ein Opfer der wirtschaftlichen Organisation unserer bestehenden Gesellschaft sind, vor dem Zusammenbruch und vor dem Untergang zu bewahren.

Wir haben deshalb sowohl im Finanzausschuß als auch heute im Hause die Absicht, durch unseren Antrag einen letzten Appell an das soziale Verantwortlichkeitsgefühl der Mehrheit dieses Hauses zu richten. Wir haben die Absicht, Ihnen noch einmal die Gelegenheit zu geben, die fiskalischen Vorschläge des Herrn Finanzministers zu durchkreuzen und einer sozialen Erwägung Raum zu geben und Ihnen als Christen — es sind ja verschiedene Kategorien von Christen in Ihrer Fraktion — den guten Christen, die es ja auch unter Ihnen gibt, einmal die Möglichkeit zu bieten, einen Akt christlicher Nächstenliebe auszuführen und den Weihnachtsbaum für die Besitzlosen nicht mit einem Beschlusse zu belasten, der tatsächlich für viele Menschen eine Vermehrung ihres Hungers bedeuten wird. Wir können heute feststellen, daß wir jetzt schon einen Unterkonsum in vielen Kreisen der Bevölkerung haben, der ganz unerträglich ist. Wir haben Gegenden in Österreich, wo der Zuckerkonsum heute niedriger ist als in der Zeit, wo wir eine Zuckerkarte hatten, da diese Menschen nicht mehr imstande sind, sich das halbe Kilo Zucker zu kaufen, das ihnen die Kriegswirtschaft garantiert hat; wir haben eine Zunahme des Sacharinkonsums — immer ein Beweis für die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung. Wir müssen aber auch feststellen, daß wir durch diese Erhöhung der Warenumsatzsteuer die Kaufkraft der Bevölkerung in einer Weise belasten, die unseren Binnenmarkt vollständig ruinieren wird, daß wir eine geschäftliche Stodung nach Weihnachten haben werden, wie nie zuvor. Die Geschäftsleute werden die Erhöhung der Warenumsatzsteuer mit einem Rückgange des Umsatzes bezahlen, den wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Die Handelskammer von Manchester — wieder jemand, der gewiß nicht im Verdachte steht, sozialistischen Tendenzen zu huldigen — hat vor einigen Wochen eine Plenarversammlung abgehalten

und dort haben die Vertreter der Industrie gesagt: Wir haben eine schlechte Politik gemacht, wir haben die Löhne immer weiter heruntergedrückt und dadurch die Kaufkraft der heimischen Bevölkerung vernichtet; wir haben außer dem Auslandsmarkte, den uns die deutsche Konkurrenz ruiniert hat, auch noch den Inlandsmarkt ruiniert, der für uns ebenso entscheidend ist. Das, was dort als eine schlechte Politik angeklagt wird, ist nun die Politik der Regierung bei uns, ist die fiskalische Politik, auf die sie eingestellt ist, da sie die Massen durch Steuern so belastet, so daß sie als Käufer nicht mehr in Betracht kommen. Das Weihnachtsgeschäft war heuer sehr schlecht, das werden Ihnen alle Geschäftsleute sagen, welcher Partei immer sie angehören. Dieser schlechte Geschäftsgang wird natürlich nicht dadurch belebt, daß wir nach dem 1. Jänner diese außerordentliche Verteuerung unserer Lebenshaltung sehen werden. Wenn Sie sich zum Beispiel vorstellen, daß man beim Mehl eine restlose Verdoppelung des Steuerfusses durchführt, daß wir heute für 1 Kilogramm Mehl, das importiert wird — und Mehl muß in Österreich importiert werden — eine Warenumsatzsteuer von 42 Prozent bezahlen, das sind 213 K. Steuer auf 1 Kilogramm, so sind das, wenn wir diese Steuer auf 82 Prozent erhöhen, 416 K. Ich möchte die Vertreter der Industrie fragen, wer diese Differenz bezahlt, ob die Industriellen bereit sein werden, im Jänner die Verteuerung der Lebenshaltung, die durch die Warenumsatzsteuer entsteht, auch in den Lohnerhöhungen, die sie geben werden, zu honorieren. Es ist leicht, hier Steuern zu beschließen, aber Sie werden mit verantwortlich sein für diese Dinge und Sie werden deshalb auch als Arbeitgeber das notwendige Verständnis für die Interessen des Staates aufbringen müssen. Wenn man die Kosten der Sanierung auf die Arbeiter abwälzt, so kann man sehr leicht Lobeshymnen auf Herrn Dr. Seipel singen, aber wenn man die Sanierung mit bezahlen muß, dann hat man gewöhnlich weniger Begeisterung für die Sanierung, dann läßt man lieber die Bevölkerung zugrunde gehen, ehe man aus seiner eigenen Tasche die Kosten der Sanierung zu bestreiten bemüht ist. Wir werden nicht nur eine sehr starke Verteuerung unserer sämtlichen Produkte, die wir zu unserer Lebenshaltung brauchen, bekommen, wir werden auch eine außerordentliche Verteuerung sämtlicher Waren erhalten, die wir zur Bekleidung notwendig haben. Wir werden eine Erhöhung der Schuhpreise, der Kleiderstoffe, der Wäsche bekommen und es wird dann ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht mehr instande sein, sich derartige Dinge zu kaufen. Es wird deshalb die wirtschaftliche Krise verschärft und nicht gemildert werden. Aus diesen Beträgen aber, die die Bevölkerung dann an Steuern entrichtet, wird keine Arbeit geschaffen werden, daraus werden nicht Investitionen

gemacht, daraus wird die Industrie nicht beschäftigt werden können, sowie sie Beschäftigung aus dem Budget der Gemeinde Wien findet, daraus werden also keine Verdienstmöglichkeiten mehr gewonnen werden, sondern alles das, was an Steuern gezahlt wird, wird einfach in den großen Topf unseres wirtschaftlichen Zusammenbruches hineingeworfen werden, in dem wir immer noch einen großen Teil (Zwischenruf Partik.) Die Gemeinde Wien macht kein Geschäft, sondern die Gemeinde Wien verschafft Arbeit, sie belebt die ganze wirtschaftliche Produktion und ist heute sicher der größte Auftraggeber, den wir im Staate haben. (So ist es!) Wenn das Investitionsprogramm der Gemeinde Wien nicht geholfen hätte, hätte unsere Textilindustrie ganz andere Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Wir haben damals die großen Bestellungen hinausgeben können, und als man kam, um sich die Vergebung dieser Bestellungen zu holen, hat man wesentlich anders gesprochen, da waren die Steuerprogramme des Finanzreferenten Breitner nicht ruinös, sondern man war sehr glücklich, wenn die Gemeinde Wien aus diesem „ruinösen“ Budget die Mittel gewonnen hat, um die Industrie und das Gewerbe zu beschäftigen. Wir haben wirklich industrielle Existenzen durch dieses Investitionsprogramm gestützt und wir hätten noch eine ganz andere wirtschaftliche Krise erlebt, wenn nicht die Gemeinde Wien . . . (Partik: Sie hätten nie investieren können, wenn die Krone nicht stabilisiert worden wäre!) Sie wissen ja, Herr Kollege Partik, und Sie können ja dann darüber noch sehr ausführlich sprechen — Sie werden ja gewiß darüber sprechen —, Sie wissen sehr gut und haben es nicht zu widerlegen vermocht, daß die Gemeinde Wien auch schon zu einer Zeit aktiv war, wo die Krone nicht stabilisiert war, daß wir also mit der Aktivgestaltung der Gemeinde Wien nicht gewartet haben, bis Seipel saniert hat, sondern daß wir die Sanierung der Gemeinde Wien schon vollzogen hatten, bevor noch von der Sanierung des Herrn Bundeskanzlers die Rede war. Man hat Ihnen auch nachgewiesen, daß wir schon im Jahre 1919 und im Jahre 1920, wo von einer Sanierung, einer Stabilisierung der Krone gar nicht die Rede gewesen ist, sehr weitgehende Aufträge an die Industrie vergeben haben, daß wir unmittelbar nach Übernahme der Gemeindeverwaltung mit der Investitionstätigkeit in Wien eingesetzt haben.

Wir müssen ferner feststellen, daß die neue Reform der Refundierung, die gewählt wurde, auch eine Belastung unseres Exporthandels beinhaltet. Es werden ja nicht die Pauschalsätze voll als Refundierungen ausgezahlt werden, sondern es werden bestimmte Prozentsätze zurückgehalten. Es hat die Zollverwaltung außerdem Wert darauf gelegt, daß der Prozentsatz immer abgerundet ist, daß es also zum Beispiel nicht heißt 34 Prozent, sondern daß dann immer

automatisch auf 3,5 Prozent erhöht wird. Es wird also die Exportindustrie durch diese Warenumsatzsteuer, auch wenn sie die Zusicherung hat, daß sie die Refundierungen diesmal nicht erst einzahlen muß, sondern sie vorweg zurückbehalten kann, eine Belastung erfahren. Das wird für viele Artikel, zum Beispiel für bestimmte Artikel der Elektroindustrie, eine ziemlich große Belastung sein. Wenn wir Lohnverhandlungen führen, hören wir immer, daß unsere Exportindustrie nicht mehr konkurrenzfähig sei, daß man die größten Schwierigkeiten habe, im Ausland abzusetzen. Wir glauben nicht, daß die Konkurrenzfähigkeit dadurch gefördert wird, daß man in dieser Weise der Industrie eine neue Belastung auferlegt. Aber wir geben zu, daß es gewiß notwendig ist, daß der Staat nach neuen Einnahmen aussieht, und wenn die Industrie findet, daß es für sie praktischer ist, wenn sie den Staat unterstützt, indem sie bei diesen Refundierungen ein etwas weniger günstiges Geschäft macht und dafür nicht eine Erhöhung der Einkommensteuer in Erwägung ziehen läßt, so wollen wir das hinnehmen. Aber was wir nicht hinnehmen können und was wir nicht hinnehmen werden, das ist die automatische, lineare Erhöhung der Warenumsatzsteuer für alle lebenswichtigen Artikel. Stellen Sie sich doch einmal vor, wie die Wirkung auf die Lebenshaltung sein muß, wenn die Milch nach dem 1. Jänner wieder um 400 bis 500 K teurer wird, wenn wir wieder einen Index bekommen werden, der nicht mit 1 Prozent — künstlich niedergehalten — positiv ist, sondern der wirklich ein positiver Index von 3, 4, 5 Prozent ist. Können Sie sich da nicht vorstellen, daß der Bund ein sehr schlechtes Geschäft machen wird, daß der Bund dann in der Form von Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr ausgeben muß, als ihm die Erhöhung der Warenumsatzsteuer einbringt? Müssen Sie da nicht zugeben, daß es unmöglich ist, eine solche Belastung der Lebenshaltung durchzuführen, wenn man finanzpolitisch keinen positiven Erfolg erzielt?

Wir haben Ihnen deshalb unsern Antrag unterbreitet und wir hoffen immer noch, daß die Mehrheit dieses Hauses im Plenum, in der vollen Verantwortlichkeit vor der Öffentlichkeit sich doch bereit finden wird, die lineare Erhöhung für die lebenswichtigen Artikel nicht zu beschließen. Wir wünschen, daß die Warenumsatzsteuer nicht erhöht wird für Getreide, Mehl, Brot, Fleisch, Milch, Eier, tierische und pflanzliche Fette, sowie Rohle und Brennholz. Es sollen also diejenigen Dinge, die jeder Mensch braucht, wenn er leben will, die jeder Mensch kaufen muß, wenn er nicht zugrunde gehen will, frei bleiben.

Es hat im Wahlkampf der Herr Bundeskanzler Seipel zu wiederholten Malen an die Frauen appelliert, er hat gesagt, er verläßt sich auf die Frauen Wiens. Er hat sich allerdings ein wenig getäuscht; die

Frauen Wiens haben ihn dann sehr arg im Stich gelassen. Aber vielleicht vergessen die Herren der Mehrheit doch nicht, daß die Mehrheit der Wähler in Österreich Frauen sind, daß man mit den Stimmen der Frauen auch bei kommenden Wahlen rechnen muß, daß sich eine Hausfrau sehr genau ansieht, wer die Preise verteuert, daß die Hausfrauen ein sehr feines Verständnis dafür haben, wer dafür sorgt, daß ihre Lebenshaltung sinkt. Wir haben schon einmal im Finanz- und Budgetausschuß, wie wir das Wiederaufbaugesetz beraten haben, gesehen, daß sich die Mehrheit plötzlich erinnerte, daß es auch Wählerinnen gibt. Als wir beim Wiederaufbaugesetz verlangten, daß die Frauen bei den Abbaumaßnahmen genau so behandelt werden wie die Männer, lehnte dies die bürgerliche Mehrheit zuerst ab. Am andern Morgen, als sie sich besonnen hatte, daß es auch weibliche Wähler gibt, daß man also nicht einfach über die Wünsche der Frauen zur Tagesordnung übergehen kann, nahm sie unseren Antrag an. Vielleicht erinnert sich die Mehrheit dieses Hauses auch heute wieder einmal an diese weiblichen Wähler, daran, daß wir in Österreich eine Mehrheit von weiblichen Wählern haben, daß eigentlich bei den Wahlen gar nicht mehr die Männer die Entscheidung herbeiführen, sondern die Frauen und daß für die Hausfrauen die Frage, was das Mehl kostet, eine sehr ausschlaggebende Rolle spielt, und sie die Erhöhung, die die Warenumsatzsteuer ihrer Lebenshaltung bringt, genau zu berechnen verstehen werden. Vielleicht sind Sie aus diesen Erwägungen, aus diesen parteipolitischen Erwägungen dann eher bereit, das zu tun, wozu Sie Ihre soziale Verantwortlichkeit nötigen müßte. Wenn Sie den Vorschlag so annehmen, wie ihn die Regierung durchführen will, wenn Sie nichts tun, um dem Herrn Finanzminister in den Arm zu fallen, dann meine sehr verehrten Herren und Damen, werden Sie nur das eine beweisen, daß Sie eben kein Verständnis für die sozialen Notwendigkeiten dieses Staates haben. Wir können unsere Arbeitslosigkeit nicht vermehren, wir können unsern Export nicht noch weiter schädigen, wir können unsern Inlandsmarkt nicht restlos zerstören, wir können nicht zugeben, daß wieder Tausende von Menschen aufs Pflaster geworfen werden, wenn die Auswirkung der Warenumsatzsteuer die Kaufkraft so vermindert, daß unsere Industrie- und Wirtschaftskrise verschärft wird. Wir appellieren deshalb zum letzten Mal an die Mehrheit dieses Hauses, einen solchen Vorschlag der Regierung nicht Gesetz werden zu lassen, sondern mitzuhelfen, daß der Finanzminister heute die Weisung bekommt, daß er deshalb, weil im Wiederaufbaugesetz steht: man kann die Warenumsatzsteuer erhöhen, und weil er in der Verordnung über die Warenumsatzsteuer die automatische Erhöhung vorgesehen hat, noch nicht das Recht hat,

über die wichtigsten Interessen der Bevölkerung zur Tagesordnung überzugehen. Wir appellieren an Sie, daß Sie uns helfen mögen, die Lebenshaltung der Bevölkerung, die Gesundheit unserer Bevölkerung, die Arbeitsfähigkeit und die Tüchtigkeit dieses Volkes gegen die fiskalischen Absichten des Herrn Finanzministers zu schützen, der die Bevölkerung nicht sieht, der die Wirtschaft nicht sieht, der nur eines sieht: sein Budget, und der infolgedessen nicht jenes soziale Verständnis aufbringt, das wir verlangen müssen, daß zuerst einmal die Menschen in diesem Staat saniert werden, daß den Menschen geholfen wird, daß die Wirtschaft wieder aufgebaut wird; dann wird sich aus der gesunden Wirtschaft, aus der Gesundheit und Leistungsfähigkeit unseres Volkes auch die wirkliche Sanierung unseres Staatshaushaltes von selbst ergeben. Solange das Volk zugrunde geht, ist die Sanierung nur eine Hilfe auf Krücken. Wir werden erst gesund, wir werden erst saniert, wir werden erst lebensfähig sein, wenn unsere Wirtschaft wieder blüht. Damit die Wirtschaft blühe, brauchen wir nicht eine Belastung unserer Bevölkerung, sondern wir müssen verlangen, daß wir die Mittel erhalten, um diese Bevölkerung vor dem Untergange zu schützen. Wir hoffen deshalb, daß die Mehrheit dieses Hauses unseren Antrag annehmen wird. *(Zwischenruf Dr. Gürtler.)* Vielleicht, Herr Kollege Gürtler, sind Sie absolut unverbesserlich, aber man soll, wie Sie wissen, so lange an die Besserung eines Sünders glauben, bis er in der Hölle gelandet ist. Wir glauben also noch eine halbe Stunde an die Besserung dieser Mehrheit, an ihr soziales Verständnis. Vielleicht werden Sie uns doch den Beweis erbringen, daß wir nicht umsonst an Ihr soziales Gewissen und an Ihre soziale Verantwortlichkeit appelliert haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Partik: Hohes Haus! Den breitesten Raum in der Rede der Frau Kollegin Freundlich hat die Erhöhung der Warenumsatzsteuer eingenommen. Ich sehe gewiß ein, daß die Erhöhung dieser Steuer eine weitere Belastung mit sich bringt. Diese Belastung muß aber die Bevölkerung auf sich nehmen, weil der Ertrag dieser Steuer das Fundament unserer zerrütteten Staatsfinanzen ist. Diese Steuer ist auch nur so lange gedacht, als sie unbedingt notwendig ist. Wenn sich die Staatsfinanzen allmählich gebessert haben werden, dann wird auch der Finanzminister diese Steuer möglicherweise allmählich abbauen. *(Freundlich: Möglicherweise!)* Hier haben wir die Möglichkeit, es zu hoffen, beim Breitner ist auf derartige Dinge nicht zu hoffen, wie sich bisher gezeigt hat.

Die Frau Kollegin Freundlich sagt hier, daß der Bund, daß der Herr Finanzminister alle gleichmäßig besteuert, auch die arme Witwe, die Waschfrau usw. Dasselbe tut doch der Breitner. Sie sprechen hier

gegen die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, aber der Finanzreferent der Gemeinde Wien hat die Erhöhung dieser Steuer schon in das Budget für das Jahr 1924 aufgenommen. *(Freundlich: Seinen Anteil!)* Er rechnet also mit den 40 Prozent Überweisungen, die er vom Bund aus dieser Warenumsatzsteuer bekommt. *(Zwischenrufe. — Dr. Gürtler: Er verläßt sich auf die Majorität des Hauses!)* Er nimmt an, daß diese Steuer besch'offen werden wird. Es gäbe hier ein Mittel: Wenn der Breitner ein so großes soziales Empfinden hat, wenn er wirklich fürchtet, daß diese Belastung zu groß ist, dann wäre es ihm möglich, in Wien die Artikel auszunehmen, von denen Sie gesprochen haben: Mehl, Brot, Eier und alle diese Dinge. Die Überweisung aus dieser Warenumsatzsteuer macht eine solche Summe aus, daß für Wien der Breitner tatsächlich diese Artikel von der Erhöhung ausnehmen könnte. *(Schneidmadl: Ist das eine Bundes- oder eine Gemeindesteuer?)* Das ist eine Bundessteuer, aber aus dem Ertrage schöpft der Breitner 40 Prozent und das ist das wichtige. *(Zwischenrufe.)*

Die Warenumsatzsteuer existiert, meine Damen und Herren, bereits in allen Nachbarstaaten und auch in anderen Staaten. Unsere Warenumsatzsteuer unterscheidet sich von der der anderen Staaten nur dadurch, daß bei uns die Einhebung so günstig gestaltet wurde, da die Verwaltung und Einhebung sehr wenig kostet, daß das Erträgnis der Steuer tatsächlich dem Staatsfädel zufließt.

Sie sprechen hier von der Warenumsatzsteuer, reden aber nichts davon, daß durch den Breitner dieselbe Bevölkerung in weit höherem Maß einer Doppelbesteuerung unterworfen wird. Sie haben im Wiener Gemeinderat eine Nahrungs- und Genussmittelsteuer beschlossen. *(Freundlich: Für Luxuswaren!)* Luxuswaren! Es sind nahezu alle Gasthäuser schon von dieser Steuer betroffen. Allerdings differenziert, aber es sind nahezu schon die kleinsten Gasthäuser durch diese Steuer für die Abgabe der Lebensmittel mit 4 Prozent belastet. *(Zwischenrufe.)* Wenn Sie sagen, die Luxusbetriebe, so werde ich Ihnen Gasthäuser mit roten Tischtüchern und im Gastzimmer ohne Tischstuch nennen, die mit 4 Prozent Luxusabgabe belastet wurden. Diese Betriebe, in denen ausschließlich Arbeiter verkehren, wo die Leute in den meisten Fällen nur Suppe und Zuspeise nehmen, werden durch diese Abgabe getroffen. *(Zwischenrufe.)* Jetzt wird die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf alle Lebensmittelgeschäfte ausgedehnt. *(Freundlich: Luxusgeschäfte!)* Das Gesetz, das dazu die Handhabe bietet, ist ein bolschewikisches Gesetz. *(Zwischenrufe.)* Jawohl, es gibt auf der Welt kein Steuer-gesetz, das das Steuerobjekt nicht umschriebe. Bei der Gemeinde Wien aber wird die Sache so praktiziert, daß Merkmale für die Besteuerung eines Betriebes oder eines Gegenstandes maßgebend sind.

Indem sich Herr Breitner auf diese Merkmale im Geseke bezieht, erklärt er einen Greisler, der eine Krakauerwurst führt, für einen Luxusbetrieb. *(Zwischenrufe.)* Die Delikatessenhändler in allen Bezirken Wiens haben heute, weil sie sich Gott sei Dank den modernen hygienischen Anschauungen angepaßt haben, lauter Luxusbetriebe, denn sie haben Spiegelscheiben oder Nickelglasstellagen, und dies allein berechtigt schon auf Grund des Gesetzes, das Sie in der Gemeindefube beschlossen haben, Herrn Breitner, diese Geschäfte als Luxusgeschäfte zu betrachten und ihnen eine Steuer von 15 Prozent oder im Durchschnitt 5 Prozent der gesamten Lösung aufzuerlegen. Jetzt führt der Finanzreferent Breitner Verhandlungen mit den Kaufleuten und Gemischtwarenverschleißern und will sich mit einer Besteuerung der Durchschnittslösung mit 5 Prozent abfinden. Dadurch werden Kartoffel, Mehl, Brot, alles, was dieser Gemischtwarenverschleißer oder Kaufmann zu verkaufen hat, um 5 Prozent erhöht. Das ist eine Doppelbesteuerung, eine doppelte Warenumsatzsteuer. *(Lebhafte Zwischenrufe und Gegenrufe.)* Er sagt den Delikatessenhändlern in der Inneren Stadt, mit denen er sich abfinden will, ich will nicht — da ist er großmütig — Artikel wie Kaffee, Zucker und Mehl besteuern, sondern nur die Luxusartikel und ich nehme an, daß die Luxusartikel 30 Prozent von ihrer Lösung ausmachen. Da aber in einem solchen Geschäft vielleicht das ganze Lager an Luxusartikeln in einem oder zwei Jahren erst einmal umgesetzt wird, so werden auch die anderen Bedarfsartikel durch diese Steuer belastet. Diese Steuer beträgt 15 Prozent von diesen 30 Prozent.

Sie sagen, unsere Industrie und Gewerbe seien nicht leistungsfähig, weil sie sich nicht modernisieren. Aber unsere Industrie wird ja gerade hier in Wien durch die Fürsorgeabgabe so stark belastet. . . *(Zwischenrufe. — Freundlich: Die besteht doch in allen Ländern!)* Sie ist von Ihnen erfunden. *(Freundlich: Aber Ihr habt sie nachgemacht!)* Das ist ja möglich. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Jeder Kleingewerbetreibende, der nur einen Lehrling beschäftigt, muß die Fürsorgeabgabe zahlen und schauen Sie, was diese Fürsorgeabgabe bei einer großen Industrie für eine Ausgabenpost darstellt. Da ist es selbstverständlich, daß unsere Industrie und unser Gewerbe infolge der Überbesteuerung — und wir sind überbesteuert — und infolge der verschiedenen Lasten, die sie auf sich nehmen müssen, nicht in der Lage sind, neue Maschinen einzustellen, sie können sich nicht modernisieren! *(Freundlich: Wie ist es in Steiermark? Sind dort weniger Lasten?)* Die Lasten sind überall. . . *(Freundlich: Gleich!)* Nein, in Wien sind sie außergewöhnlich hoch und sicher größer als in anderen Städten. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Das ist alles damit in Zusammen-

hang zu bringen. Auch die Arbeitslosigkeit hängt damit zusammen. Wenn Sie wirklich die Fürsorgeabgabe bei der Gemeinde Wien erhöhen wollen, dann werden Sie zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitragen. *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)* Es wird kein Unternehmer einen Arbeiter mehr behalten als er unbedingt braucht, wenn er für ihn Fürsorgeabgabe zahlen muß. Wir haben ja sehr viele Unternehmer, die vielleicht kapitalsträftig genug wären, um einige Arbeiter mehr einzustellen. Sie tun es aber nicht, weil sie sich sagen, es hat gar keinen Zweck; wenn sie Risiken auf sich nehmen und weiter Investitionen machen, dann geht man hin und steuert es ihnen weg. Gerade hier ist es der Finanzreferent der Gemeinde Wien. . . *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)*

Wir haben in Wien das allergrößte Interesse daran, den Fremdenverkehr zu heben und ich erinnere mich, daß in der alten Monarchie fortwährend Klage darüber geführt wurde, daß die Hotelindustrie rückständig sei, daß die Hotels nicht so ausgestattet sind, um den Anforderungen der reichen Fremden zu entsprechen und daß dies dazu beitrage, daß der Fremdenverkehr bei uns nicht auf jene Höhe kommt, wie man es wünschen würde. Statt daß Sie nun diese Hotelindustrie schon im Interesse der Gemeinde Wien fördern, haben Sie eine Hotelsteuer eingeführt, die sogenannte Hotelzimmerabgabe, die unerträglich ist. Es ist auch den größten Häusern nicht mehr möglich, diese Steuer zu tragen. Sie besteuern die Hotels mit 42 Prozent der Gesamtlösung. *(Erneute lebhafte Zwischenrufe. — Dr. Deutsch: Wie hoch sind die Steuern in den anderen Ländern? Reden Sie von Salzburg, von Niederösterreich! Sie wollen immer die Gemeinde Wien als die Steuerschraube hinstellen! In anderen Ländern ist es viel ärger!)* Vielleicht ist es in Salzburg leichter möglich, weil Salzburg die Einbruchsstelle ist. Aber nach Wien müssen wir den Fremdenverkehr lenken. *(Zahlreiche Zwischenrufe.)* Das ist nur möglich, wenn man diese Unternehmungen nicht so belastet, wie es hier von seiten der Gemeinde geschieht. *(Erneute lebhafte Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Die Warenumsatzsteuer wurde im April eingeführt und es hat damals die Frau Kollegin Freundlich genau dieselben Worte gebraucht wie heute. Wir wissen aber, daß die am 1. April in Kraft getretene Warenumsatzsteuer keine Bewegung in den Preisen hervorgerufen hat. *(Widerspruch.)* Im Gegenteil, es sind verschiedene Waren sogar billiger geworden. Die Warenumsatzsteuer ist möglichst schmerzlos eingeführt worden. *(Schiegl: Das Brot ist teurer geworden!)* Ja, das ist ein eigenes Kapitel. Wir haben immer darum gekämpft, die Beseitigung der Zwangswirtschaft zu erreichen. Es ist dies gelungen und es werden heute nur wenige Artikel mehr zwangsweise bewirtschaftet.

Wir haben auch früher immer einen Kampf geführt und namentlich die Sozialdemokraten haben einen Kampf bis aufs Messer gegen alle Kartelle geführt und jetzt hören wir, daß eigentlich der einzige Artikel, der noch entweder unter Zwangswirtschaft oder einem Kartell steht, das Brot ist. Die Bevölkerung liest an einem Montag: die dieswöchentliche Berechnung hat ergeben, daß die Brotpreise nicht erhöht werden. Dann wieder: die Berechnung hat ergeben, daß das Brot um 60 K teurer wird, das Kleingebäck wird nicht teurer. Frau Kollegin Freundlich, Sie sind, wie ich noch Gemeinderat war, mit mir in den verschiedenen Hilfsaktionen gewesen und haben diese Dinge mit mir gesehen. Mich als Kaufmann hat es angewidert, wenn ich bei diesen Errechnungen der Gesehungskosten anwesend war, wie jeder einzelne jeden Schritt berechnet hat, den er getan hat und alle miteinander geschaut haben, daß ja nichts vergessen wird, was hinein gehört. Und jetzt setzen sich die Vertreter der Hammerbrotwerke, setzen sich die Vertreter der Kronenbrotwerke an einem Tisch zusammen und berechnen die Gesehungskosten des Brotes. Ja, glauben Sie, daß das eine natürliche Preisbildung sein kann? Das Richtige für die Konsumenten ist nur das Spiel der freien Kräfte. Wenn Sie immer von den Konsumenten sprechen und allein für sich in Anspruch nehmen, daß Sie die Beschützer der Konsumenten sind, so zeigen Sie es doch in diesem Falle! Aber da sehen wir nichts davon. Denn wir können Sie nichts erzählen: wenn man sich zusammensetzt und Preise errechnet, kommt sicher ein hoher Preis heraus, ein Preis, der alle befriedigt. *(Zwischenrufe. — Sever: Der Fachmann weiß es!)* Trotzdem habe ich als Fachmann immer danach gestrebt, daß wir endlich aus der staatlichen Zwangswirtschaft herauskommen, weil ich als Kaufmann auf dem Standpunkt stehe, daß nur das Spiel der freien Kräfte maßgebend ist und daß, wenn sich zwei Konkurrenten streiten, der dritte sich freut, und das ist der Konsument. Das ist die richtige Konsumentenpolitik.

Aber wenn wir schon von Steuern und Belastungen reden, dann wollen wir, daß diese Steuer gleichmäßig wirken und von allen gleichmäßig getragen werden. Auch das sehen wir bei der Gemeinde nicht. Das ist ein Gesetz, wo die Gemeinde Ausnahmen machen kann und das ist schädlich an diesem Gesetze. Auch bei der Fürsorgeabgabe, die eine so drückende Steuer ist, werden Ausnahmen gemacht. Sie haben die Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe ausgenommen und ich höre, daß Sie auch den „Grundstein“, diese Baugesellschaft, von der Fürsorgeabgabe ausgenommen haben. Ja, wenn Sie sagen, daß die sozialdemokratischen Konsumvereine ... *(Wiedenhöfer: Ihre sind ja auch dabei!)* Die haben Sie mit eingefangen, leider Gottes. Aber wenn die Kon-

sumvereine im allgemeinen, die unfrigen und die Zhrigen, erst dann mit den Kaufleuten konkurrieren können, wenn sie Subventionen erhalten, dann haben sie die Existenzberechtigung verloren. Deshalb muß hier ein Kampf geführt werden gegen die verschiedenartige Besteuerung. Es darf nicht vorkommen, daß bei einer Steuer, die so drückend wirkt ... *(Freundlich: In Deutschland zahlen die Konsumvereine nicht einmal Erwerbssteuer!)* Dann sollen sie ihre Existenz aufgeben, dann haben sie keinen Wert. Sie sind Vertreterin der Konsumvereine, aber wenn die Konsumvereine mit den Kaufleuten erst dann konkurrieren können, wenn sie von Staat, Land und Gemeinden subventioniert werden, so haben sie keine Existenzberechtigung und wenn das auch in Deutschland der Fall sein sollte, ist es auch dort ein ungesunder Zustand, der vielleicht ebenfalls darauf zurückzuführen ist, daß die Sozialdemokraten auch dort einen so großen Einfluß auf die Regierung haben — deswegen ist man ja draußen auch so weit gekommen.

Sie können sich an der Sanierung der Stadt Wien nicht genug tun. Auf der einen Seite sagen Sie, die Stadt Wien sei saniert und auf der anderen Seite sagt Herr Breitner wieder, er könne auf die Überweisungen nicht verzichten, weil er sie braucht. Wenn hier der Finanzminister nach Steuern sucht und die Warenumsatzsteuer erhöhen muß, dann hat es einen bestimmten Zweck, weil er damit die Staatsausgaben decken muß. Aber der Finanzreferent der Gemeinde Wien thesauriert Steuergelder. Hunderte von Milliarden werden in die Banken eingelegt. *(Freundlich: Haben Sie kein Betriebskapital?)* Ich meine nicht das Betriebskapital. *(Zwischenrufe.)* Daß ein Finanzreferent, daß eine Finanzverwaltung Steuergelder sammelt, um sie gegen hohe Zinsen in die Banken einzulegen oder Aktien zu kaufen, daß sie Steuergelder thesauriert und dies zu einer Zeit, wo, wie wir alle wissen, die Steuern nicht mehr die Reingewinne, sondern schon die Betriebsmittel und die Substanzwerte wegsteuern, das hat es noch nie gegeben. Und wenn Sie von der Wohnbausteuer sprechen, dann möchte ich Sie hinführen zu jenen Leuten, die von der Erhöhung der Wohnbausteuer betroffen werden. Ein Kaffeehaus oder ein Geschäftsflokal, das jetzt 5 Millionen Kronen Wohnbausteuer zahlt, wird nach der Erhöhung 47 Millionen Kronen Wohnbausteuer bezahlen. Dabei muß man bedenken, daß der Inhaber jetzt schon bei 5 Millionen Kronen seinen Betrieb kaum mehr weiterführen kann. Und da reden Sie den breiten Massen ein, das sei eine Besteuerung der besitzenden Klassen. *(Zwischenrufe.)* Auch der Finanzreferent der Gemeinde Wien hat ganz gut eingesehen, daß die Steuern der breiten Massen eben am meisten tragen und er hat infolgedessen die Wohnbausteuer auf jede Wohnung, sei es nur ein kleines Kabinett

oder das kleinste Kammerl, ausgedehnt. Der Mieter des kleinsten Kammerls muß also schon die Wohnbausteuer zahlen. Breitner hat sich eben gesagt, das ist die Mehrheit und die Steuern der breiten Massen sind die ausgiebigsten. *(Zwischenrufe.)* Sie bemühen sich jetzt, diese Wohnbausteuer zu erhöhen und rühmen sich, daß Sie einen Finanzminister haben, von dem unser Finanzminister etwas lernen könnte. Heute wissen aber auch die breiten Massen der Bevölkerung, daß sie diesem Finanzminister gerade deshalb sehr viel zu danken haben, weil er Gelder nicht leichtsinnig ausgibt. Wir alle, ob wir nun direkte oder indirekte Steuern zahlen, haben das größte Interesse, daß hier ein Mann sitzt, von dem wir wissen, daß unser Geld gut verwaltet wird. *(Dr. Deutsch: Nach Ihrer Ansicht sind die Kienböcksteuern segensvoll, die Breitnersteuern verhängnisvoll!)* Der Kienböck ist ein Mann, mit dem man reden kann. Sie haben auch im Finanzanschuß gehört, daß sich die Industrie wegen der Refundierung der Warenumsatzsteuer für die Exportartikel mit dem Finanzminister ins Einvernehmen gesetzt und von ihm die Zusage bekommen hat, daß hier dem Wunsche der Industrie Rechnung getragen wird. Dieselbe Industrie und auch das Gewerbe waren wiederholt beim Breitner, der ist aber unnachgiebig. *(Sever: Wenn es sich um Luxusabgaben handelt!)* Auch bei anderen Steuern. Es ist nicht alles Lugus, was da besteuert wird. Fragen Sie gerade bei den Gastwirten an und Sie werden erfahren, daß schon kleine Gasthäuser mit 4 Prozent durch die Nahrungs- und Genußmittelabgabe belastet werden. Wenn Sie sich interessieren, wir könnten Ihnen da nähere Details bringen. Wir wissen, daß wir mit ruhigem Gewissen diesem Budgetprovisorium unsere Zustimmung geben können und wir werden daher trotz aller Einwendungen für dieses Budgetprovisorium stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Sailer: Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Abg. Partik, hat sich auch mit der Fürsorgeabgabe der Konsumvereine beschäftigt und gemeint, daß es ein Unrecht sei, wenn die genossenschaftliche Organisation der Konsumvereine Wiens von der Fürsorgeabgabe frei sei. Er hat daraus den Schluß gezogen, wenn die Existenz der Genossenschaften davon abhängt, daß sie von dieser Fürsorgeabgabe befreit sein müssen, so sei es besser, sie hörten auf, zu existieren. Ich glaube, der Herr Kollege Partik ist nicht in der Lage, heute hier mit ruhigem Gewissen zu sagen, daß die Tausende kleiner Geschäftsleute und Kaufleute, deren Vertreter er ja ist, die in diesem Parlament beschlossenen sozialpolitischen Gesetze für die Handelsangestellten restlos durchführen. Das können Sie nicht behaupten, geschätzter Herr Kollege. Gehen Sie aber in die Genossenschaften der Konsumenten, unbekümmert darum, ob es sich um sozialdemokratische, christlich-

soziale oder rein bürgerliche, neutrale Konsumentenorganisationen handelt, so werden Sie sehen, daß dort das, was hier im Parlament beschlossen wurde, restlos durchgeführt wurde. *(Zwischenrufe Heinel.)* Regen Sie sich vorläufig, verehrter Herr Kollege Heinel, nicht auf. Ich sage, daß die Konsumentenorganisationen ganz andere Lasten haben, als die Kaufleute und Krämer, weil sie eben diese Lasten vollständig zu tragen haben. Dann hat der Herr Kollege Partik gemeint, daß in dem Momente, wo das freie Spiel der Kräfte eingesetzt hat und die Zwangswirtschaft und die Rayonierung aufgehoben wurde, die Waren billiger geworden sind. Wenn Zwei sich streiten, hat er gemeint, freut sich der Dritte. Die Tatsachen haben uns aber gezeigt, daß damals, als die Rayonierung aufgehört hat, der freie Handel wieder festen Fuß faßte und das freie Spiel der Kräfte wieder einsetzte, keine Verbilligung, sondern eine Verteuerung, eine sehr merkbare Verteuerung eingetreten ist.

Der Herr Kollege Partik hat auch gemeint, daß beim Brot ein gewisses Kartell existiert, daß die Preise wöchentlich diktiert werden. Ich möchte folgendes erwähnen, hohes Haus: daß die Brotfirmen, die die Preise wöchentlich bestimmen, der Wirtschaftspolizei bei jeder neuen Preisbestimmung, ob es sich um ein Minus oder um ein Plus handelt, die Kalkulation vorlegen und daß die Wirtschaftspolizei dazu berufen und auch in der Lage ist, die Kalkulation zu prüfen. Das ist sehr wichtig. *(Dr. Gürtler: Die versteht doch nichts davon!)* Die soll es aber verstehen, es sind doch Fachleute dabei.

Kollege Partik hat auch gemeint, die Warenumsatzsteuer sei das Fundament der Steuern dieses Staates und man könne sie nicht für einzelne Artikel restringieren oder überhaupt aufheben, so daß einzelne Artikel von der Warenumsatzsteuer vollständig frei bleiben. Ich habe mir die Mühe genommen und Berechnungen angestellt und ich glaube, daß sie soweit hieb- und stichfest sind, als Berechnungen bei der Warenumsatzsteuer überhaupt angestellt werden können. Ich habe gefunden, daß eine vierköpfige Familie: Frau, Mann und zwei Kinder durch die Verdoppelung der Warenumsatzsteuer einen Mehrverbrauch von 700.000 bis 800.000 K im Jahre haben werden, alles genommen, nicht nur die Lebensmittel, sondern auch die Bedarfsartikel, alles, wofür der Mensch Ausgaben zu machen hat. 700.000 bis 800.000 K sind für einen Hilfsarbeiter, für Arbeiterkategorien, die minder entlohnt sind, schon ein ganz bedeutender Betrag im Jahre. Der Herr Abg. Partik meint, daß diese Erhöhung keine weitere Bewegung auslösen werde, denn als zum erstenmal die Warenumsatzsteuer eingeführt wurde, war sie in den Preisen nicht ersichtlich, es erfolgte keine Lohnbewegung. Demgegenüber möchte

ich sagen, daß die jetzige Erhöhung der Warenumsatzsteuer, wie uns leider die Zukunft der nächsten Monate beweisen wird, eine ganz empfindliche Steigerung der Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel verursachen wird. Dadurch werden Streitigkeiten mit den Unternehmern entstehen, Forderungen auf Lohnerhöhungen geltend gemacht werden, kurz, es wird eine Zeit kommen, wie wir sie in den letzten Wochen gehabt haben. Bei der Gelegenheit möchte ich daran erinnern, daß jetzt im hohen Hause einzelne Industrievertreter sitzen und es wäre schon wünschenswert, daß sie, denen die Beruhigung der Industrie, die Tatsache, ob die Arbeit in der Industrie aufrechterhalten wird oder nicht, nicht gleichgültig sein kann, sich auch über die Erhöhung der Warenumsatzsteuer äußern mögen, weil für die nächsten Monate schwere Lohnkämpfe im Gefolge dieser Preiserhöhungen zu befürchten sind.

Der Herr Kollege Partik hat sich vornehmlich mit den Steuern der Gemeinde Wien und mit dem Finanzreferenten Breitner beschäftigt und gemeint, wenn Breitner ein richtiger Finanzreferent der Gemeinde Wien wäre, würde er einfach die Warenumsatzsteuer von jenen Artikeln, die er nicht erhöht haben will, im eigenen Wirkungskreise von der Gemeinde Wien decken lassen. Das ist wohl ein Vorgang, den sich Herr Partik selbst nicht recht vorstellen kann, denn die Warenumsatzsteuer ist eine Bundessteuer und bei der Gemeinde handelt es sich um Gemeindesteuern.

Der Herr Partik hat gemeint, daß der Staat trachten muß, daß die Steuern hereingebracht werden, damit das Sanierungswerk vollendet werde und diesbezüglich keine Störung eintrete. Ich möchte da auf folgendes hinweisen. Auch die Sozialdemokraten verlangen — und da sind wir mit ihm vollständig eines Sinnes —, daß der Staat selbstverständlich saniert werden muß, aber er darf und kann nicht auf Kosten der breiten, der armen Schichten der Bevölkerung saniert werden. Man darf nicht hergehen und sagen: ab 1. Jänner beträgt zum Beispiel beim Kilogramm Mehl die Warenumsatzsteuer statt 4 1/2 Prozent 8 1/2 Prozent, das macht — wenn ich eine vierköpfige Familie nehme — bei einem Mehlverbrauche von 2 1/2 Kilogramm eine Warenumsatzsteuer von 1289 K., die der Familienerhalter zu entrichten hat. Das ist keine gerechte Steuer. Sowohl, der Staat muß saniert werden, aber er soll sich die Mittel dort holen, wo sie leichter zu haben sind, als von den Ärmsten dieses Staates. Wir fordern, trotzdem Finanzminister Riesenböck diese Möglichkeit bestritten und erklärt hat, daß dieser Weg nicht möglich sei, auch heute wieder die Befreiung der Taggelder von der Bankumsatzsteuer. Da können viele Milliarden geholt werden. (Ruf: Die Besteuerung!) Natürlich die Besteuerung der Taggelder. (Zwischenrufe.) Herr

Abg. Gürtler, Sie sind zwar Professor, aber Sie werden sich auch schon versprochen haben. (Heiterkeit.) Dann haben wir die Börsengewinnsteuer, die Syndikatssteuer. Ich meine, dort, wo die Milliarden angehäuft wurden, bei den Juden und bei den Christen, bei den Börseanern, bei den Großkapitalisten, bei den Schiebern jedweden Glaubens, dort soll sich der österreichische Finanzminister die Milliarden holen, aber nicht im Wege der Warenumsatzsteuer, den armen Teufeln, die vielleicht 200.000 oder 250.000 K verdienen. (Heinl: Und nicht im Wege der Wohnbausteuer!) Die Wohnbausteuer, Herr Kollege Heinl, wird für jene Mietzinse erhöht, die vor dem Kriege 3000 K betrugen. Ich weiß nicht, was der Herr Kollege Heinl vor dem Kriege Zins gezahlt hat (Heinl: 2600 K!) das kümmert mich auch nichts, aber wenn er vor dem Kriege eine Wohnung gehabt hat, die 3000 K kostete, so kann er heute mehr zahlen, kann er heute der Wohnbausteuer unterliegen. Das sind keine armen Leute, die im Frieden 3000 K gezahlt haben. (Zwischenrufe Schönsteiner. — Rufe: Die Geschäftslokale!) Ja, ich rede aber jetzt von den Wohnungen und die Wohnbausteuer für Wohnungen, für die man im Frieden 3000 K gezahlt hat, kann meines Erachtens ruhig erhöht werden; da brauchen wir uns gar kein Gewissen daraus zu machen. (Zwischenrufe.)

Nun möchte ich aber noch eine Sache im hohen Hause kurz zur Sprache bringen, weil sie die Nationalrätin Freundlich schon gestreift hat. Wir haben hier im Hause die Herren Nationalräte Heinl und Partik (Heinl: Gott sei Dank! — Heiterkeit), die im Hause die Interessen des Gewerbes vertreten. Nun haben wir seit Monaten, ja in den letzten Jahren eine systematische Erhöhung der Mieten für jene Plätze der Bundesbahnen zu verzeichnen, wo Kohlenrutschen oder sonstige Lagerplätze sind, die nicht dem Mieterschutzgesetz unterliegen. Der Herr Kollege Heinl ist ja sonst so ein gewaltiger Recke, groß und stark (Heiterkeit) und der Herr Kollege Partik ist ja auch immer sehr rührig... (Heinl: Sie sind auch kein Luftgebilde. — Lebhaftes Heiterkeit)... in der Vertretung der Interessen des Gewerbebestandes. Wieso kommt es, daß diese beiden Herren nicht imstande gewesen sind, der Regierung, in der ihre Leute sitzen, verständlich zu machen, daß das ein unmöglicher Vorgang ist. Ich greife zwei Plätze heraus; auf dem einen hat der Quadratmeter im Jahre 1914 2 1/2 K gekostet, das waren zusammen 3350 K jährliche Miete; jetzt werden 6000 K bezahlt, das sind zusammen rund 7 Millionen Kronen. Diese Miete von 7 Millionen Kronen soll nun am 1. Jänner auf 14 Millionen Kronen erhöht werden. Das weiß der Herr Partik und der Herr Heinl ganz gut. Auf einem zweiten Platz hat in Friedenszeiten der Quadratmeter 10 K gekostet, das waren rund 20.000 K. (Steinegger:

Wie heißen die Proletarier, die diesen Platz haben?) Der Herr Heinel kennt sie besser. Der Herr Heinel und der Herr Partik bewegen sich ja in der Gesellschaft dieser Herren viel mehr als ich, dort können Sie das viel eher erfahren. (Zwischenrufe.) Für diesen Lagerplatz, für den seinerzeit 20.000 K Miete entrichtet werden mußten, werden jetzt über 12 Millionen Kronen bezahlt und das soll ab 1. Jänner auf 24 Millionen Kronen erhöht werden. (Zwischenruf Partik.) Dabei hört man jetzt schon, daß ab 1. April eine neuerliche Erhöhung eintreten soll. Nun sind natürlich unter den Mietern dieser Bahnhofslagerplätze natürlich nicht lauter große, reiche Leute, das wissen diese beiden Herren sehr gut, es sind auch sehr viele kleine Leute dabei. (Zwischenrufe.) Aber ich meine, daß die professionsmäßigen Retter des Gewerbes, ich meine die, die ja dazu auf der Welt sind, die beiden Herren Partik und Heinel waren bis heute nicht imstande, in ihrem Klub oder der Regierung zu sagen, das ist eine Steigerung, die entsetzlich ist und die nicht weitergehen darf. (Heinel: Das wissen Sie ja nicht!) Sie sehen also, sehr verehrte Herren, daß die Regierungsparteien und in erster Linie die christlichsoziale Partei, weil sie die maßgebendste Partei ist, weder in der Lage ist, in wirksamer Weise das Gewerbe, die Händler, die kleinen Leute in Wien zu vertreten... (Partik: Jetzt gehen Sie Krebsen!) Nein, die Stimmen, verehrter Herr Partik, aus dieser kleinen Gruppe werden uns nie heraufreißen. Da können Sie beruhigt sein. Wir sehen auch, verehrte Anwesende, daß bei der vollständigen Gleichmäßigkeit, bei der gleichen Uniformierung der Steuerfüße der Warenumsatzsteuer ein großes Unrecht geschehen wird, weil man nicht die wichtigsten Artikel von dieser Erhöhung ausnimmt. Der Staat, respektive die Regierung wäre in der Lage, sich wo anders die Bedeckung zu suchen, dort, wo die Reichtümer angehäuft wurden, zu Unrecht angehäuft wurden. Nein! Es bleibt dabei, es muß der Ärmste bei der Erhöhung der Warenumsatzsteuer genau so herangezogen werden, wie der Reiche, er muß für ein Kilo Mehl $8\frac{1}{2}$ Prozent zahlen, genau so, wie der Reiche, der Arme, der Hilfsarbeiter. Ich bin nur neugierig auf die Stimmen der Industrie. Ich hoffe, daß ein Vertreter der Industrie sprechen und sagen wird, daß er auch besorgt ist um die Zukunft, wie es in den Betrieben in den nächsten Monaten zugehen wird. Ich bitte Sie, hohes Haus, daß Sie doch vielleicht bis zur Abstimmung über den Minoritätsantrag der Sozialdemokraten etwas nachdenken, und für den Minoritätsantrag stimmen. (Beifall und Händeklatschen.)

Reiner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier wurde wiederholt von dem Vertreter der Industrie gesprochen. Ich möchte nun sagen und nochmals wiederholen, daß ich nicht der Ver-

treter der Industrie bin, sondern daß ich gewählter Abgeordneter bin, der unter seinen Wählern alle Berufsschichten und alle Berufsclassen vertreten hat. (Sehr richtig!) Daß ich besonders in der Industrie Erfahrung habe, das will ich dem Hause gern und jederzeit zur Verfügung stellen, aber ich fühle mich nicht als der Vertreter einer bestimmten Berufsclassen, ich wiederhole das hier noch einmal. Wenn ich nun zur Sache, von der ich etwas verstehe, spreche, dann möchte ich betonen, daß wir doch über die Materie selbst seit langem informiert sind. Wir wußten das schon im Zeitpunkt, als die 1 prozentige Warenumsatzsteuer eingeführt wurde, daß gleichzeitig auch in Aussicht gestellt wurde, daß die 2 prozentige ab 1. Jänner zur Durchführung gelangt. Es hat uns gewiß schwere Sorge bereitet, wie wir über diese Angelegenheit hinwegkommen. Einer der wichtigsten Punkte — und da finde ich mich ja mit der Opposition vollständig einig — war die Refundierung bei Exporten. Es ist richtig, daß die Industrie und der Exporthandel das größte Interesse daran hatten, diese Refundierung durchzuführen, aber es ist nicht ganz so, wie hier behauptet wird, daß sich das Ministerium vollkommen ablehnend gegenüber der Refundierung verhalten hat, als noch die 1 prozentige Abgabe in Kraft war. Wir konnten uns eben den Gründen, die das Ministerium angeführt hatte, nicht verschließen. Und die gipfelten darin, daß bei der 1 prozentigen Abgabe zum Teil noch Material verwendet wurde, das von der Steuer frei war, daß der Apparat für diese Refundierung unverhältnismäßig große Kosten in Anspruch nehmen würde, und wir hatten uns schließlich, unter Protest allerdings, damit abgefunden, daß, solange die 1 prozentige Abgabe in Kraft war, von einer Refundierung abgesehen wurde. Hingegen hat die Regierung allen berechtigten Wünschen, die Handel und Industrie hinsichtlich der Durchführung vorbrachten, Rechnung getragen. Diesmal hat nun die Gefahr bestanden, daß die Refundierung in einer Art vorgenommen wird, die uns absolut nicht passen konnte, und zwar so, daß eine Kontingentierung der Refundierung Platz greift. Das wäre deshalb ein unerträglicher Zustand, weil er die betreffenden Exporteure nicht mit bestimmten Ziffern rechnen ließe. Es ist aber unseren begründeten Einsprüchen gelungen, auch hier, mit Unterstützung der Opposition, eine Änderung eintreten zu lassen, und es wird jetzt nur darüber zu sprechen sein, wie hoch die Refundierung sein soll.

Wir gehen nun von dem Standpunkt aus, daß die Abgeordneten, die Kenntnis von der Materie haben, die Regierung unterstützen müssen, wenn es sich darum handelt, ein möglichst großes Steuerextragnis zu bekommen. Denn schließlich ist diese Steuer in diesem Falle deshalb aufgelegt, um die Finanzen einmal endgültig zu sanieren, und mit

kleinen Mitteln wäre in diesem Falle nichts getan. Auch wir haben gejammert — es gibt keinen Menschen auf der Welt, der über Steuern nicht jammert —, aber schließlich müssen wir anerkennen, daß diese Steuer insofern eine der besten ist, die bisher gemacht wurden, weil sie keinerlei Mittel für die Eintreibung beansprucht. Die Steuer belastet auch alle Menschen ziemlich gleichmäßig, sie bringt dem einen gewiß mehr Unannehmlichkeiten als dem anderen, aber das Erträgnis wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Etwas ganz anderes ist es mit den Steuern, die uns von der städtischen Verwaltung auferlegt werden. Ich muß hier ganz offiziell erklären, daß sich niemand aus der Industrie, dem Handel und den erwerbenden Ständen von einer Bundessteuer derart bedrückt fühlt wie von den Gemeindesteuern und der Art und Weise, wie diese Steuern von der Gemeinde Wien uns auferlegt werden. *(Zwischenrufe.)* Ich halte mich von jeder Gehässigkeit fern, ich betone nur, daß die Steuern, wie sie die Gemeinde Wien macht, geradezu ruinös wirken und die Hauptursache der außerordentlichen Arbeitslosigkeit sind, die wir schon haben und in Zukunft noch zu erwarten haben. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß man deshalb, weil ein Geschäftsfokal im Frieden 3000 K gekostet hat, nun eine so exorbitante Erhöhung vornimmt. Ich bitte, doch nicht zu vergessen, daß das eine Geschäft gut, das andere schlecht geht, daß man also nicht linear erhöhen kann.

Es wurde hier auch sehr viel von der Erhöhung der Lagerplatzmieten gesprochen. Die Abgeordneten unserer Partei, die davon etwas verstehen, haben sich dieser Sache schon zu einer Zeit angenommen, wo von der Gegenseite über den Gegenstand noch nicht gesprochen wurde. *(Ruf: Das wissen Sie nicht!)* Ich bin informiert. Aber wir mußten uns sagen, daß wir, das Parlament oder die Regierung, in diesem Falle nicht gut einen Einfluß ausüben können, wenn die Bahnen durch Beschluß des Parlaments in eine wirtschaftliche Organisation umgebildet wurden. Es ist richtig, daß die Lagerplatzmietenenerhöhung für einzelne Besitzer ruinös ist, aber der schwerwiegende Umstand liegt eben darin, daß der Nachbarbesitzer durch den Mieterschutz einen ganz billigen Lagerplatz hat, so daß die Differenz eine ungeheuer große wird. Im übrigen ist die Erhöhung erst das 5000 bis 7000fache des Friedenspreises und es ist beim besten Willen nicht möglich, von der Bahn zu verlangen, daß sie, nachdem sie vom Staat keine Zuschüsse mehr erhält und gleichzeitig die Bezüge ihrer Angestellten und Beamten erhöhen soll, auf die Einkünfte verzichten soll, die ihr zukommen müssen. Wir sind restlos bemüht, hier irgendwie eine Besserung zu schaffen, aber es ist uns trotz aller Bemühungen bis heute

nicht gelungen, und eine andere Einflussnahme als die durch unsere Überredung, als Sachverständige auf diesem Gebiete, steht uns leider nicht zu. Es ist also unrichtig, wenn hier behauptet wird, daß sich unsere Kreise vielleicht deshalb nicht gekümmert haben, weil unter den Lagerplatzmietern Elemente seien, die uns nicht pakteten. Solange ich hier sprechen und handeln werde, werde ich mein Verhalten in derartigen Fragen nie von anderen Gesichtspunkten als von rein wirtschaftlichen diktieren lassen. Das bitte ich die Herren, zur Kenntnis zu nehmen.

Es wurde hier auch erwähnt, daß selbst ein so großer Mann wie Lloyd George als das größte Problem, das wir völlig vernachlässigen, eben das Problem der Arbeitslosigkeit bezeichnete. Nun, Lloyd George ist für uns gewiß keine unantastbare Größe im Prophezeien, denn er hat es ja auf dem Gewissen, daß so unsägliches Unheil auf der ganzen Welt durch den Friedensschluß angerichtet wurde. Wäre er damals klüger gewesen, dann wäre die Arbeitslosigkeit, die jetzt die Engländer in viel höherem Maße als uns bedrückt, vermieden worden. Bei uns aber kann die Arbeitslosigkeit nur auf eine Weise wirksam bekämpft werden: das ist durch die Anregung der Lust der Unternehmer, ihre Betriebe auszubauen. Dazu müßten eigentlich alle Kräfte zusammenwirken und das geschieht gerade an der Stelle nicht, wo es wirklich wirksam geschehen könnte, in der Gemeinde Wien. Hier wird gerade das Gegenteil gemacht. Ich habe schon einmal erwähnt, daß die Art und Weise, wie die Gemeinde Wien mit allen Unternehmern vorgeht, geeignet ist, die Arbeitslosigkeit zu einer entsetzlichen zu machen. *(Dr. Bauer: Ein Großteil der Unternehmungen lebt ja nur von den Bestellungen der Gemeinde Wien!)* Daran ändern die großen Bestimmungen, die Wien an einzelne Monopolbetriebe hinausgibt, gar nichts. Die Stimmung muß gebessert werden, wie Sie ja einmal gesagt haben. *(Dr. Bauer: Was tut der Staat, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Wir haben ja hier vom Staate zu reden, warum sprechen Sie von Wien?)* Ich spreche deshalb von Wien, weil die Debatte sich heute fast ausschließlich darum gedreht hat, die Finanzpolitik des Herrn Breitner zu verteidigen, was ich nicht für richtig gefunden habe. Und darauf habe ich geantwortet. Wenn es unwidersprochen geblieben ist, daß Herr Breitner 900 Milliarden in den Kassen hat — und eine authentische Nachricht ist nicht zu erlangen —, dann können wir fordern, daß er mit seinen Steuern den produzierenden Ständen gegenüber etwas vorsichtiger ist. *(Dr. Bauer: Womit soll er denn im Frühjahr bauen, wenn er jetzt das Geld hergibt? Das ist ein Argument, das des Herrn Steinegger würdig wäre, aber nicht eines Industriellen! Lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)
 Meine Herren! Es war für uns sehr schwer . . .
(Anhaltende Zwischenrufe.)

Wenn es möglich sein wird, daß hier eine Änderung eintritt, so sind wir natürlich gern dazu bereit. Es war aber eine Notwendigkeit, daß die andere Seite und das ist der Finanzreferent von Wien . . . *(Neuerliche lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!

Reiner: Wir sind unentwegt bemüht, eine Besserung auf allen Linien herbeizuführen, wo es nur irgend geht. Dazu ist aber notwendig, daß unseren Einwänden wirtschaftlicher Natur von seiten des Finanzreferenten der Stadt Wien in irgendeiner Weise entsprochen wird . . . *(Ruf: Sprechen Sie von Kienböck!)* . . . wie es beim Referenten des Staates, beim Herrn Minister Kienböck der Fall war. Es ist notwendig, dies hier zu sagen. Es ist so viel hier darüber gesprochen worden, daß Sie mir gestatten müssen, darauf zu antworten. Es wurde immer wieder dieser Gegensatz hergestellt und nur darum gehe ich darauf ein.

Wir haben von dieser Stelle nie erfahren können, welchen Umfang die Eingänge aus der Fürsorgeabgabe erreicht haben — damit wir darüber sprechen —, es ist uns nie gelungen und von der anderen Seite erfahren wir die Auswirkung derartiger Gesetze.

Es wurde hier auch davon gesprochen, daß wir durch die Warenumsatzsteuer konkurrenzunfähig werden. Die Wirkung der einprozentigen Warenumsatzsteuer auf die Konkurrenzfähigkeit war eine verhältnismäßig geringe. *(Widerspruch.)* Wir haben bei den Lohnverhandlungen niemals von der Warenumsatzsteuer, hingegen immer von der Fürsorgeabgabe gesprochen. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Wenn Sie die Fürsorgeabgabe weiter erhöhen würden, dann wären die Folgen ganz katastrophal — darauf mache ich aufmerksam. *(Erneute lebhaftes Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Reiner: Die Konkurrenzfähigkeit der Industrie Österreichs wird dann größer werden, wenn es uns wieder möglich sein wird, Investitionen, Neuananschaffungen von Maschinen in größtem Umfange vorzunehmen. Das ist bisher nicht möglich gewesen, weil uns die Mittel dazu weggesteuert werden, aber ich betone noch einmal, nicht durch den Staat, sondern ausschließlich durch die Gemeinde. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Mois Bauer: Hohes Haus! Der sehr geehrte Herr Vorredner hat sich soeben um eine Sache bemüht, die die Mehrheit beschließen soll; er hat die Regierung gestützt und gemeint, daß die Belastung für den Export und für die Industrie

nichts ausmache. *(Reiner: Das habe ich nicht gesagt!)* Sie haben gesagt, die Belastung ist so gering, daß sie für den Export, für die Erzeugung und für den Preis nicht von kolossaler Bedeutung ist. Gerade der Herr Abg. Reiner tut sich immer hervor, wenn die Arbeiter kommen und nur das verlangen, wozu sie berechtigt zu sein glauben, wenn das Lohneinkommen infolge der Teuerung zurückgeht. Gerade die Warenumsatzsteuer wird ja die für den Arbeiter notwendigsten Lebensmittel wieder ganz furchtbar verteuern und nun meinte der Herr Reiner, es sei nicht so furchtbar. Wir werden uns merken, was Sie heute gesagt haben. Wir haben ja öfters Gelegenheit, Ihnen bei den Lohnverhandlungen gegenüber zu sitzen und wir werden Sie dann fragen, ob eine 2- oder 3prozentige Lohnaufbesserung für den Arbeiter die Produktion verteuert. Sie werden dann natürlich wieder aufschreien und sagen, die Arbeiter arbeiten zu wenig, sie sollen mehr arbeiten. Die Herren haben ja schon im Industriellenverband verlangt, daß die Arbeiter, wenn sie ein höheres Lohneinkommen haben wollen, mehr als 8 Stunden arbeiten sollen. Sie kennen die Argumente ganz genau und sie verwenden Sie heute im hohen Hause, um die Mehrheit zu verteidigen. Und dabei wollen Sie behaupten, daß Sie von der breiten Masse der Wähler gewählt worden sind. *(Dr. Gürtler: Sonst säßen wir ja nicht hier!)* Ich glaube, es ist auch möglich, sich solche Mandate durch irgendwelche Zugeständnisse zu erkaufen, und es ist ja kein Geheimnis, daß hier im Hause eine Reihe von Herren sitzt, welche zur Wählerschaft kein Wort gesprochen haben. Es ist ja ein öffentliches Geheimnis, daß im hohen Hause Herren sitzen, die im Verhandlungsweg hereingekommen sind.

Ich bin der Meinung, daß die Warenumsatzsteuer die Arbeiterklasse furchtbar belastet. Gerade die Herren von der Industrie sollten sich dagegen wehren, daß dem Arbeiter noch neue Lasten aufgebürdet werden, weil ja das auf die Lohnverhandlungen von Einfluß ist und Streiks und Lohnkämpfe doch nicht im Interesse des Staates und der Industrie liegen. Gerade die Herren von der Industrie hätten sich dagegen zu wehren, daß neue Lasten auf das Volk und die Arbeiterklasse überwältigt werden, weil wir ja dann fordern müssen, daß das Lohnniveau, das noch lange nicht jenes des Jahres 1914 erreicht hat, wieder erhöht werde. Die Stellungnahme eines Industrievertreters zur Warenumsatzsteuer kann nicht die sein, wie wir vom Herrn Abg. Reiner gesehen haben. Er mußte aber so handeln, weil ihm die Mehrheit dieses hohen Hauses das Mandat irgendwie zugeschanzt hat *(Widerspruch)*, er muß also heute die Mehrheit vertreten. *(Zwischenrufe. — Schönsteiner: Müssen Sie denn jede Dummheit nachsagen? — Heiterkeit.)* Verzeihen Sie, Herr

Kollega, ich habe Sie noch nicht geprüft, wie stark Ihre Dummheit ist, da überlasse ich die Entscheidung anderen. Aber wenn die Herren glauben, daß Sie die Weisesten und Geheitesten sind, dann bedauere ich es, wenn Sie solche Geistesprogen sind. Ich meine, ein Vertreter der Industrie muß und soll sich dagegen wehren, weil er weiß, daß die Lasten in letzter Linie doch auf den Lohn überwältigt werden und daß wir dadurch in Lohnkonflikte geraten müssen. *(Reiner: Ihr habt ja den Breitner!)* Der Herr Abg. Reiner versucht immer nur, die Finanzpolitik der Gemeinde Wien anzugreifen, aber er weiß wahrscheinlich überhaupt nicht, was die Gemeinde Wien an sozialpolitischen Aufgaben, an Kulturaufgaben zu erfüllen hat. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Sie sind ja größtenteils aus dem Dorf und Vertreter des Bauernstandes und haben halt kein Verständnis dafür. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Der Zwischenruf des Herrn Kollegen hat ja schon gezeigt, daß die anderen immer für dumm angesehen werden. Nur Sie sind die Geheiten, weil Sie zufällig die Mehrheit in diesem Hause haben. *(Andauernde Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Alois Bauer: Ich glaube, meine Herren, daß die Stellungnahme des Herrn Reiner immer dadurch charakterisiert wird, daß er auf die Finanzwirtschaft der Gemeinde Wien loszieht. Ich kenne den Herrn Kollegen schon einige Zeit und wir sitzen oft bei Lohnverhandlungen zusammen. Alles das, was die Regierung und das hohe Haus beschließen, ist keine Bedrückung für die Industrie und er findet für alles Entschuldigungen, wendet das auch in den Lohnverhandlungen an und glaubt, daß wir so dumm sind, alles das zu glauben, was er sagt. Ich werde bei der nächsten Lohnverhandlung darauf aufmerksam machen, und wenn wir kommen und verlangen werden, daß uns im Lohn diese Warenumsatzsteuer bezahlt wird, wird sich ja zeigen, ob der Herr Kollege Reiner dann auch bereitwilligst seine Zustimmung dazu geben wird, daß das Lohnniveau des Arbeiters deshalb gehoben wird, weil er mehr für Zucker und Mehl, weil er mehr für seine Lebensbedürfnisse infolge dieses Gesetzes ausgeben muß. Ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Reiner diese Zustimmung geben wird, weil er eben dort als Unternehmensvertreter sitzt, während er hier leider der Majorität Hilfsdienste besorgen muß. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Das Gesetz wird nunmehr bei Ablehnung des Minderheitsantrages freundlich, einen neuen § 2 einzufügen, nach dem Antrage des Ausschusses unverändert in 2. Lesung angenommen.

Nächster Punkt der L. D.: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 2), betr. die Ausprägung und Ausgabe von Silbermünzen (B. 50).

Berichterstatter Dr. Odehnal: Hohes Haus! Schon am 19. Juli d. J. hatte ich Gelegenheit, hier über die Ausprägung und Ausgabe von Münzen zum Ersatz für die kleinen Banknotenabschnitte zu sprechen. Es hat sich damals um die Münzen zu 100, 200, 1000 und 2000 K gehandelt. Nunmehr soll auf diesem nun einmal beschrittenen Wege wieder ein Stück weiter gegangen werden dadurch, daß sich die Regierung entschlossen hat, auch Silbermünzen zur Ausprägung bringen zu lassen. Diese Silbermünzen sollen die Noten zu 5000 und 10.000 K ersetzen, und zwar darf der Betrag dieser Münzen mehr als 60.000 K für den Kopf der Bevölkerung nicht überschreiten, das ist nämlich genau jenes Verhältnis, welches bezüglich der Banknoten zu 5000 und 10.000 K eingehalten worden ist. Die neuen Silbermünzen sollen in drei Kategorien ausgegeben werden: als Schilling zu 10.000 K, als Doppelschilling zu 20.000 K und als Halbschilling zu 5000 K. Die Ausprägung selbst soll in der Weise erfolgen, daß 800 von 1000 Teilen der Münze aus Silber bestehen, 200 von 1000 Teilen aus Kupfer. Es ist das ein etwas ungewöhnlich hoher Feingehalt einer Scheidemünze. Ich werde mir aber erlauben, in meinem Referate auseinanderzusetzen, weshalb die Regierung in diesem Falle einen höheren Feingehalt in Aussicht genommen hat, obwohl diese Münzen als Scheidemünzen zu gelten haben. Bezüglich des Rauf- und Feingewichtes wurde bestimmt, daß der Schilling 7 Gramm Raufgewicht und 5·6 Gramm an Feingewicht enthalten soll. In demselben Verhältnis wird sich auch das Feingewicht zum Raufgewicht beim Halbschilling und beim Doppelschilling verhalten. Die Österreichische Nationalbank ist dazu ausersehen, gegen Einziehung von Banknoten zu 5000 und 10.000 K diese Münzen auszugeben.

Außerdem enthält das Gesetz eine Bestimmung bezüglich der Verwendung des Münzgewinnes. Es ist ja natürlich, daß sich bei der Ausprägung von Münzen ein gewisser Gewinn ergibt, und dieser wurde — zum mindesten ist es behauptet worden — einfach in das Budget als Einnahme eingestellt. Nach der Vorlage der Regierung soll dieser Münzgewinn aber dazu verwendet werden, um die Schuld des Bundes an die Nationalbank zurückzuerstatten. Weiters haben wir die Bestimmung, daß bei Beginn der Ausgabe der Münzen festzulegen wäre die Höhe und die Anzahl der Noten, die zu 5000 und zu 10.000 K im Verkehr stehen, und die Bestimmung, daß diese Notensumme vom Momente der Ausgabe der Münzen an nicht mehr erhöht werden darf. Eine Bestimmung, die auf den ersten Blick etwas abnorm aussieht, ist die, daß diesen Silbermünzen, die ja als Scheidemünzen gedacht sind, eine unbeschränkte Zahlkraft zugebilligt wird. Auch hierüber werde ich noch im Laufe des Referates Aufklärungen

zu geben mir erlauben. Endlich bestimmt das Gesetz, daß die Silbermünzen von den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank in unbeschränkter Menge, von den übrigen Bundeskassen nach Maßgabe der jeweils vorhandenen Kassenbestände gegen gesetzliche Zahlungsmittel einzuwechseln sind.

Hohes Haus! Dieses Gesetz hat die Öffentlichkeit sehr stark beschäftigt und es ist vielfach der Meinung Ausdruck verliehen worden, daß durch die Prägung des Schillings eine neue Münzeinheit geschaffen würde. Man hat sich insbesondere darüber den Kopf zerbrochen, in welches Verhältnis der Schilling zu der eigentlichen oder künftigen Münzeinheit, der Goldkrone, wird gebracht werden können. Ich erkläre, daß der Schilling mit der Goldkrone gar nichts zu tun hat. Die Schillinge, beziehungsweise die Halb- und Doppelschillinge sind nichts anderes als Münzen der gegenwärtig bestehenden Kronenwährung. Es ist also der Halbschilling nichts anderes als 5000 österreichische Papierkronen, der Schilling 10.000 und der Doppelschilling 20.000 K. Die Öffentlichkeit hat auch darauf hingewiesen, daß sich der Nationalrat mit diesem Gesetze sehr wenig befaßt habe und daß die Durchberatung dieses Gesetzes eine wenig gründliche gewesen sei. Demgegenüber glaube ich in Übereinstimmung mit allen Parteien dieses Hauses erklären zu können, daß seit langem kein Gesetz im Ausschusse mit solcher Gründlichkeit beraten worden ist wie gerade der vorliegende Gesetzentwurf. Daß man mit Rücksicht auf die Zeit und mit Rücksicht darauf, daß die Regierung mit der Hinausgabe des Hartgeldes recht rasch vorwärts kommen will, es unterlassen hat, größere Kreise in die Angelegenheit hineinzuziehen und eine Durchberatung dieses Gesetzes auch durch Außenstehende zu veranlassen, liegt eben an den Gründen, die ich angegeben habe. Im Finanz- und Budgetausschusse wurde dieses Gesetz, wie ich schon erwähnt habe, sehr gründlich durchgearbeitet, und man hat natürlich auch dort erklärt, daß diese neuen Silbermünzen keine Scheidemünzen sind, denn einer Scheidemünze komme immer nur eine beschränkte Zahlkraft zu, hier aber ist ausdrücklich im Gesetze festgelegt, daß diese Münzen in unbeschränkter Anzahl anzunehmen sind, und man hat auch im Finanz- und Budgetausschusse darauf hingewiesen, daß diese Münzen eigentlich nichts anderes sind, als das Kurantgeld einer neuen Währung. Dem ist aber sicherlich nicht so, denn der Zweck des Gesetzes besteht darin, eine Vorbereitung zu einem Übergange zu einer zukünftigen neuen Währung zu schaffen, was natürlich äußerst vorsichtig vor sich gehen muß. Wir haben auch während unserer Beratungen im Finanzausschuß in Übereinstimmung aller Parteien sogar einige Bestimmungen der Gesetzesvorlage gestrichen, lediglich zu dem Zwecke, um nicht etwa der Außenwelt die Möglichkeit zu

geben, die Ansicht zu vertreten, daß es sich bei Ausprägung der neuen Silbermünzen etwa um ein neues Währungssystem handelt. Es handelt sich also um kein neues Währungssystem, nicht um den Beginn einer neuen Silberwährung, sondern lediglich darum, daß die 5000 und 10.000 K österreichischen Papierkronen nunmehr in Silbermünzen umgewandelt werden sollen. Eine Änderung des Systems liegt absolut nicht vor.

Wenn ich mir schon früher darauf hinzuweisen erlaubt habe, daß der Feingehalt dieser einzelnen Münzen eigentlich auch nicht ganz im Einklang damit zu bringen ist, daß diese Münzen als Scheidemünzen zu gelten haben, so handelt es sich hier darum, daß es notwendig ist, gerade bei Einführung des Hartgeldes um das Vertrauen der Bevölkerung mit diesen neuen Münzen zu werben. Dieses Vertrauen der Bevölkerung kann wohl kaum in anderer Weise besser gewonnen werden, als dadurch, daß man erstens der Münze einen vielleicht etwas zu hohen Feingehalt gibt, und andererseits dadurch, daß man dieser Münze, trotzdem sie Scheidemünze ist, eine unbeschränkte Zahlkraft gibt. Die Bevölkerung würde es also sicherlich nicht verstehen, wenn sie genötigt ist, wertloses Papier für den Fall zu übernehmen, als eine Forderung zur Zahlung kommt, diese Forderung aber nicht auch in diesen Silbermünzen abtatten zu können. Eine Gefahr dafür, daß etwa durch diese neuen Silbermünzen eine Änderung des Systems herbeigeführt wird, ist absolut nicht vorhanden, denn diesbezüglich schützt uns das Statut der Nationalbank, das durch die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatte auch ein Teil der Gesetzgebung geworden ist, davor, daß irgend ein neues Währungssystem augenblicklich eingeführt wird. Man hat auch darauf hingewiesen, daß bei dem hohen Feingehalte der neuen Silbermünzen die Gefahr bestehe, daß für den Fall, als der Wert des Silbers steigen sollte, diese Münze einfach aus dem Verkehr verschwinden, überwertig werden würden und ihnen so wie die feinerzeitigen Silbermünzen bei uns verschwunden sind, dasselbe Schicksal drohen würde. Außerdem ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, daß Silbermünzen mit verhältnismäßig hohem Feingehalte und unbeschränkter Zahlkraft sich auch ausgezeichnet zur Thesaurierung eignen. Aber ich muß wieder darauf hinweisen, daß hierin ein Vertrauensmoment liegt und die Regierung genötigt ist und will das Vertrauen der Bevölkerung dadurch zu erwerben, daß sie die Münzen eben in dieser Ausstattung zur Ausgabe bringt. Das soll natürlich sicherlich nicht ausschließen, daß in einem späteren Zeitpunkt und unter anderen Verhältnissen die Regierung sich sicherlich ihrer Aufgabe bewußt sein und diese neuen Silbermünzen dann vielleicht in einem andern Feingehalt ausprägen, ihnen sicherlich aber auch die unbeschränkte Zahlkraft nehmen und sie dadurch

zu echten — wenn ich so sagen darf — Scheidemünzen stampeln wird.

Eine besondere Erörterung hat im Finanz- und Budgetausschuß auch die Tatsache gefunden, daß die Regierung den Münzgewinn nicht als Einnahme in das Budget einstellen, sondern dazu verwenden will, die Schuld des Bundes an die Nationalbank teilweise abzustatten. Ich finde, daß so verlockend es insbesondere mit Rücksicht auf die augenblickliche finanzielle Lage des Staates wäre, diesen Münzgewinn als Einnahme einzustreichen und zu irgendwelchen Investitionen oder zur Deckung anderer Ausgaben zu verwenden, die Regierung doch sehr richtig handelt, wenn sie diesen Münzgewinn zur Abstattung der Schuld an die Nationalbank verwendet. Denn es könnte sonst in der Bevölkerung sehr leicht die Ansicht aufkommen, daß die Regierung mit der Hinausgabe der Münzen nichts anderes bezweckt hat, als sich selbst eine ganz nette Einnahme auf einfache Weise zu verschaffen.

Ich habe schon früher erwähnt, daß wir bei der Beratung ängstlich darauf Bedacht waren, alles aus dem Gesetze zu entfernen, was zu dem Glauben veranlassen könnte, als ob es sich hier um Einführung der Silberwährung oder eines sonstigen anderen Währungssystems handelt. So haben wir im § 5 die Bestimmung gestrichen: „Alle Zahlungen, die in österreichischen Kronen zu leisten sind, können auch in diesen Münzen, und zwar nach dem im § 2 festgelegten Wertverhältnis geleistet werden.“ Diese Bestimmung wurde deshalb gestrichen, weil wir eben einer irrigen Auffassung den Boden entziehen wollten und weil wir glauben, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß man statt mit Papier auch mit diesen Münzen zahlen kann, die, wie ich nochmals ausdrücklich erwähne, nur Münzen der Kronenwährung sind und nur die Papierkronennoten zu 5000 und 10.000 K ersetzen sollen.

Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß dadurch, daß jetzt gewissermaßen eine kleine Münzeinheit, 1 Schilling = 10.000 K, geschaffen wird, die Hinausgabe der neuen Münzen auf die Mentalität der Bevölkerung die Wirkung haben könnte, daß erhöhte Lohnforderungen und überhaupt eine Preisrevolution in unserer Wirtschaft eintritt. Ich bin der gegenteiligen Meinung. Ich glaube, es ist gerade der Zweck dieses Gesetzes — wie ich schon eingangs erwähnt habe —, derartige Preisrevolutionen zu vermeiden, die sich durch die Einführung einer neuen Einheit tatsächlich ergeben könnten. Es wird eben keine neue Währungseinheit eingeführt, sondern es werden lediglich die Noten zu 5000 und 10.000 K nunmehr durch Silbermünzen ersetzt.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat, nachdem er in mehreren Sitzungen — und in jeder dieser Sitzungen hat die Beratung mehrere Stunden in Anspruch genommen — diesen Gesetzentwurf durch-

beraten hat, mich damit beauftragt, dem hohen Hause den Antrag zu stellen, es möge dem vorliegenden Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses die Zustimmung erteilen. *(Während vorstehender Ausführungen hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)*

Alfina: Hohes Haus! Ich bin in der Lage, namens meiner Partei zu erklären, daß wir der Tendenz und der Absicht dieses Gesetzes unsere Zustimmung erteilen. Wir hoffen, daß durch das initiierte Gesetz zunächst einer der schädlichsten Nebenwirkungen der Inflationsperiode, der Bedeutungslosigkeit und Wertlosigkeit, ja geradezu der Verächtlichkeit, die das Umlaufmittel, das Papiergeld, in seiner Massenerscheinung gewonnen hat, entgegengewirkt werden wird. Man kann sich versprechen, daß durch die Wiederkehr des Hartgeldes in der Bevölkerung psychologische Wirkungen in der Richtung ausgelöst werden, daß wieder eine beachtlichere Gebahrung mit den zur Verfügung stehenden Geldern in der Bevölkerung Platz greift. Wir können also auch aus diesem Grunde für dieses Gesetz stimmen.

Der Herr Berichterstatter hat auf die Bedenken hingewiesen, die schon während der Ausschüßberatungen von unserer Seite geltend gemacht wurden, ohne jedoch auch in seinen heutigen Ausführungen diese Bedenken zerstreut zu haben. Es ist allerdings auch zu erwägen, daß sich durch die Einführung des neuen Hartgeldes psychologische Wirkungen entgegengesetzter Art geltend machen können. Es wurde durch die Worte des Berichterstatters der Einwand, daß wir auf dem Gebiete der Preisbildung der Waren Erscheinungen gegenübergestellt werden können, die uns in die Gefahr einer von dieser Seite beeinflussten Teuerungswelle bringen, nicht entkräftet. Das wäre sicherlich eine psychologische Nebenerscheinung, die die größten Bedenken hervorzurufen geeignet ist. Es wird sich schließlich auch die Erscheinung einstellen, daß die Arbeiter und Angestellten erkennen werden, welche erschreckend niedrige Löhne und Gehalte sie, an den neuen devalvierten Geldzeichen gemessen, erhalten. Auch aus dieser Tatsache werden sich psychologische Wirkungen auf die Bevölkerung ergeben, an denen man nicht ohne weiteres vorübergehen kann. Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß sich Bedenken geltend gemacht haben, daß hier eine Scheidemünze geschaffen wird, die einen so hohen Feingehalt hat, daß sie den Charakter einer Scheidemünze an sich verliert und eigentlich schon den Charakter einer Kurantmünze hat, und hat gemeint, es sei vor allem notwendig, daß diese neue Münze das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt. Der Herr Berichterstatter darf doch nicht übersehen — und auch der Herr Finanzminister nicht —, daß alle diese Dinge zwei Seiten haben: Wenn auf der einen Seite das Vertrauen der Bevölkerung gehoben wird, wenn der

Feingehalt der Scheidemünze ein hoher ist, und wenn auf der andern Seite die Gefahr nicht übersehen werden darf — und hierüber hat uns der Herr Berichterstatter gar nichts gesagt und auch der Motivenbericht sagt uns darüber nichts, wie dieser Gefahr entgegengewirkt werden soll —, kann die Münze angesichts der Erhöhung des Silberwertes unmittelbar vor der Überwertigkeit stehen, ja in die Überwertigkeit selbst kommen, und in diesem Falle würde die Theaurierung dieser Münze unweigerlich zur Tatsache werden. Über diese Gefahren und wie diesen Gefahren begegnet werden soll, hat uns der Herr Berichterstatter nichts gesagt, und auch von der Regierung haben wir nichts anderes gehört, als daß es notwendig sei, das Vertrauen der Bevölkerung zu erringen. *(Finanzminister Dr. Kienböck: Darf ich einen Zwischenruf machen? Anderseits muß, wenn der Silberpreis fällt, die Münze unserer Tendenz gemäß immer noch genug staltlich sein! Damit muß auch gerechnet werden!)* Gewiß, aber Herr Minister werden zugeben, daß auf die Veränderung des Silberpreises von Regierung wegen gar kein Einfluß genommen werden kann. Das hängt von Faktoren ab, die außerhalb unserer Erwägungen und der Möglichkeit unserer Beeinflussung liegen, und es ist für den in Betracht kommenden Kreis von Jahren wohl anzunehmen, daß wir eher mit einer Steigerung des Silberwertes als mit einem Rückgang rechnen können. Ich gebe zu, daß dem Argumente des Herrn Ministers bezüglich der Unterwertigkeit des Silbers eine gewisse Bedeutung zukommt.

Auch jene Bedenken, die gegen die unbeschränkte Zahlkraft sprechen und die wir bereits im Ausschuss vorgebracht haben, hat der Herr Berichterstatter hier wohl berührt, er hat aber diesen Gefahren nichts entgegenzusetzen gewußt oder auch nur versucht. Es wurde von uns während der Ausschussberatungen ausdrücklich hervorgehoben, daß bei einer Scheidemünze die unbeschränkte Zahlkraft wohl kaum jemals in irgendeinem Land in Betracht gekommen ist. Es ist zweifellos, daß sich bei einem seinerzeitigen Übergang zur Goldwährung aus der unbeschränkten Zahlkraft der Scheidemünzen große Schwierigkeiten ergeben können, und es fragt sich, ob es, wenn man schon auf der einen Seite in der Ausstattung des Feingehalts ohnehin jene psychologischen Wirkungen auf die Bevölkerung erzielt hat, die das Vertrauen in die neue Münze hervorrufen sollen, notwendig war, aus demselben Titel des Vertrauens auch noch die unbeschränkte Zahlkraft zu statuieren. In dem hohen Feingehalt liegt genug Anziehungskraft für die Bevölkerung — vielleicht sogar mehr als wünschenswert erscheint —, um ihr die neue Münzeinheit angenehm zu machen.

Der Herr Berichterstatter hat betont, es sei keine neue Währung, die hier eingeführt werden soll, man

brauche sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wie das Verhältnis der Münzeinheit zur Goldkrone sein wird; es bleibe bei der gegenwärtigen Goldkrone und alle diese Erwägungen seien falsch. Die Geschichte der Währungen zeigt, daß gerade das Hartgeld ein großes Beharrungsvermögen aufweist, daß es sicher nicht möglich sein wird, die jetzt geschaffenen Tatsachen zu einem späteren Zeitpunkte so ohne weiteres aus der Welt zu schaffen und daß sich bei einer wirklichen Währungsreform, bei einem Übergang zu einer anderen Währung Schwierigkeiten ergeben werden, die unserer Meinung nach besser in Wegfall gekommen wären.

Über den Münzgewinn, der zur Abschreibung der Schuld bei der Nationalbank dienen soll, haben wir auch schon im Ausschuss unsere Meinung geäußert. Wir haben gesagt, daß es unseres Erachtens gar nicht notwendig wäre, daß sich die Republik, die mit dem Defizit ringt, den Luxus gestattet, Einnahmen, die ihr auf diesem Wege zufließen, einfach zur Abstattung einer Schuld zu verwenden, für die die Abstattungsverpflichtungen ganz genau normiert sind. Es wäre gar nichts dagegen einzuwenden gewesen, wenn beispielsweise — und gerade die heutige Verhandlung hat es bewiesen — die Regierung den Münzgewinn in das Budget als außerordentliche Einnahme eingestellt hätte; vielleicht wäre es ihr dann leichter möglich gewesen, unserem Antrag entgegenzukommen und die dringenden Lebensmittel des täglichen Bedarfs von der Erhöhung der Warenumsatzsteuer freizuhalten.

Ich muß noch darauf hinweisen, daß die Fassung des Gesetzes, ganz unrichtigerweise bei den Kleinrentner eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hat, insbesondere die Fassung, die in der Regierungsvorlage enthalten war, und im Berichte wiederkehrt ist und zu dem Glauben Veranlassung gab, daß damit irgendwie der Frage der Kronenschulden präjudiziert wird. Es sollte von dieser Stelle aus mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß dieses Gesetz mit der Frage der Kronenschulden in gar keinem, auch nicht in einem indirekten Zusammenhang steht, und daß es der Frage der Kronenschulden im ganzen und auch in jenem speziellen Fall, der für die Kleinrentner in Betracht kommt, in keiner Weise präjudiziert.

Im Zusammenhange wohl nicht mit der Materie, aber mit der Vorlage selbst möchte ich einige Beschwerden an den Herrn Finanzminister vorbringen, die sich aus der Geschäftsführung der Nationalbank in verschiedenen Personalfragen ergeben. Zunächst muß ich feststellen, daß die ausgesprochene Absicht des Statuts der Notenbank, den Angestellten und Arbeitern des Noteninstitutes nichts von ihren sozialpolitischen Rechten zu nehmen, durch Auslegungskunststücke, an denen allerdings auch das

Finanzministerium mitbeteiligt war — ich glaube, es war nicht unter der Amtsführung des gegenwärtigen Herrn Bundesfinanzministers —, zu nichte gemacht wurde. Durch den Rat, die Frage vor das Einigungsamt zu bringen, wurde den Arbeitern und Angestellten des Noteninstitutes die Möglichkeit genommen, durch ihre Betriebsräte im Generalrat vertreten zu sein. Das Recht, welches den Arbeitern und Angestellten in allen Unternehmungen zusteht, wurde in der Nationalbank den Leuten einfach genommen durch eine Interpretation, die den klaren Absichten, ja noch mehr, den eindeutigen Erklärungen, die der Vertreter der Regierung seinerzeit im Ausschuß abgab, zuwiderläuft. Es wäre Aufgabe der Regierung, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß man nicht Interpretationen hervorruft, um den Leuten ihr Recht zu nehmen. Im übrigen haben wir ja in der heutigen Sitzung eine diesbezügliche Novellierung des Gesetzes über die Errichtung der Notenbank beantragt, um endlich eine Klarstellung dieser Frage herbeizuführen und den Arbeitern und Angestellten des Noteninstitutes zu jenen Rechten zu verhelfen, die ihnen nach dem einmütigen Willen des hohen Hauses niemals hätten verkürzt werden dürfen.

Ich bin aber auch genötigt, über das Vorgehen der Direktion der Nationalbank gegenüber jenen Pensionisten zu sprechen, die bei der Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank nicht in die Nationalbank übernommen wurden. Nach der klaren Absicht des Gesetzes sollte sowohl den Altpensionisten der Oesterreichisch-ungarischen Bank als auch denen, die bei der Liquidation in den Ruhestand versetzt wurden, die sogenannte Automatik zuerkannt werden. Dies kommt im § 2 des Gesetzes ganz deutlich zum Ausdruck, in welchem es heißt, daß den Leuten die jeweilige volle Ruhegenußbemessungsgrundlage gebührt. Was tut man nun? Wo immer sich eine Interpretationsmöglichkeit zuungunsten der Angestellten ergibt, wird sie in der Nationalbank benutzt. Auch hier hat man in der Fassung dieses Paragraphen und in der Fassung des § 3 die Möglichkeit gefunden, eine Reihe von Pensionisten um ihr Recht auf Automatik zu verkürzen, und so ergibt sich, daß wir schon während der kurzen Zeit des Bestandes der Nationalbank vier Kategorien von Beamten- und Arbeiterpensionisten haben. Auch dieser Anflug, der sich rein aus einer willkürlichen, dem Inhalt und der Absicht des Gesetzes zuwiderlaufenden Interpretation ergibt, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Da wir leider nicht mehr das Vertrauen haben können, daß die Regierung gegenüber dem Noteninstitut jene Haltung einnimmt, die geeignet ist, eine loyale und der Absicht des Gesetzes entsprechende Durchführung herbeizuführen, werden wir auch in diesem Falle eine entsprechende Novellierung des Gesetzes beantragen.

Zum Schluß möchte ich noch auf jene Vorfälle in der Nationalbank zurückkommen, die sich unlänglich des Abbaues der Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Überführung in die Dienste der Nationalbank ereignet haben. Es ist begreiflich, daß die Nationalbank heute nicht mehr jenen Kreis von Arbeitern und Angestellten beschäftigen kann, den seinerzeit die Oesterreichisch-ungarische Bank beschäftigt hat; es ist klar, daß der Stand an Angestellten und Arbeitern mit den heutigen Möglichkeiten in Übereinstimmung gebracht werden muß. Aber was wir von einem Institut von dem Range der Nationalbank verlangen können, ist, daß es sich seiner moralischen Verpflichtungen gegenüber diesen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die nunmehr auf's Pfaster gesetzt sind, bewußt sei. Wir halten es mit dem Prestige der Nationalbank für nicht vereinbarlich, daß sie in der Weise vorgeht, wie es hier geschah. Es sind Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen bis zu zehn Dienstjahren einfach gekündigt worden und sind — man höre und staune! — mit Abfertigungen von zwei bis vier Wochengehältern hinausgestellt worden. (Hört! Hört!) Zwei bis vier Wochenlöhne bietet die Nationalbank diesen Arbeitern und Arbeiterinnen als Entgelt dafür, daß sie heute in der Zeit der Wirtschaftskrise, hinausgestellt werden, wo sie durch die Art ihrer Tätigkeit in der Nationalbank, die sicherlich eine hochqualifizierte, aber immerhin eine einseitige ist, in der Privatindustrie einfach nicht mehr konkurrenzfähig sind und mit einer weit längeren Arbeitslosigkeit rechnen müssen, als dies in normalen Fällen der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist.

Dabei sind krasse Ungerechtigkeiten mit unterlaufen. Es wurden Arbeiterinnen entlassen, die knapp vor ihrer Pensionsberechtigung, knapp vor der Vollendung des zehnten Dienstjahres, das ihnen den Anspruch auf einen Ruhegenuß verbürgt, standen. Hier haben sich aber auch jene Grenzfälle ergeben, daß Arbeiterinnen, die mit etwas mehr als zehn Dienstjahren pensionsberechtigt waren, dieser Anspruch mit entsprechenden Abfertigungen abgekauft wurde. Während also auf der einen Seite eine ansehnliche Anzahl von Millionen als Gegenwert, als Kapitalisierung der Pensionsansprüche gewährt wurden, stehen auf der anderen Seite Fälle, wo Arbeiter mit $9\frac{1}{2}$, $9\frac{3}{4}$ Jahren, ja mit 9 Jahren und 11 Monaten Dienstzeit mit dem Pappentitel einer vierwöchigen Abfertigung einfach hinausgestellt wurden. Das sind Härten, wie sie in einem Institut, wie es die Nationalbank ist, nicht vorkommen sollten. Die Nationalbank ist — wir haben es ja bei der Beratung des Notengesetzes vorausgesagt — ein gutes Geschäft, das stellt sich heute schon heraus. Es sind die Mittel dazu vorhanden. Warum soll also diese Härterzigkeit gegenüber den Arbeitern und Arbeiterinnen in einer solchen Form

Platz greifen? Ich weiß nicht, ob Herr Präsident Reich diese Vorkommnisse billigt, ob das mit seinem Wissen geschieht. Ich kann mir das nicht denken. Wir haben ja den Herrn Präsidenten Reich sowohl in seiner privaten wie öffentlichen Tätigkeit als einen Mann von Einsicht kennen gelernt, der doch nicht von scharfmacherischsten und brutalsten Instinkten beseelt ist. Aber es ist hier jener Zug der Bureaukratie, der schon in der alten Österreichisch-ungarischen Bank zu bemerken war, in der Leitung, in der Direktion des Institutes, jene düntelhaft bureaukratische Einstellung, die glaubt, es ist ein Dekret erlassen und nunmehr, nachdem die Allermächtigsten in diesem Institut gesprochen haben, darf eine Abänderung eines solchen Dekretes unter keinen Umständen erfolgen. Da gibt es Leute unter diesen provisorischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in der Anstalt zum Krüppel geworden sind, und während sie an den Folgen des Unfalles, den sie erlitten haben, im Spital gelegen sind, hat sie irgendein Oberinspektor, irgendein Leiter des Institutes besucht und hat ihnen die Versicherung abgegeben, daß sie aus diesem Anlasse nicht zu befürchten hätten, daß sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet würden. Die schönsten Versprechungen und Trostsprüche haben diese Krüppel am Spitalsbett erfahren und heute stehen Sie vor der Tatsache, daß ein Teil von ihnen schon hinausgeworfen wurde und einem anderen Teil jeden Augenblick der Sessel vor die Tür gestellt wird. (Hört! Hört!) Das ist doch kein Vorgehen, das eines Institutes wie der Notenbank würdig ist.

Aber nicht nur bei den Arbeitern und Arbeiterinnen geht man so vor, sondern auch bei den Beamten, soweit sie nicht dekretmäßig nach der Dienstordnung angestellte Beamte, sondern sogenannte Vertragsangestellte sind. Mir ist ein Fall bekannt, wo jemand in den letzten Monaten einen Unfall erlitten hat, der mit dem Dienst, wenn nicht in einem direkten, so doch in einem indirekten Zusammenhang steht. Der Mann hat sich den Daumen gebrochen und beim Geldzählen eine Infektion erlitten, so daß ihm der Daumen ganz weggenommen wurde. Der Mann wurde jetzt als Vertragsangestellter, ohne Rücksicht darauf, daß er ein Krüppel geworden ist, einfach auf die Straße gestellt, einfach aus den Diensten der Nationalbank entlassen.

Wir bringen hier, Herr Bundesfinanzminister, nunmehr bereits zu wiederholten Malen unsere Beschwerden über die Haltung der Direktion der Nationalbank gegenüber dem Personal vor. Wir haben bis heute leider noch nicht gesehen, daß die Regierung von dem ihr zustehenden Einfluß, den sie ja durch den Staatskommissär auszuüben in der Lage ist, Gebrauch gemacht hätte, um die Übelstände, die wir hier vorbringen, abzuschaffen. Ich möchte an den Herrn Bundesminister das dringendste Er-

suchen richten, hier endlich einmal Remedur zu schaffen. Ich bin überzeugt, er wird sich dabei auf einer Linie mit dem Präsidenten des Institutes, Herrn Dr. Reich, befinden. Denn ich bin überzeugt, daß auch diese Stelle es nicht billigen kann, wenn die Direktion des Institutes einfach aus jenen bureaukratischen Überheblichkeiten heraus, die ich hier gekennzeichnet habe, über alle diese Dinge mit sich nicht sprechen lassen will. (Beifall und Handeklatschen. — Zu Beginn der nachfolgenden Ausführungen übernimmt Präsident Dr. Dinghofer den Vorsitz.)

Dr. Gürtler: Hohes Haus! Das Problem der österreichischen Valuta im Sinne einer gewissen Stabilisierung unter Zugrundelegung von Zahlenverhältnissen, die wieder ein normales wirtschaftliches Denken möglich machen, stand das erstemal — möchte ich sagen — offiziell zur Diskussion im Frühjahr des Jahres 1921, als die Delegierten der Finanzkommission des Völkerbundes hierher kamen, um — ich weiß nicht zum wievielten Male — die Verhältnisse in Österreich zu studieren und dann Bericht zu erstatten. Es sind damals mit diesen Leuten, denen man gewiß ein tiefes Verständnis für valutarische Probleme nicht absprechen konnte, sehr eingehend alle Umstände diskutiert worden, die für und die gegen eine Devaluation sprechen. Wenn ich jetzt das Wort Devaluation gebrauche, so will ich von Haus aus gleich einem Mißverständnis entgegenreten. Ich will mir nicht interpretieren lassen, daß ich das, was jetzt geschieht gewissermaßen als eine Devaluation bezeichne. Aber man wird schon zugeben, daß gewisse psychologische Wirkungen, die auch dieser Regierungsvorlage innewohnen, Übereinstimmungen haben mit dem, was man als psychologische Wirkung einer Devaluation bezeichnen könnte, und deshalb darf im Zusammenhang damit von jenen Dingen schon gesprochen werden.

Nun haben wir uns damals vor allem das eine vor Augen halten müssen, daß zwei Dinge Voraussetzungen einer Devaluation sind, wenn dieselbe nicht nur ein Zwischenstadium in einer neuen Inflationsperiode darstellen soll, und ich meine, das wäre das Verhängnisvollste, was man valutapolitisch machen würde, denn da würde man die zweite, dritte und vierte Devaluation einfach nicht mehr glauben. Darum sind auch die verschiedenen währungspolitischen Versuche im Deutschen Reiche, die da gemacht wurden, um einen Boden zu finden, bevor der Boden wirklich da ist, einer sehr verschiedenen Beurteilung ausgesetzt.

Wir haben zwei Momente, die dafür entscheidend sind, ob man einen derartigen währungspolitischen Schritt machen kann. Der eine ist eine verhältnismäßige Stabilisierung der Krone in ihrer Relation zu den wertstabilen ausländischen Valuten. Ich meine, es wird ja mit dieser Stabilisierung der Krone in dem

Sinne viel Mißbrauch getrieben, als es immer noch Leute gibt, die zum Beispiel hypnotisiert auf den Züricher Kurs starren und nicht wissen, daß es Wertveränderungen in Zürich gegeben hat, die auf einer Wertveränderung des Schweizer Franken und keinesfalls auf einer Wertveränderung der viel stabileren österreichischen Krone beruht haben, und gewisse Leute, die derartige Dinge gerne benutzen, um ihre eigenen Schäflein zu scheeren, prophezeien dann Tendenzen irgendeiner Regierung, eine künstliche Hebung des Kronenkurses herbeizuführen oder den Kronenkurs künstlich zu senken. Nun, wenn eben der Schweizer Franken nicht mehr jenes valutarische, ich möchte sagen, Piedestal hat, welches er gehabt hat zu einer Zeit und jedenfalls in der Relation zu unserer Krone, in jener Zeit, als diese noch eines der beliebtesten Spielobjekte der Valutaspekulanten war, so darf uns das in der Beurteilung des Züricher Kronenkurses nicht beirren. Wir müssen eben die Stabilität der Krone beurteilen im Verhältnis zu den wertstabilen Valuten, und der Kreis der wertstabilen Valuten ist sehr klein geworden, denn auch das Pfund hat in der letzten Zeit Bewegungerscheinungen gezeigt, die es den Pfundbesitzern wünschenswert machen konnten, in österreichischen Kronen Pfundbeträge anzulegen, um auf diese Art und Weise dann eine Pfundspeculation realisieren zu können. Warum sollen wir hier in diesem Hause von diesen Dingen nicht einmal sprechen, über die wir Österreicher uns aufrichtig freuen können? Denn daß einmal Engländer in Kronen Pfundgewinne realisieren würden, und zwar nicht auf der Basis einer wüsten Spekulation, sondern auf der Basis einer ganz gesunden Valutaspekulation, ist eine Sache, die wir vor gar nicht langer Zeit uns kaum hätten vorstellen können. Infolgedessen müssen wir schauen, wie sich die Krone zum Dollar verhält, den man heute sicher als wertstabilste Währung bezeichnen kann. Und hier können wir nun wirklich sagen, daß eine ganz feste Relation gegeben ist. Es ist also einmal die erste Voraussetzung, auf diesem Gebiet irgendwelche Schritte zu machen, geschaffen.

Fragen wir nun, ob die zweite Voraussetzung schon geschaffen ist, um zu einer endgültigen Lösung des valutarischen Problems zu gelangen. Diese zweite endgültige Voraussetzung, über die wir uns damals mit den Finanzdelegierten des Völkerbundes sehr eingehend auseinandergesetzt haben, ist eine vollständige Freiheit des Verkehrs auf allen wirtschaftlichen Gebieten. Ich will mich da gar nicht in einen Gegensatz mit der linken Seite des hohen Hauses setzen, die vielleicht die eine oder andere Verkehrsbeschränkung für unbedingt notwendig hält. Aber auch die fanatischsten Anhänger solcher Verkehrsbeschränkungen werden mir zugeben, daß jede Änderung der geschlichen Lage auf dem Gebiete solcher Verkehrsbeschränkungen Alterationen der inneren

Kaufkraft der Valuta zur Folge haben kann, und solange wir daher nicht bei einem Zustande des Gesamtverkehrs im Inlande angelangt sind, der solche Alterationen der Kaufkraft der Krone durch innere gesetzliche Maßnahmen ausschließt — ich weiß nicht, ob ich deutlicher werden muß —, solange können wir zu einer endgültigen abschließenden Regelung unseres valutarischen Problems nicht gelangen.

Anderseits aber drängt die Zeit doch dazu, daß wir dem Begriffe des Geldes in diesem Staate wieder einen konkreten Inhalt verleihen. Da, möchte ich sagen, sehe ich in dem, was uns das Finanzministerium und nunmehr der Finanzausschuß in der von ihm beschlossenen Fassung vorlegt, eine Art geistreicher Zwischenlösung zwischen der endgültigen Lösung des valutarischen Problems und den Erfordernissen der jetzigen Zeit, die schließlich und endlich wieder einmal mit kleineren Beträgen rechnen will; geistreich auch noch aus einem anderen Grunde, an dem meine sehr verehrten Herren Vorredner im Ausschuß und im Hause eigentlich vorübergegangen sind. Wir haben uns immer Rechenschaft darüber gegeben, daß eine Devaluation auf der realen Devaluationsbasis Erkenntnisse über die Höhe der wahren Einkommen produzieren wird, die unter Umständen für die Beurteilung sozialer Positionen nicht ganz einflußlos sein können. Gerade darin nun, daß wir hier eine Silbermünze schaffen, die sehr leicht geeignet ist, in der Mentalität der Bevölkerung die alte Silberkrone zu ersetzen, daß wir aber diese Silbermünze nicht auf der Devaluationsbasis 1 : 14.400 freieren, sondern auf der Basis 1 : 10.000 und es damit zustande bringen, daß der Betreffende nicht eine durch 14.400, sondern eine durch 10.000 dividierte Menge solcher Silbermünzen, also gewissermaßen ein höher erkennbares Silbereinkommen bezieht, und es damit zustande bringen, den psychologischen Effekt des Überganges zu einem höheren Zahlungseinkommen in einem gewissen Sinne zu mildern, in dieser Behandlung der Materie sehe ich eine sehr glückliche Lösung dieser psychologischen Seite des Problems. (*Zwischenrufe Eldersch.*) Nein, ich werde Ihnen aber etwas sagen... (*Ruf: 14.000 ist ja Gold!*) Das weiß ich schon. Wenn wir devalvieren würden in Silber und wir müßten auch Silbercheidemünzen ausgeben, wenn wir also Silberkronen ausgeben würden — Sie scheinen meinen Ideengang nicht von Anfang an verfolgt zu haben, Herr Präsident —, wenn wir Silberkronen ausgeben würden, würde der Betreffende jedenfalls eine kleinere Zahl von Silberkronen perzipieren, wenn man einfach umrechnet, als er heute Schillinge perzipiert. Und nachdem ich mir sehr wohl vorstellen kann, daß der Schilling gewissermaßen bestimmt sein könnte, die Silberkrone zu supplieren, so ist, optisch gesehen, das Bild — aber diese optischen Wirkungen sind nicht belanglos,

darüber müssen wir, die wir in ständiger Verbindung mit der Bevölkerung stehen, uns ganz klar sein — ein glücklicheres, als wenn man sofort auf dem Weg einer pur et simple Valorisierung gewissermaßen die Silbermenge festgelegt hätte, die der Betreffende in die Hand bekommt, wobei ja zugegeben sein mag, daß auch hier die Goldkrone in Silber ausgedrückt, die Silbermenge des Schillings sich eventuell als zulänglich hätte erweisen können. Ich halte das für einen ganz feinen psychologischen Zug, der uns vielleicht auch die weiteren Schritte auf währungspolitischen Gebiet erleichtern wird. Natürlich vollkommen ist auch dieser Schritt nicht und Bewegungen werden ausgelöst werden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, erstens: wer eine Omelette machen will, muß Eier zerschlagen, und zweitens: ins Endlose können wir die Lösung dieser Frage nicht aufschieben, denn es pflegt im allgemeinen — und es gibt eine ganze Menge Probleme, die man im Jahre 1918 leicht hätte lösen können und die jetzt im Jahre 1923 schon verflucht schwierig geworden sind — derartige Probleme durch Verschiebung ihrer Lösung an Leichtigkeit der Lösung nicht zu gewinnen, wenn ich auch speziell bei diesem Problem zugeben muß, daß eine verfrühte Lösung alles andere als zweckdienlich gewesen wäre.

Und nun kommt der große Streit der Meinungen: Wir haben da in diesem Gesetze etwas gemacht, was mit der nationalökonomischen Theorie in Widerspruch steht. Nun, ganz fremd stehe ich der nationalökonomischen Theorie nicht gegenüber und ich nehme es schon auf mein Gewissen, hier in diesem hohen Hause zu sagen, gar so tragisch darf man eine solche Verletzung einer nationalökonomischen Theorie schon aus dem Grunde nicht nehmen, weil die wirklichen Kenner nationalökonomischer Theorien schließlich und endlich wissen, daß diese Theorien das Ergebnis von Beobachtungen natürlicher Entwicklungsprozesse sind und daß alle diese Begriffe, die theoretisch distinktiert und festgelegt wurden, schließlich und endlich auch weiterhin Entwicklungen unterworfen sein können. Für wen sich natürlich die Kenntnis dieser Dinge aus der mehr oder weniger nützlichen Einsichtnahme in nationalökonomische Lehrbücher erschöpft, der kann allerdings dann vor einer derartigen theoretischen Behauptung mit Scheuklappen rechts und links stehen bleiben und sich sagen: Um Gottes willen, das ganze Gesetz ist nichts wert, weil Lexis erklärt, daß eine Scheidemünze so und so beschaffen sein muß! Das ist die Mentalität eines ewigen Prüfungskandidaten, die den Dingen in dieser Auffassung entgegentritt. Ich habe von seiten der Opposition viel vernünftiger und ganz andere Einwände gegen dieses valutarische Sujet mixte gehört, das dieser Schilling darstellt. Das sind Dinge, mit denen man sich ernsthaft auseinanderzusetzen hat, aber diese volkswirtschaftlichen Bedenken eines ewigen

Rigorosanten braucht man nicht so ernsthaft zu nehmen, und es hat mich sonderbar berührt, wenn ich schon in diesem Zusammenhange — ich wollte es eigentlich erst am Schlusse meiner Ausführungen tun — davon reden will, wenn der heutige Leitartikel der „Neuen Freien Presse“ es jemandem anderen vorwirft, daß er so vielseitig ist, obwohl es doch keinen vielseitigeren Menschen in diesem Staate gibt, als den Mann, der diesen Leitartikel geschrieben hat (*Heiterkeit*), und ich glaube auch, daß dieser Betroffene den Vorwurf der Vielseitigkeit mit der nötigen Gelassenheit entgegengenommen hat, da das, was in diesem Blatte geschrieben wird, ein Bestandteil der öffentlichen Meinung nur in der Wahnvorstellung eines einzelnen jungen Mannes in der Fichtegasse ist. (*Lebhaftes Heiterkeit.*)

Und nun will ich wieder zum Gegenstande selbst zurückkehren. Ich meine, wir haben genügend in diesem Gesetze getan, um die Dualität dieser Münze als Scheidemünze in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise festzustellen. Ich kann mich der psychologischen Motivierung des Herrn Finanzministers — und ich habe das schon im Ausschusse getan —, daß es bei unserer währungspolitischen Vergangenheit der letzten Jahre Bedenken gehabt hätte, die Annahmepflicht dieser Münzen irgendwie zu beschränken, um auf diese Art und Weise ihren absolut zuverlässigen Charakter als Scheidemünze zu retten, sehr wohl anschließen, weil ich verstehen kann, daß ein Land mit unserer währungspolitischen Vergangenheit schließlich und endlich, was seinen guten Ruf in puncto Valuta betrifft, viel vorsichtiger sein muß als jedes andere, das eine solche Vergangenheit nicht hat, wobei ich keineswegs damit sagen will, daß ich uns selbst für diese währungspolitische Vergangenheit ausschließlich verantwortlich mache; denn wir sind da wahrlich die Opfer einer force majeure gewesen und haben uns ehrlich und redlich jahrelang gegen diese force majeure zur Wehre gesetzt. Aber ich meine, es haben sich diese Dinge schließlich auch in der Mentalität unserer Bevölkerung ausgewirkt und die Leute hätten es vielleicht nicht verstanden, wenn sie jetzt ein gutes Geld in die Hand bekommen und nun plötzlich dieses gute Geld nur eine beschränkte Zahlungskraft haben soll, während die gesetzlichen Zahlungsmittel des Staates, diese wunderschönen Noten, eine unbeschränkte Zahlungskraft haben sollen. Das verstehen wir geschulten Währungspolitiker und alle diejenigen, die sich seit Jahren ex professo mit diesen Dingen beschäftigen, ganz genau, aber den Leuten draußen das begreiflich zu machen, ohne vielleicht bei ihnen Vorstellungen zu erwecken, daß es doch mit diesen Silbermünzen irgendeinen Haken haben könnte, das ist eine Sache, die nicht von der Hand zu weisen ist. Ich habe es darum auch für sehr wichtig gehalten, daß man eine angelegene Bestimmung

beseitigt hat. Es ist ebenso wichtig, daß, um nicht zu einer Praxis der Gerichte zu kommen, die unerträglich wäre, die Motivierung für die Beseitigung dieser Bestimmung im schriftlichen Berichte, also gewissermaßen aere perennius aufgenommen hat. Um aber wiederum zu besagten Scheidemünzen zurückzukommen, so sind es doch zwei Bestimmungen, die den Charakter dieser Münzen als Scheidemünzen vollständig klarstellen. Das ist erstens die im § 4, Absatz 5, enthaltene Bestimmung, wo es heißt (*liest*): „Die Nationalbank ist berechtigt, bei ihr sich häufende Bestände solcher Münzen dem Bunde zur Verfügung zu stellen und aus den vom Bunde bei ihr gehaltenen Barguthaben den Nennwert des zur Verfügung gestellten Betrages zurückzubehalten oder dessen Vergütung vom Bunde zu fordern“, eine Bestimmung, die gar keinen Sinn hätte, wenn diese Münze irgendwie das valutarisch normale gesetzliche Zahlungsmittel und nicht Scheidemünze wäre. Das ist entschieden das klarste Argument für den Charakter dieser Münze als Scheidemünze. Dann findet sich aber auch noch die Feststellung der Verpflichtung, daß diese Münzen von den Kassen der Österreichischen Nationalbank in unbeschränkter Menge und von den Bundeskassen nach Maßgabe der jeweils vorhandenen Kassenbestände gegen gesetzliche Zahlungsmittel einzuwechseln sind. In dieser Gegenüberstellung der Scheidemünzen gegenüber den gesetzlichen Zahlungsmitteln ist der Charakter dieser Münzen als Scheidemünzen so fest begründet, daß ich meine, daß sich die Diskussion über ihre wahre Eigenart erübrigt.

Wenn man die Sache schon nationalökonomisch subsumiert, so besteht nirgends ein theoretisches Hindernis, Scheidemünzen einen Zwangskurs zu verleihen und es wäre dann gewissermaßen diese Annahmeverpflichtung für diese Scheidemünzen in jeder beliebigen Menge eine Art Zwangskurs, den wir ihnen verleihen würden, ein Zwangskurs, gegen den sogar die Opposition in ganz entgegengesetzter Richtung Bedenken hatte, weil sie die Münze für viel zu hochwertig hält, also ein Zwangskurs, den man wirklich volkswirtschaftlich verantworten könnte. Nun möchte ich aber auch an dieser Seite des Problems nicht achtlos vorübergehen. Ich weiß nicht — ich will mich auch gar nicht auf Prophezeiungen auf diesem Gebiete einlassen — wie sich das Verhältnis des Goldwertes zum Silberwert in der nächsten Zeit entwickeln wird. Wir scheint mit dem Ausgang der englischen Wahlen einer der größten Unsicherheitskoeffizienten auf diesem Gebiete beseitigt zu sein. Auf das Detail dieser Frage will ich hier nicht weiter eingehen. Wir haben immerhin schon bei dem gegenwärtigen Silbergehalt dieser Münze eine Spannung, die an dem Wertgehalt der Münze selbst gemessen nicht zu unterschätzen ist, denn sie macht ja zirka 19 Prozent Spannungsdifferenz, mehr als 20 Prozent des Silberwertes der Münze aus; das

ist also immerhin ein nicht ganz unzulängliches Spannungsverhältnis.

Daß diese Silbermünze vielleicht auch anfangs dazu dienen wird, gewisse atavistische Thesaurierungswünsche wieder aufleben zu lassen, ist eine Erscheinung, die wir in Kauf nehmen müssen. Nur muß man zugeben, daß die Kreise, die solche Thesaurierungseigenheiten haben, heute leider Gottes — es sind ja zum größten Teil unsere Wähler — gar nicht mehr in der Lage sind, zu thesaurieren; diese Gefahr ist also gar nicht so groß, wie man gemeinlich glaubt. Darüber können unsere Spar- und Vorschufkassen sehr eingehende Auskunft geben. Es wird wenige Leute geben, die noch Einlagen in Schillinge umzuwechseln in der Lage sein werden und daß einer bei dem heutigen Zinsfuß seinen Grund belasten wird, um für den Erlös dieser Belastung Schillinge zu kaufen, ist auch nicht sehr wahrscheinlich. Wenn sich aber diese Münze bei der Bevölkerung einer gewissen Beliebtheit erfreut und wenn ich andererseits die Garantie habe, bei der Sparkasse, in die ich Schillinge einlege, wieder Schillinge zu erhalten, wenn ich mein Guthaben kündige, so wird diese Münze auf dem Spartrieb der Bevölkerung sicher anregend wirken. Und sie könnte vielleicht damit auch eines jener Mittel werden, die allein imstande sind, den hohen Bankzins mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen. In dem Maß, als die Spareinnahmen zunehmen und Veranlagung, und zwar zinsbringende Veranlagung, suchen, in dem Maß muß ein Sinken der Kosten des Leihkapitals eintreten. Ich meine also, auch, was diesen Silberwert der Münze betrifft, entspricht es der gegenwärtigen Situation schon, daß wir sie mit einem etwas höheren Silbergehalt ausgestattet haben. Und nun will ich wieder nicht sagen — es gibt kaum jemand, der die Absicht der Regierung weniger kennt als ich (*Heiterkeit*) —, aber ich meine, immerhin würde diese hohe Silberdotierung der Münzen auch andere Möglichkeiten in sich tragen. Ich muß das sagen, um in dem Haus am Schottenring nicht wieder einmal mißverstanden zu werden und dort vielleicht irgendwelche Anregungen zu bieten. Ich bin der Letzte, der Lust hat, als Animmiermädchen für die Börse zu dienen. Ich meine, ich würde diese verhältnismäßig hohe Silberdotierung unter Umständen, falls es valutarisch wünschenswert wäre, es auch möglich machen, ich möchte sagen, an diesem Münzbilde festhalten, dann, wenn man sich einmal entschließen sollte, auf der Basis einer wirklichen Goldparität zu anderen Währungseinheiten überzugehen. Der einzige Effekt dieses Schrittes wäre dann eine mindere Silberdotierung als die gegenwärtige, die mit dem Begriff der Scheidemünze aber immerhin noch verträglich wäre. Ich glaube, es ist sogar vom Redner der Opposition zugegeben worden, daß bezüglich des Hartgeldes in der Bevölkerung gewisse konservative

Neigungen bestehen, denen man dann auf diese Art und Weise entgegenkommen könnte.

Ich meine also, es ist das eine Regierungsvorlage, von der man wirklich sagen kann, daß sie voraussichtlich von allen Kreisen der Bevölkerung auf das aufrichtigste und herzlichste begrüßt worden ist und daß auch ihre Erledigung, ich möchte sagen, förmlich psychologisch gesehen, auch eine Art Weihnachtsgeschenk an die Bevölkerung bedeutet (*Heiterheit*), denn der Schilling ist populär. Sie können sagen, was Sie wollen. Es rechnet sich so bequem damit! (*Sever: Sie geben aber nur Pfennige statt Schillinge!*) Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Schillings nicht wert. (*Lebhaftes Heiterkeit.*) Und wir ehren die Pfennige und möchten nur recht viele haben, sie werden sich dann schon mit der Zeit in Schillinge verwandeln. Also ich meine, wir Mitglieder der Mehrheit können daher wirklich mit gutem Gewissen dieser Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen und wir hoffen, daß sich all jene erfreulichen Wirkungen, die wir bei ihr voraussetzen, auch tatsächlich realisieren werden. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Das Gesetz wird nach dem Ausschußantrag unverändert in 2. Lesung angenommen.

Der nächste Gegenstand der L. D. ist der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Regierungsvorlage (B. 17), betr. die Aufhebung von Preisnachlässen beim Bezuge von unveränderten Abdrucken der Katastralmappen (B. 54).

Berichterstatter Dr. **Gimpl**: Der Ausschuß für Handel und Gewerbe hat sich in zwei Sitzungen mit dieser Vorlage beschäftigt. In der ersten Sitzung waren Zweifel darüber entstanden, ob nicht die Gemeinden durch dieses Gesetz benachteiligt würden, weil man annahm, daß die Gemeinden jetzt einen Vorteil hatten, wenn sie unveränderte Abdrücke aus der Katastralmappe bezogen und dabei einen Preisnachlaß erhielten. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Gemeinden durch dieses Gesetz in keiner Weise tangiert sind, weil für sie überhaupt eine gesetzliche Berechtigung zu derartigen Preisnachlässen nicht bestanden hat. Der Ausschuß hat sich infolgedessen der Regierungsvorlage angeschlossen und sie unverändert angenommen. Die Vorlage besagt nichts anderes, als daß nunmehr der Bundesschatz bei der Ausgabe derartiger Abdrücke wenigstens auf die Selbstkosten kommen muß. Ich bitte das hohe Haus, dem Antrage des Ausschusses die Zustimmung zu erteilen.

Das Gesetz wird nach dem Ausschußantrage unverändert in 2. Lesung angenommen.

Der nächste Gegenstand der L. D. ist der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Regierungsvorlage (B. 18), betr. die Abänderung der Bestimmungen der Gewerbe-

ordnung über äußere Bezeichnung und Namensführung (B. 55).

Berichterstatter **Streeruwitz**: Hohes Haus! Der Bericht über die Vorlage der Bundesregierung über ein Bundesgesetz, betr. die Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über äußere Bezeichnung und Namensführung befindet sich in den Händen der Mitglieder des Hauses. Es ist notwendig, daß das Gesetz binnen kürzester Frist erledigt wird, weil es unbedingt zugleich mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb in Kraft treten muß, und auch deshalb, weil es sowohl vom Standpunkte des Schutzes der anständigen Geschäftsleute als auch des Schutzes der Öffentlichkeit überaus wichtig ist. Ich bitte das hohe Haus, dem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Das Gesetz wird nach dem Ausschußantrag unverändert in 2. Lesung angenommen.

Der nächste Gegenstand der L. D. ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 49), betr. die Angleichung der Bezüge der Bundesangestellten in Dienstorten der Ortsklasse I an die Bezüge der Bundesangestellten in Wien (B. 57).

Berichterstatter **Rollmann**: Hohes Haus! Das Bundesgesetz vom 21. Juli 1922 endet mit Ende Dezember 1923. Es ist nun, da eine anderweitige Regelung nicht beschloffen wurde, unbedingt notwendig, daß eine Verlängerung eintritt. Der Finanz- und Budgetausschuß beantragt daher die vollinhaltliche Annahme des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes, der die Verlängerung um ein Jahr beinhaltet.

Zwenk: Hohes Haus! Es ist wohl selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten für dieses Gesetz stimmen werden. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß ich und meine Parteifreunde voraussetzen, daß es nicht bei dieser Verlängerung des Gesetzes über die Angleichung der Ortsklassenbezüge für das Jahr 1924 bleiben wird, sondern daß in möglichst kurzer Zeit den gewiß berechtigten Forderungen und Wünschen der Beamtenschaft und Angestelltenschaft in der Provinz Rechnung getragen wird, welche in Orten domiziliert, in denen die Lebenskosten nicht nur nicht geringer, sondern zum Teil sogar höher sind als in Wien. Es gibt eine Menge derartiger Orte. Ich erlaube mir nur auf die Sommerfrischen und Kurorte im Salzkammergut, einem Teil Kärntens und Tirols zu verweisen und auf eine Reihe von Industriorten, insbesondere an der Südbahn. Es ist allerdings richtig, daß bei der Schaffung des Gesetzes über die Angleichung der Bezüge im Jahre 1922 es aus technischen Gründen nicht leicht möglich war, allen diesen Notwendigkeiten zu entsprechen, da ja damals das erforder-

liche statistische Material kaum vorhanden gewesen sein dürfte. Aber sofort als das Gesetz seine Wirkungen zeigte, hat sich ein Sturm der Empörung unter der Beamtschaft der erwähnten Orte erhoben. Ich hatte als Personalvertreter der Eisenbahner häufig Gelegenheit, die zahlreichen Beschwerden der Angestelltenschaft zu überprüfen, und habe gefunden, daß ihnen die Berechtigung nicht abgesprochen werden darf. Die meisten Beschwerden waren gerechtfertigt, wie ja aus dem statistischen Material über die Lebenskosten in diesen Orten, das die Organisationen zusammengetragen haben, klar hervorgeht.

Schon das frühere Haus hat sich mit dieser Frage beschäftigt und alle Parteien waren, soviel mir bekannt ist, darin einig, daß durch ein neues Gesetz alle diese Ungerechtigkeiten aus der Welt geschafft werden müßten. Zur Schaffung dieses neuen Gesetzes ist es infolge der beschränkten Funktionsdauer im früheren Nationalrat allerdings nicht mehr gekommen. Der Regierung blieb daher nichts anderes übrig, als die Geltungsdauer des Gesetzes auf das Jahr 1924 zu verlängern. Wir werden für diese Verlängerung in der Voraussetzung stimmen, daß man es mit allen Mitteln durchzusetzen trachtet, daß diesen Forderungen und berechtigten Wünschen der Angestelltenschaft Rechnung getragen wird.

Es haben in der letzten Zeit die Abg. Zomschiff, Zelenka u. Gen. im Hause einen Antrag eingebracht, auf Grund dessen sich auch der Budgetausschuß mit dieser Frage beschäftigt hat. Dieser hat einen Unterausschuß eingesetzt, der jetzt die Aufgabe hat, das Material zusammenzutragen und einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Hause vorzulegen. Ich bitte Sie nun, wenn die Zeit gekommen ist — die, wie ich hoffe, nicht allzufern liegt — der Angestelltenschaft zu beweisen, daß Sie ebenso wie die Partei der Minderheit bereit sind, ihren berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, indem Sie entweder für den von den Abgeordneten der Minderheitspartei eingebrachten Gesetzentwurf oder für einen vielleicht von der Regierung einzubringenden Entwurf stimmen. Ich erkläre daher nochmals namens der Partei der Sozialdemokraten: Wir stimmen für diese Verlängerung der Geltungsdauer, wir erwarten aber zuversichtlich, daß in der aller kürzesten Zeit durch Schaffung eines neuen Gesetzes eine Revision dieses alten Gesetzes erfolgen wird, wodurch die derzeitigen Ungerechtigkeiten beseitigt werden. (Beifall.)

Steinegger: Hohes Haus! Im Rahmen des Beamtenproblems ist sicherlich auch die Frage der Ortsklasseneinreihung und -angleichung eine außerordentlich wichtige Frage. Wir beschäftigen uns ja schon lange Zeit mit dieser Materie und es ist bedauerlich, daß es nicht möglich war, in der ab-

gelaufenen Zeit eine allseits befriedigende Lösung dieser Frage herbeizuführen. Es hat den Anschein, als ob man bei Behandlung dieser Materie wohl Wien und seine nächste Umgebung im Auge habe, daß man aber, je weiter man in die Länder hinauskommt, desto weniger Interesse hat, die Orte mit einer zahlreichen Angestelltenschaft zu berücksichtigen und den gegebenen Lebensverhältnissen Rechnung zu tragen. Der Budgetausschuß hat nun einen Unterausschuß gewählt, der die Lösung dieser Frage in die Hand nehmen muß. Ich glaube, Richtlinie für diesen Unterausschuß muß sein, eine möglichst rasche Lösung dieser Frage herbeizuführen, gleichzeitig aber auch ein besonderes Augenmerk allen jenen Orten in der weiteren Entfernung Wiens zuzuwenden, die bisher benachteiligt wurden, beziehungsweise keine Beachtung fanden. Es gibt gewiß auch in der nächsten Umgebung eine Reihe von Orten, bei denen man es kaum versteht, warum sie bisher noch nicht in einer anderen Ortsklasse sind. Hier wäre zum Beispiel Stockerau, Wels und ähnliche zu nennen. Man wird ja bei der Behandlung dieser Frage im Unterausschuß auf die Details der Materie eingehen können und auf Grund der statistischen Daten wird wohl eine gerechte Erledigung dieser gewiß dringenden Angelegenheit zu erreichen sein. Das Wichtigste scheint mir, wie gesagt, die rasche Lösung dieser Fragen zu sein. (Beifall.)

Grailer: Hohes Haus! Wie bereits die Herren Vorredner mitgeteilt haben, ist die rasche Verabschiedung dieses Gesetzes eine große Notwendigkeit. Ich möchte mir aber bei diesem Anlasse gestatten, auch noch die Notwendigkeit der Berücksichtigung neuer Richtlinien bei Erstellung des neuen Ortsklassensystems aufzuzeigen. Wenn Sie heute die aus der Ortsklassenfrage entspringende Behandlung der in Provinzialstädten wohnenden Angestellten, Arbeiter und Beamten sich ansehen, so finden wir hier eine doppelte Benachteiligung dieser Leute des halb, weil auch der Indexerstellung die Wiener Marktpreisbildung zugrunde gelegt wird, eine Preisbildung, die zur Folge hat, daß eben die Landbediensteten, beziehungsweise Landesbeamten doppelt schwer betroffen werden. Ein zweiter Faktor, der in der bisherigen Erstellung der Ortsklassen keine Berücksichtigung gefunden hat, ist die Frage der kulturellen Rücksichten, die Frage der Erziehungsnotwendigkeiten. Wenn wir heute die vielen in Ausübung ihres Dienstes in kleinen Orten befindlichen Familienväter uns ansehen, so finden wir, daß in ihrer Wirtschaftshaltung die aus der Erziehungsnotwendigkeit sich ergebenden Beträge ziemlich namhafte sind und daß dies in der bisherigen Art und Weise der Einschachtelung der einzelnen Orte ebenfalls keine Berücksichtigung gefunden hat. Gestatten Sie, ein kleines Beispiel, das sich aus der bisher gehandhabten Praxis ergibt, zu erwähnen.

Wir finden in der Nähe von Graz einen kleinen Ort, der, umgeben von den schweren Preisverhältnissen einer Großstadt, lediglich aus rein geographischen oder politisch-geographischen Erwägungen heraus sich in der nächsttieferen Ortsklasse befindet. Aus diesen Rücksichten scheint es mir notwendig zu sein, daß der vom Finanz- und Budgetausschuß eingefetzte Unterausschuß unter allen Umständen bei Revision dieser neuen Ortsklasseneinteilung sich auch neuer Richtlinien bedient, damit diese große Härte endlich beseitigt wird.

Das Gesetz wird nach dem Ausschufsantrage unverändert in 2. u. 3. Lesung angenommen.

Nächster Gegenstand der T. O. ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 40), betr. ein Bundesgesetz über Steuerbegünstigungen für Wohn- und Geschäftshausbauten in den Jahren 1924 und 1925 (Bauaufwandsbegünstigungsgesetz vom Jahre 1923) (B. 59).

Partik: Hohes Haus! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll vom 9. Oktober 1923 bis Ende 1925 jenen Wohn- und Geschäftshausbauten, welche in dieser Zeit zur Ausführung gelangen, eine Baubegünstigung in Form von Steuerbefreiung oder Steuernachlaß gewährt werden. Es braucht in diesem hohen Haus über die Notwendigkeit der Hebung der Bautätigkeit nicht gesprochen zu werden. Die Wohnungsnot, die überall herrscht, ist nicht allein eine Wiener Erscheinung, sie erstreckt sich nicht nur auf die großen Städte, sondern auch in den Landgemeinden wird schon über die Wohnungsnot und den Wohnungsmangel geklagt. Es ist daher zu begrüßen, daß die Regierung diese Vorlage eingebracht hat, durch welche mit Hilfe von Steuerbefreiungen und -begünstigungen des Bauaufwandes eine erhöhte Bautätigkeit einsetzen soll. Ich glaube, daß diese Begünstigungen ausreichend sind, um die private Bautätigkeit zu fördern, und wenn noch die öffentlichen Körperschaften und Gemeinden und alle die verschiedenen Baugenossenschaften sich bemühen, dem Wohnungsmarkt durch Neubauten Wohnungen zur Verfügung zu stellen, so reicht das doch allein nicht aus, denn wirksam kann die Bautätigkeit nur durch die Privatinitiative gehoben werden und ich glaube, daß dieses Gesetz das einzige Mittel ist, der privaten Bautätigkeit einen genügenden Anreiz zu bieten. Der Finanz- und Budgetausschuß hat diesen Gegenstand beraten. Es wurden verschiedene Anträge gestellt, darunter zwei Minoritätsanträge von seiten des Abg. Dr. Danneberg. Die anderen Anträge sind im Ausschusse angenommen worden und ich stelle daher an das Hohe Haus die Bitte, dieser Gesetzesvorlage die Zustimmung zu geben.

Skaret: Am 7. Dezember 1922, also genau vor einem Jahre, wurde hier in der Nationalversammlung der einstimmige Beschluß, also ein Beschluß aller

Parteien dieses Hauses gefaßt, welcher lautete (*liest*): „In Erwägung des Umstandes, daß die Errichtung von Wohnungsneubauten trotz deren Ausnahme von den Bestimmungen des Mieten- und Wohnungsanforderungsgesetzes unter den gegenwärtigen Verhältnissen unrentabel ist und daher in nächster Zeit mit einer nennenswerten privaten Bautätigkeit nicht gerechnet werden kann, erscheint es vom volkswirtschaftlichen Standpunkte geboten, jener Bevölkerungsgruppe, deren Vermögenslage die Errichtung einer Wohnung für ihren eigenen Bedarf gestattet und die aus dem Wohnen in einer verhältnismäßig billigen Mietwohnung Vorteile zieht, den Neubau von Wohnungen zur Pflicht zu machen.“

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, ehestens dem Nationalrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Privatpersonen, die ein bestimmtes Maß übersteigendes Vermögen besitzen und zur Miete wohnen, verpflichtet, binnen einer angemessenen Frist entweder für ihren eigenen Bedarf eine Wohnung neu herzustellen oder einen zur Herstellung einer solchen Wohnung ausreichenden Abfindungsbetrag zu leisten.“

Dieser Beschluß wurde also hier vor einem Jahre einstimmig von allen Parteien gefaßt. Nun hätte man glauben können, daß die gegenwärtige Regierung, die ja auch die Regierung im vorigen Jahre war, Zeit genug gehabt hätte, einem derartig einstimmigen Beschlusse des Hauses Rechnung zu tragen und dadurch endlich dem kolossalen Wohnungselend, sei es in Wien, sei es außerhalb Wiens, wo es ja nicht geringer ist, abzuhelfen. Was tut die Regierung? Am 9. Oktober d. J. kündigt die Regierung an, daß sie mit einem Bankenkonsortium, mit Bankleuten, mit Kapitalisten, mit Großindustriellen in Verbindung getreten ist, mit denen sie eine Besprechung abgehalten hat. Diese Herren haben sich bereit erklärt, zum Zwecke der Wohnungsfürsorge, zum Bau von Wohnungen 100 Milliarden Kronen zur Verfügung zu stellen, wenn die Regierung für diese Bauten Steuerbegünstigungen gewährt. Nun war immer noch die Meinung auf Grund dieser Ankündigung, die die Regierung da mitten in der Wahlbewegung gemacht hat und die wahrscheinlich nur eine Ablenkung von dem Wohnungsbauprogramm der Gemeinde Wien hätte sein sollen, es handle sich in der Tat um Wohnungsbauten und die Regierung habe von den Kapitalisten und Großindustriellen 100 Milliarden herangebracht, um Wohnungen herzustellen. Man mußte dieser Meinung sein, obwohl der Herr Finanzminister im Finanzausschuß dem widersprochen hat, und zwar konnte man deshalb der Meinung sein, weil das Reichsliche Regierungsorgan, die „Neue Freie Presse“ damals unter anderem folgende Auslassung über die Ankündigung der Regierung brachte: „Die Regierung läßt sich nicht lumpen, sie nimmt die Konkurrenz mit der Gemeinde auf und baut ebenfalls Wohnungen. Das Bauprogramm der Gemeinde

ist ganz und gar ungenügend, die Gemeinde will ja nur 400 Milliarden Kronen im Jahr für Wohnhausbauten verwenden." Wenn man diesen Text in dem Rothschild'schen Regierungsorgan las, mußte man der Meinung sein, jetzt wird sich die Regierung mit allen Mitteln ins Zeug legen, 100 Milliarden sollen von den Kapitalisten aufgebracht werden und damit wird sie jetzt bauen. Sie finden aber, daß hier eigentlich von der Regierung wieder ein schnödes Spiel mit der Öffentlichkeit getrieben wurde in der Absicht, die Öffentlichkeit arg zu täuschen. Würde die Regierung auf dem Standpunkte der guten alten Zeit stehen, als noch Dr. Karl Lueger gelebt hat, der einmal den Auspruch tat: „Wenn mich die jüdische Börsenpresse einmal loben würde, dann wüßte ich, daß ich auf falschem Wege bin". . . . (Zwischenrufe.) Von den Luegerzeiten ist heute keine Rede mehr, Sie sind ja die neuen Börsenchristlichsozialen, so ungefähr könnte man Sie heute bezeichnen, die Banken- und Börsenbehüter und -beschützer. Lueger hat also damals gesagt, wenn ihn diese jüdische Presse einmal loben würde, dann wüßte er bestimmt, daß er auf falschem Wege ist. Ich meine mehr Lob kann dem Bundeskanzler Seipel von der „Neuen Freien Presse" nicht mehr gespendet werden, als es im Oktober in dem betreffenden Artikel geschehen ist. Das Bauprogramm der Gemeinde Wien wird darin wie eben alles, was die Gemeinde macht herabgesetzt und verkleinert und der Umstand, daß sich ein paar Kapitalisten gefunden haben, die versprochen, 100 Milliarden für diesen Zweck aufzubringen, wird als eine ungeheuerlich große Tat der Regierung aufgezaunt und es wird gesagt: „Nunmehr werden wir Wohnungen erstehen sehen." Wie stehen aber die Dinge in Wirklichkeit? Die Gemeinde Wien hat in ihrem Bauprogramm 400 Milliarden eingestellt, für die sie 5000 Wohnungen jährlich bauen will. Wenn das Versprechen, das der Regierung von diesen Finanzmagnaten gegeben wurde, wirklich eingehalten wird, was aber im Gesetze durchaus nicht begründet ist, wenn die 100 Milliarden wirklich gegeben würden und dafür wirklich der Wohnungsbau gefördert werden sollte, würden bei voller Verwendung dieses Betrages, wenn es gut geht, vielleicht 1200 Kleinwohnungen gebaut werden können. Aber schauen Sie sich doch einmal die Vorlage an! In der Vorlage ist von Kleinwohnungen überhaupt keine Rede; sie spricht nur davon, daß, wenn ein Vermögender, ein Reicher, der mehrere Milliarden in seiner Kasse unfruchtigst liegen hat, für sich oder seine Verwandten ein Haus bauen will, er auf Grund dieses Gesetzes eine Steuerbegünstigung bis zu drei Viertel der aufgewendeten Baukosten bekommt. Kann man es eine Förderung des Wohnungsbauwes nennen, wenn das Gesetz in einem solchen Falle bis zu drei Viertel der aufgewendeten Baukosten die Steuer nachläßt? Eine größere Augen-

auswischerei als dieses Gesetz gibt es wohl nicht mehr und wenn heute der Herr Abg. Partik gegen die Gemeinde Wien und ihre Fürsorgeeinrichtungen auf allen möglichen Gebieten gesprochen hat, so wundert es mich, daß er für ein solches Gesetz, das mit Wohnungsfürsorge gar nichts zu tun hat, einzutreten vermochte. Es kann ja sein, daß es solche reiche, aus Kriegs- und Schiebergewinnen reich gewordene Leute gibt, die die Absicht haben, sich auf Grund dieses Gesetzes irgendwo in der Nähe von Wien eine Villa zu bauen. Diese Möglichkeit will ich nicht bestreiten, ich meine auch nicht, daß es vom Standpunkte der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten schädlich wäre, wenn solche Häuser entstehen. Aber wer das Geld hat, sich ein Haus zu bauen, der würde es sich auch ohne solche Steuerbegünstigungen bauen und die Regierung hätte gar keine Ursache, gerade wieder den Reichsten Steuer geschenke für solche Zwecke zu machen.

Man sagt, daß alles, was die Gemeinde Wien bis jetzt bezüglich der Wohnungsbauten unternommen hat, zu wenig ist und in dem Artikel der „Neuen Freien Presse", den ich vorhin auszugsweise zitierte, wird gefragt, warum denn die Gemeinde Wien erst in vier Jahren diese 20.000 Wohnungen bauen will; das sei viel zu spät, warum denn nicht schon in zwei Jahren, das wäre doch viel zweckentsprechender! Trotzdem wird eine solche Vorlage verhimmelt und der Sachverhalt so dargestellt, als ob wirklich etwas geschehen wäre, während man nichts anderes tut, als den Reichsten unter den Reichen Steuerbegünstigungen zuzuwenden. Das ist der ganze Effekt dieser Vorlage. Da muß man offen sagen, es ist wirklich keine weltbewegende Tat. In der Wahlbewegung, als die Regierung diese Wohnungsfürsorge ankündigte, war man allerdings allgemein der Meinung: jetzt nimmt auch die Regierung die Sache in die Hand, jetzt werden wir endlich zu Wohnungen kommen. Nun sehen wir aber, daß die Regierung für den Wohnungsbau sowohl in Wien wie auswärts nicht einen Heller gibt, sondern sie ladet sich einige Kapitalisten ein, bespricht mit ihnen wie notwendig es wäre, daß man den Wohnungsbau fördert, die versprechen wieder der Regierung, sie werden trachten, für diesen Zweck 100 Milliarden aufzubringen, wenn Steuerbegünstigungen Platz greifen, und die Herren bekommen nunmehr ein Gesetz, das vom 9. Oktober datiert wird, das heißt jene Reichen und Vermögenden, die vom 9. Oktober angefangen ein eigenes Haus, eine Villa, ein Geschäftshaus oder sonst etwas in Bau nehmen, erhalten nun diese Steuerbegünstigung. Da getraut man sich, im Motivenbericht zu sagen, daß die private Wohnbautätigkeit durch dieses Gesetz gehoben werde.

Gestatten Sie mir nun, mit einigen wenigen Worten auf das Kapitel der privaten Wohnbautätigkeit einzugehen. Wie hat denn im Frieden die

private Wohnbautätigkeit ausgeübt? Wenn jemand ein Haus entweder zum eigenen Gebrauch oder zum Betriebe seines Geschäfts benötigt hat, also ein eigenes Haus haben wollte, um seinem Geschäftsbetrieb einen sicheren Unterstand zu geben, so hatte er in der Regel die 70.000, 80.000, 90.000 K., die damals bei einem Hausbau als Baukosten ungefähr in Betracht kamen, gewiß nicht bar in der Sparkasse liegen, sondern, wenn er aus dem Grund heraus war, ging er zur Sparkasse und nahm sich auf den ersten Satz einen Betrag auf; war dann der Bau weiter vorgeschritten, so nahm er sich eine zweite Hypothek, allerdings zu einem höheren Prozentsatz auf, und erforderte das Haus noch weitere Baukosten, so bekam er unten Umständen irgendwo privat eine dritte Hypothek. Die Verzinsungssätze für diese Hypotheken beliefen sich damals zwischen $3\frac{1}{2}$ und $3\frac{3}{4}$, waren kaum 4 Prozent. Wenn heute jemand auf Grund dieses Gesetzes bauen wollte — und es ist doch nicht anzunehmen, daß jemand 2 bis 3 Milliarden oder noch mehr in seiner Kasse liegen hat —, so müßte er sich vor allem um einen Hypothekarkredit umschauen. Der Hypothekarkredit erfordert ungefähr 30, 36 Prozent. Glauben Sie denn, daß heute jemand sein gutes Geld — wenn man es heute noch gutes Geld nennen kann — hergeben und sich zu 30, 36 Prozent Hypotheken aufnehmen wird, um privat ein Haus zu bauen, nur um — ich möchte sagen — irgend etwas für die Wohnungsfürsorge zu leisten? Das fällt niemandem ein. Wenn jemand Geld hat, so weiß er es heute besser zu verwerten. Er geht zu irgendeiner Bank, die ihm im Wege der Taggelder 50, 60 bis 80 Prozent für das Geld gibt. Das soll er in das Haus hineinstecken, wo er nicht einmal den aufgewendeten Bauwert verzinst bekommen kann! So törricht ist wohl niemand, daß er glauben kann, daß mit solchen Gesetzen, auch wenn Sie die Steuerbegünstigungen bloß greifen lassen, die private Bautätigkeit irgendwie gehoben wird oder aber irgend jemand angespornt wird, die private Bautätigkeit zu fördern. Eine Kleinwohnung, aus Zimmer, Kabinett und Küche bestehend, kostet heute — nur an reinen Baukosten, an Kosten der Herstellung — 80 Millionen Kronen. Nun rechnen Sie sich aus, welcher monatlicher oder jährlicher Zins für diese Wohnung gezahlt werden muß, wenn sie dem Hausherrn auch nur eine Mietzinsrente von nicht mehr als 5 Prozent zu sichern. Es ist also ganz ausgeschlossen, daß man glauben könnte, mit derartigen Gesetzen werde die Bautätigkeit irgendwie gehoben oder es ließe sich hier irgend etwas machen.

Aber eines möchte ich bei dieser Gelegenheit noch streifen: die Reichen, die heute in der Lage sind, sich irgendwo ein Palais oder eine schön ausgestattete Villa einzurichten, bekommen von der Regierung allerdings eine Steuererleichterung. Aber,

meine sehr Geehrten, welche Absichten glauben Sie, hat die Regierung, um die Wohnbautätigkeit weiterhin zu fördern? Wir hören, daß in dem neuen Zollgesetz, das in Ausarbeitung steht, die Zollposition für Zement um das Siebenfache des jetzigen Zollsatzes erhöht werden soll. Auf der einen Seite eine Steuerbegünstigung für den angeblich privaten Wohnungsbau — das heißt, das soll die private Wohnbautätigkeit anregen — und auf der anderen Seite eine siebenfache Erhöhung der Zollposition für Zement. Meine sehr Geehrten! Da schlägt der Finanzminister sein eigenes Gesetz wieder in Grund und Boden. Denn wenn Sie mit den Baumaterialien — denn heute ist das Zement ein sehr wichtiges Baumaterial — so hinauffahren, dann wollen Sie meinen, daß man durch derartige Gesetze, wie das hier erscheint, die private Wohnbautätigkeit irgendwie fördere? Das ist in gar keiner Weise der Fall. Es würde also jede Begünstigung auf der anderen Seite wieder durch die erhöhten Zollsätze und insbesondere durch die auf die Baumaterialien von vornherein wieder weggenommen. Und nun stehen wir vor der Frage: Was tut uns jetzt not? Tut uns not, daß wir Steuererleichterungen an die Kapitalisten machen, damit sich der eine oder der andere möglicherweise irgendein privates Haus oder eine Villa baut, oder ist es nicht notwendiger, daß die im vorigen Jahr einmütig beschlossene Resolution nunmehr vom Hause neuerlich beschlossen und die Regierung aufgefordert wird, ein Gesetz, das auf der Basis dieser Resolution fußt, ehestens dem Hause vorzulegen? Die Steuererleichterungen, die die Regierung jetzt wieder den Reichsten unter den Reichen unter dem Titel „Private Wohnbauförderung“ machen will, helfen uns über die Wohnungsnot nicht hinweg. Was uns helfen kann, ist, daß der Wohnungsbau bei den Reichen unter einen bestimmten Zwang gestellt werde. Derjenige, der die Mittel dazu hat, sich selbst eine Wohnung zu bauen, hat kein Recht auf eine billige Mietwohnung. Er hat die Verpflichtung für sich selbst und seine Angehörigen ein eigenes Heim zu bauen und die Mittel dafür aufzubringen. Das ist der Standpunkt, den wir in dieser Frage einnehmen und darum stelle ich folgenden Antrag (*liest*): „Da die Vorlage der Bundesregierung ein untaugliches Mittel zur Beseitigung der Bautätigkeit darstellt, beschließt der Nationalrat, diese Vorlage nicht in Verhandlung zu nehmen. Der Nationalrat wiederholt den einstimmig gefaßten Beschluß des Nationalrates vom 7. Dezember 1922“ — dessen Verlesung ich mir erspare. Ich bitte den Herrn Präsidenten, zunächst darüber abstimmen zu lassen, ob diese Regierungsvorlage überhaupt in Verhandlung genommen wird und dann über die Resolution vom 7. Dezember 1922, die bereits einmal im Hause einstimmig beschlossen worden ist. (*Lebhafter Beifall.*)

Boller: Hohes Haus! Durch die in Verhandlung stehende Regierungsvorlage wird eine moralische Verpflichtung für jene geschaffen, die bei gutem Willen bauen können. Wir erwarten von diesen Kreisen, daß sie dieser Verpflichtung nachkommen werden. Wir wollen das Beste hoffen, müssen aber auch auf Schlimmes, vielleicht auf Überraschungen gefaßt sein. Sollte die Bautätigkeit der wirtschaftlich Starken nicht in ausreichendem Maße erfolgen, dann verlangen wir von der Regierung die Einbringung eines Zwangsbaugesetzes, das auf die in der Regierungsvorlage enthaltenen Begünstigungen nicht Bedacht nimmt. Wir begrüßen alle Maßnahmen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die dazu führen, die bestehende Wohnungsnot zu mildern, wenn nicht schon zu bannen.

Wir haben ein Mieterschutzgesetz; dieses Gesetz war die Drehelscheibe des Wahlkampfes. Mein geehrter Herr Vorredner hat gesagt, die Regierung treibe durch diese Vorlage ein schnödes Spiel mit der Öffentlichkeit. Dazu will ich folgendes sagen: Es ist eine Tatsache, daß die Regierung das lebhafteste Interesse daran hat, daß wir endlich aus dieser Wohnungsnot herauskommen. Die Regierung treibt in der Tat keine Demagogie. Aber jeder weiß, daß man Häuser nicht aus Luft bauen kann.

Die Gemeinde Wien hat das Wohnbauprogramm in den Wahlkampf geworfen. Die Gemeinde will bauen. Sie kann doch nur mit Hilfe von Steuern bauen. Wir alle wissen, daß die Regierung in der unangenehmen Lage ist, der Bevölkerung Steuern aufzubürden, die eben durch das Rettungswerk bedingt sind. Die Regierung will auch, daß gebaut wird, aber nicht dadurch, daß dem Volke neue Lasten aufgewälzt werden. Die Regierung will, daß durch private Initiative gebaut wird. Was ist nun günstiger für die Bevölkerung? Daß gebaut wird auf Grund neuer unerträglicher Lasten oder durch die Privatinitiative? Der Herr Vorredner hat gesagt, der Staat selbst gibt keinen Heller für die Bauten.

Nun meine Verehrten! Wer ist der Staat? Der Staat sind wir alle. Wenn die Regierung etwas geben will, dann müssen wir es geben. Das Volk hat nun nicht die Wirtschaftskraft, um in der Gesamtheit auch noch für Bauten Geld zu geben. Es handelt sich durchaus nicht um Steuergeschenke für Großkapitalisten, wie mein sehr geehrter Herr Vorredner sagte, es handelt sich in der Tat nur darum, daß die Bautätigkeit durch die Privatinitiative erfolge.

Wenn diese Vorlage, die wir wirklich als eine Tat bezeichnen können, die uns um einen Schritt vorwärts aus der Wohnungsnot bringt, dazu beitragen wird, die Wohnungsnot zu beheben, so wird es aber doch auch zwingend notwendig sein, daß die Regierung dem Nationalrat einen Gesetzentwurf vorlegt, durch den Personen, die zur Genüge kapitalstark sind, von den Begünstigungen des Mieterschutzes aus-

geschlossen werden. Ich erlaube mir daher schon jetzt in der Generaldebatte für die Spezialdebatte zwei Beschlußanträge anzukündigen. Der erste Beschlußantrag lautet (*liest*):

„Der Nationalrat erblickt in dem Gesetzentwurf eines Bauaufwandsbegünstigungsgesetzes eine moralische Verpflichtung derjenigen juristischen und physischen Personen, deren wirtschaftliche Kräfte es zulassen, sich der Bautätigkeit, insbesondere der Erbauung von Klein- und Mittelwohnungen zuzuwenden, und erwartet hievon die Aufnahme einer regen Bautätigkeit.

Für den Fall, daß sich diese Erwartung nicht in ausreichendem Maße im Laufe der zwei kommenden Bauperioden verwirklichen sollte, wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem der oben gekennzeichnete kapitalstärkige Personenkreis zwangsmäßig ohne Steuerbegünstigung zur Erbauung von Klein- und Mittelwohnungen verhalten wird.“

Hohes Haus! Ich bin der unerschütterlichen Überzeugung, daß eine kommende Zeit es unbegreiflich finden wird, daß heute, wo Selbstmorde aus Wohnungsnot erfolgen, wir in diesem Staate Milliarden haben, die die Begünstigung des Mieterschutzgesetzes noch erfahren. Es wird daher auch notwendig sein, daß dieses Mieterschutzgesetz nicht für immerwährende Zeiten für alle Geltung habe. Ich stelle daher den zweiten Beschlußantrag (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, der jene Personen, die infolge ihrer Vermögenslage auf Begünstigungen nicht angewiesen sein können, vom Mieterschutz ausnimmt.“ (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Die vorstehenden gehörig gezeichneten Entschlüsse werden zur Verhandlung gestellt.

Dr. Angerer: Hohes Haus! Wir begrüßen die Vorlage, die in Verhandlung steht, weil wir zweierlei von ihr erwarten: Zunächst, daß ein Schritt nach vorwärts in der Vermehrung von Wohnungen getan wird, ferner, daß mehr Arbeit geschaffen wird, daß eine Reihe von Gewerben Beschäftigung erhalten, wenn Bauten aufgeführt werden, daß also eine wirtschaftliche Belebung eintreten wird.

Was den Umfang der Bauten anbelangt, die hinsichtlich des aufgewendeten Baukapitals eine begünstigte Steuerbehandlung erfahren sollen, so kann man sich auch damit einverstanden erklären, daß die Geschäftsräume einbezogen werden, wenn durch den Bau neuer Geschäftshäuser Wohnungen frei werden. Hieher wären aber auch Hotelbauten zu rechnen, die der Fremdenindustrie dienen, vor allem in jenen Ländern, wo wir den Fremdenverkehr besonders fördern wollen: Ich möchte daher den Herrn Berichterstatter bitten, hier eine klare Auslegung dieser Bestimmung zu geben. Ich bin überzeugt, daß im § 1 unter die Wohnhausbauten auch

Hotelbauten einbezogen werden können. Ich hätte allerdings gewünscht, daß man auch jene Arbeit berücksichtigt, die darin besteht, daß in schon bestehenden Häusern, die vor dem Verfall stehen, die daselbst befindlichen unbenutzbaren Wohnungen wieder hergestellt und benutzbar gemacht werden. Der Herr Finanzminister hat sich aber diesem Standpunkt gegenüber ablehnend verhalten, mit der Begründung, es ginge die Sache zu weit. Mag sein. Aber je weiter man geht, desto mehr wird man die Vermehrung von Wohnungen fördern. Je mehr Wohnungen man aber schafft, um so eher wird man nach meiner Meinung dazu kommen, jenes Zwangs-gesetz, das eigentlich den Hintergrund für das Stillstehen der Bautätigkeit bildet, nämlich das Mieter-schutzgesetz, allmählich abzubauen und schließlich aufzuheben. Solange es eine ungenügende Zahl von Wohnungen gibt, müssen Kündigungsbeschränkungen und ähnliche Dinge bestehen bleiben. Darüber ist kein Zweifel. Wenn man von Staats wegen und seitens der Länder und Gemeinden Geld dazu aufwendet, um die gemeinnützige Bautätigkeit, wie zum Beispiel Siedlungsbauten, Bauten der Beamtenbau-genossenschaften usw., zu unterstützen und zu fördern, so ist das auch eine nützliche Arbeit, aber es ist eben auch eine Auslage, die sich die öffentlichen Körperschaften leisten. Es scheint mir nun, daß alle diese Bautätigkeit ungenügend ist und eine wirkliche Bautätigkeit nur entstehen kann, wenn die private Initiative eingreift, wenn das Bauen wieder zu einer Kapitalanlage, zu einem Geschäft wird.

Da muß ich nun dem Redner der sozialdemo-kratischen Partei entgegentreten, der erklärt, dieses Gesetz sei lediglich ein Geschenk an die Reichen. Diese Anschauung ist grundfalsch. Es ist dies ein Schlagwort, wie es so viele Schlagworte gibt, die den Zweck haben, einfache Menschen einzufangen und sie über die Situation hinwegzutäuschen. Es ist nicht wahr, daß das Gesetz deswegen geschaffen ist, damit den reichen Leuten ein Geschenk gemacht wird. Das Gesetz ist deswegen gemacht worden, da-mit die reichen Leute ihr Geld herausgeben. Wem denn? Dem Arbeiter, der das Gebäude baut, den Ge-schäftsleuten, die in diesem Hause ein Geschäft werden aufschlagen können, die dort ihren Verdienst haben werden, den vielen Gewerbetreibenden, die mit dem Bau eines Hauses in Verbindung stehen. Denen das Geld zuzuführen ist Aufgabe des Gesetzes; es den Reichen aus dem Sack herauszunehmen und es jenen zu geben, die es als Entlohnung für ihre Arbeit benötigen. Das Wort von „Geschenk an die Reichen“ ist daher ein gefährliches Schlagwort, das mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen und als ein Schlagwort gekennzeichnet werden muß. Ein ebenso gefährliches Schlagwort ist es, wenn man davon spricht, man müsse Zwangsmaßregeln anwenden. Auch dieses Schlagwort kann in den

Köpfen einfältiger Menschen ungeheuerer Verwirrung hervorrufen. Es ist leicht, in einer Versammlung Zustimmung finden, wenn man sagt: wir setzen uns über jedes Recht und jede Ordnung hinweg, wir lassen uns das nicht gefallen und werden es dem schon zeigen, der verlangt, daß Recht und Ordnung eingehalten werden und daß wir uns dem Gesetze fügen sollen. Wird man aber damit eine geordnete Gesellschaft aufbauen und eine Gesundung der Ver-hältnisse herbeiführen? Nein, das ist destruktiv, zer-störend, vernichtend und das gerade Gegenteil von dem, was man aufbauende Arbeit nennt. Ein solches destruktives Schlagwort ist auch das von der staat-lichen Zwangswirtschaft. Schön wäre es, wenn man alles erzwingen könnte. Was ist aber dann, wenn die vermögenden Leute gerade wegen dieses Zwanges, den sie nicht wollen, mit ihrem Kapital ins Ausland abwandern? Das ist ja schon einmal da-gewesen. Das Experiment haben wir ja schon einmal in Österreich gemacht. Dadurch haben wir aber einen Teil des flüssigen Kapitals, das wir noch hatten, aus dem Lande vertrieben und es muß nun nach und nach wieder zurückgeholt werden, damit jene Kapitalsarmut, die wir haben und die mit einer der Ursachen unseres unerhört hohen Zinsfußes ist, all-mählich überwunden wird.

Es ist allerdings wichtig — und da stimme ich auch dem Gedanken vollständig bei, der in der Ent-schließung Volker zum Ausdruck kommt —, daß wir nicht reiche Leute in dem Genuße jener Begünstigungen belassen dürfen, die im Mietengesetz enthalten sind. Da wäre es schon am Platze, daß in dieser Richtung etwas geschehe, und es ist höchste Zeit, daß es in Angriff genommen wird. Wir werden daher dieser Resolution zustimmen und wünschen, daß wirklich sehr bald etwas geschieht. Denn es ist aufreizend, wenn der Reiche und Reichste einen Bagatellzins zahlt wie der arme Teufel, der nicht zu zahlen im-stande ist, weil sein Einkommen nicht hinreicht. Hier muß mit der Abänderung des Mietengesetzes der Anfang gemacht werden, indem die Begünstigung nur jenen belassen wird, die sie wegen ihrer schlechten sozialen Lage wirklich brauchen. Reiche Leute sollen herangezogen und auch veranlaßt werden, sich eigene Wohnungen einzurichten, aber das erste wäre, daß sie mindestens einen voll valorisierten Mietzins bezahlen müssen. (Müller: Den der Haus-herr einsteckt!) Selbstverständlich; dem, der das Haus gebaut hat, gehört der Zins. (Müller: Damit er nichts zu arbeiten braucht!) Aber reden Sie nicht so, das ist nicht richtig! (Müller: Legen Sie eine Wohnzwecksteuer auf!) Mit Wohnzwecksteuern werden Sie das Wohnungselend nie beseitigen, darin sind wir eben anderer Meinung. (Müller: Sie brauchen nur Ihren eigenen Antrag zu beschließen, den Sie vor einem Jahr schon gestellt haben!) Dieser Antrag hat ja einen Sinn und er ist einstimmig beschlossen.

worden, aber das hat mit dem heute in Verhandlung stehenden Gesetz ja gar nichts zu tun, sondern der Sinn ist der, daß jene Leute, welche ein entsprechend großes Einkommen haben, erstens nicht die Begünstigungen des Mietengesetzes genießen sollen, und daß zweitens der Hausbesitzer zu einer Einnahme kommen soll, wie jeder, der Arbeit leistet, dafür einen Lohn haben muß. *(Zustimmung.)* Wie viele Leute haben ihre Altersrente in einem Haus angelegt! Es hat nicht jeder wie die Staatsangestellten eine Pension auf die alten Tage. Es gibt viele, die sich auf privatem Wege durch ihre Lebensarbeit eine Altersversorgung schaffen müssen, und der Hausbesitz ist unter anderem auch eine solche Vorsorge für das Alter. *(Ruf: Das hat mit der Sache nichts zu tun!)* Das ist sehr wichtig, gehört zum Thema Kleinentrentner, spielt aber hier bei den Bemühungen zur Belebung der Bautätigkeit auch eine Rolle.

Einen gewissen Zwang zu Wohnbauten auf jene auszuüben, die ein entsprechend hohes Einkommen haben, möchte ich nicht von der Hand weisen. Ich selbst habe 1921 bei der Budgetberatung einen Antrag gestellt, der auch im Hause angenommen worden ist und der lautet: „Die Regierung wird aufgefordert, ein Bundesgesetz vorzubereiten, wonach Banken sich erst dann niederlassen dürfen, wenn sie für ihre Kanzleien und für ihre Angestellten durch eigene Wohnungsneubauten Vorsorge getroffen haben.“ Ich stehe auch heute noch auf diesem Standpunkt und ich bedaure, daß diese damals auch einstimmig angenommene Resolution, die auf meinen Antrag im Finanzausschuß zurückgeht, nicht zur Verwirklichung gekommen ist. Aber wir haben schon manches beschlossen, was leider Gottes nicht verwirklicht wurde. Man muß eben stufenweise vorwärtsschreiten. Ein Schritt nach vorwärts ist es, wenn wir nunmehr die Regierung auffordern, in der doppelten Richtung Vorsorge zu treffen, daß erstens die Vermögenden von der Begünstigung des Mietengesetzes ausgeschlossen werden und zweitens ein gewisser Zwang auf die vermögenden Leute ausgeübt wird, ihre bisherigen Mietwohnungen durch Erbauung von neuen Wohnhäusern für andere frei zu machen, die nicht die Mittel zum Bauen besitzen. Insofern erscheint mir ein Zwang berechtigt, weil er aus der allgemeinen Lage heraus erforderlich ist. Aber alles nur auf Zwang aufbauen zu wollen, halten wir für verfehlt. Wir sagen vielmehr, daß die private Initiative die Hauptsache ist und deshalb angeregt werden muß, und es ist auch der Zweck dieses Gesetzes, die Privatinitiative anzuregen.

Ein drittes Schlagwort ist es, daß von Kleinwohnungen nicht die Rede sei, sondern daß es sich nur um Luxusbauten handle, die durch dieses Gesetz hervorgezaubert werden sollen.

Ich bin der Meinung, daß es ganz gleichgültig ist, wofür der reiche Mann sein Geld ausgibt und

unter die Leute bringt. Wenn er eine Luxusvilla baut, mit größtem Vergnügen, aber bauen soll er und je luxuriöser er baut, desto mehr verdienen die Geschäftsleute, die Arbeiter, die Ingenieure und alle, die mit solchen Kunstbauten zu tun haben. Also heraus mit dem Geld, damit es unter die Leute kommt! Das ist volkswirtschaftliches Leben. Und darum sage ich, daß auch das ein gefährliches Schlagwort ist, wenn man sagt, daß man durch dieses Gesetz nur die Entstehung von Luxusbauten begünstige. Es handelt sich hier nicht um die Schaffung von Kleinwohnungen. Durch dieses Gesetz soll nicht nur einem Wohnungsproblem nähergetreten werden, sondern auch einem allgemein volkswirtschaftlichen Problem, dem Problem der Belebung unserer Wirtschaft durch die Hebung der Bautätigkeit. Daß natürlich auch kleine Wohnungen, Wohnungen für den Mittelstand durch Neubauten geschaffen, beziehungsweise freigemacht werden sollen, ist selbstverständlich und vom Wohnungsfürsorgestandpunkt nur zu begrüßen. Aber wenn reiche Leute Luxusbauten aufzuführen wollen, so ist es auch recht, sie sollen es nur tun. Wer übrigens Steuern auf Luxusartikel einführt, für den kann es nur sehr erwünscht sein, daß es Leute gibt, die Luxus treiben. *(Skaret: Eine Steuerbegünstigung für Luxusbauten?)* Nein, wir wollen nur, daß auch Luxusbauten sollen geschaffen werden können, damit die Leute Beschäftigung bekommen und damit die bisher von den reichen Leuten besetzten Wohnungen für andere frei werden, die keine Neubauten aufzuführen imstande sind.

Hinsichtlich des Gesetzes hätten wir gewünscht, daß der Stichtag, von wo aus diese Begünstigung wirksam wird — im Gesetz ist der 9. Oktober festgesetzt —, etwas weiter zurückgeschoben würde, und zwar deshalb, weil Leute, die schon früher mit dem Aufgebot aller ihrer finanziellen Kräfte zu bauen angefangen haben, jetzt im Nachteil sind und dadurch gegenüber den anderen in eine außerordentlich schwierige Lage kommen. Der Finanzminister steht auf dem Standpunkte, daß der 9. Oktober deswegen gewählt werden müsse, weil an diesem Tage die Regierung die erste Ankündigung vom Erscheinen eines solchen Gesetzes gemacht hat und weil es die Autorität der Regierung erfordere, daß dem Rechnung getragen werde. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Aber der Finanzminister konnte sich im Finanzausschuß meiner Anschauung nicht ganz verschließen und hat die Zusage gemacht, daß nachgedacht werden wird, in welcher Weise wenigstens in besonders berückichtigungswürdigen Fällen, wo Bauten schon vor dem 9. Oktober 1923 begonnen wurden, die Vollendung dieser Bauten aber durch finanzielle Schwierigkeiten in Frage gestellt ist, eine gewisse Begünstigung zugestanden werden könne, damit diese Bauten fertiggestellt werden. So besteht

also die Hoffnung, daß man über diesen Stichtag vom 9. Oktober in jenen Fällen, wo dies notwendig und gerechtfertigt ist, hinauskommen wird. Selbstverständlich hat es keinen Sinn, jemanden, der genügend Vermögen hat, einen Nachlaß zu gewähren. Steuergeschenke austeilen wollen auch wir nicht, sondern wir wünschen nur, daß in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen eingegriffen und von dieser Ermäßigung Gebrauch gemacht werde.

Wir hätten noch verschiedene andere Wünsche. Es kommt beispielsweise vor, daß mehrere Familienangehörige sich zu einer Gemeinschaft zusammentun, nur ein Familienhaus aufzubauen. Im Gesetze sind aber — wenigstens dem strengsten Wortlaute nach — nur Einzelpersonen und Aktiengesellschaften, andere Formen der Vereinigungen aber nicht einbezogen. Das wären Fragen, die klargestellt werden sollten. Aber seien wir froh, daß wir den ersten Schritt tun. Und weil dieses Gesetz einen ersten Schritt bedeutet, dem hoffentlich noch andere folgen werden, deswegen werden wir für dieses Gesetz stimmen, wenn es auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt; wir tun das in der Hoffnung, daß es einerseits den Wohnungsmangel teilweise beheben hilft und daher eine soziale Aufgabe erfüllt, andererseits eine Belebung der ganzen Wirtschaft darstellt und daher auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt. Deswegen werden wir dem Gesetze zustimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Adolf Müller: Hohes Haus! Die Tausende von Menschen und Familien, die seit Jahren unter der furchtbaren Wohnungsnot leiden und von denen viele Hunderte aus eigener Kraft mit den allerdings bescheidenen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, dem Wohnungselend Herr zu werden versuchten, werden von dieser Vorlage sehr enttäuscht sein. Wir müssen uns heute doch vollständig darüber klar werden, welchen Zweck die ganze Sache haben soll, und müssen uns die Entstehungsgeschichte dieser Vorlage vor Augen halten. Die Wohnungsnot, die seit dem Krieg in besonders krasser Weise in Erscheinung tritt, hat einen bedeutenden Teil der Bevölkerung zur Selbsthilfemaßnahme veranlaßt, sie hat auch die Regierung, die seit dem Jahre 1921 die Geschäfte dieses Landes führt, und die damalige Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft veranlaßt, ein Gesetz zu schaffen, das, wenn es dem Wortlaute nach durchgeführt worden wäre, der Wohnungsnot innerhalb absehbarer Zeit Abbruch getan, sie mindestens gemildert hätte. Der Genfer Vertrag hat natürlich auch die Vinderung der Wohnungsnot vollständig unterbunden. Da aber vor kurzer Zeit Wahlen waren und Sie auf der anderen Seite wahrgenommen haben, daß Wien und auch andere Gemeinden die Selbsthilfebestrebungen der Bevölkerung unterstützen und auch aus eigenen Mitteln versuchen, der Wohnungsnot Herr zu werden, hat sich die Re-

gierung auf einmal ihrer Pflicht erinnert, daß vor den Wahlen auch in der Wohnungsfrage etwas geschehen müsse. Eines Tages ist die Bevölkerung von der Mitteilung der Regierung überrascht worden, daß ihr Finanziers, Bankiers und andere Leute 100 Milliarden für den Neubau von Wohnungen zur Verfügung stellen werden. In den Wählerversammlungen der Parteien hat diese Regierungsmitteilung eine hervorragende Rolle gespielt und es ist in vielen Versammlungen darüber gesprochen worden. Die an dem Neubau von Wohnungen besonders interessierte Bevölkerung, die arbeitenden Menschen, die wohnungslos sind, in der Stadt und auf dem Lande, waren der Meinung: Wir bekommen jetzt auch vom Bund 100 Milliarden Kronen. Das ist allerdings für die Vinderung des Wohnungselends nicht viel, das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein, aber immerhin etwas, mit dem man wenigstens die begonnene Bautätigkeit fortsetzen kann, damit wenigstens nicht dasjenige, was die Bevölkerung durch Selbsthilfe begonnen hat, vollständig zugrunde geht. Nun bringt die Regierung und die Mehrheit als Resultat dieser Mitteilung eine Vorlage, welche besagt, wenn wir einigen reichen Leuten, die bisher nicht so gewohnt haben, wie es ihren Bedürfnissen entspricht, die Möglichkeit geben, weniger Steuern zu zahlen, Steuererleichterungen geben, dann erwarten wir, daß diese reichen Leute sich nun endlich selbst eine Wohnung bauen werden. *(Zwischenrufe.)* Das ist der Sinn dieser Gesetzesvorlage. Die Regierung hat ja gar keinen Beweis in der Hand, daß einer dieser Leute, denen sie diese Begünstigung gewähren will, auch nur einen Ziegelstein auf den anderen darauflegen wird. Wo ist die Gewähr, die Garantie dafür?

Nehmen Sie doch die Verhältnisse, wie sie bisher waren. Sie berufen sich darauf, daß die private Wohnungsbautätigkeit unterbunden war, weil kein Anreiz dazu vorhanden war und weil die Steuerlasten für das Bauen zu hohe waren. Wenn Sie von den zirka 130.000 organisierten Siedlern in Österreich und von den zirka 600.000 wirklich wohnungsbedürftigen Menschen einen einzigen fragen, ob er glaubt, daß deshalb ein Reicher jetzt bauen wird, so wird er das nicht verstehen und wird sagen, ich glaube es nicht, deshalb wird auch keine Wohnung gebaut werden, denn die Reichen, die das Geld zum Bauen gehabt haben und von Ihrem Standpunkte aus Bedürfnis nach einem Wohnungsbau gehabt hätten, haben bis jetzt nicht gebaut, weil sie ihr Geld im neuerbauten Hause nicht genügend verzinst sahen, weil sie dabei kein genügendes Geschäft machen konnten, und die Steuererleichterung wird auch nicht den von Ihnen erhofften Anreiz bieten. Ich muß sagen, daß die Enttäuschung unter der Bevölkerung draußen deshalb so groß sein wird, weil niemand glauben

wird, daß durch Bauten, die jetzt die Reichen auf-
führen sollen, Wohnungen einst frei werden. Wenn
der ganze Erfolg dieser Gesetzesvorlage darin
besteht, daß in Wien 100, im ganzen übrigen
Österreich 50, zusammen also 150 Wohnungen
gebaut werden, dann bedeutet dies geradezu eine
Herausforderung und Provokation der notleidenden,
wohnungsbedürftigen Bevölkerung (*Zustimmung*),
weil diese sich sagen muß, wenn die Regierung
das, was sie an diesen Steuererleichterungen ge-
währt, als Steuer einnehmen und jenem Teil
der Bevölkerung und jenen Gemeinden geben würde,
die bereit sind, unter Zuhilfenahme ihrer eigenen
Mittel Wohnungen zu bauen, dann würden nicht
150, sondern 500 oder vielleicht 1000 Wohnungen
geschaffen werden. (*Sehr richtig!*)

Man muß sich doch in die Denkweise des Teiles
der Bevölkerung hineinfinden, der seit drei und
mehr Jahren keine eigene Wohnung hat. Ich will
Ihnen ganz kurz aus meiner Erinnerung einige
Feststellungen aufzeigen, die ich persönlich gemacht
habe. Ich habe im Jahre 1921 von den Mit-
gliedern einer Siedlungsgenossenschaft, 700 Familien
an der Zahl, in Wien die Wohnverhältnisse er-
hoben und dabei festgestellt, daß nicht weniger als
231 Familien in dem sogenannten Wiener Kabinett,
das ist bekanntlich eine einräumige Wohnung, ge-
wohnt haben, davon wieder 47 in einem solchen ein-
räumigen Kabinett, in dem zwei und in fünf Fällen
sogar vier Familien zusammen gewohnt haben (*Hört!*);
ein Fall ist, wo gar 18 Köpfe, und zwar Kinder
und ein Greis, also fast alle Altersstufen beiderlei Ge-
schlechtes vom Kinde bis zum Greise, vertreten waren.
Wenn Sie den Bericht des Wohnungsamtes der
Gemeinde Wien über die Wohnungsverhältnisse der als
besonders bedürftig klassifizierten durchlesen, so muß
ich sagen, diese Menschen werden durch diese Vor-
lage zum Äußersten gereizt, denn Sie treiben sie
damit zur Verzweiflung (*Widerspruch — Beifall*),
die werden wütend (*Beifall und Händeklatschen*),
sie sagen sich, es ist keine Aussicht auf Hilfe, jede
Hoffnung auf eine Vinderung der furchtbaren Not
ist zwecklos. Nur eine Minute erinnern wir uns
an die Situation einer Familie, die tagtäglich
arbeiten muß, eines Mannes, der täglich seinem
Berufe nachgehen muß, einer Mutter, die ihre Kinder
erziehen muß; erinnern wir uns einen Augenblick
daran, wie diesen Menschen zumute ist, wenn zwei
und mehr Familien in einer Wohnung beisammen
sein müssen. Soll ich Ihnen den furchtbaren Fall
erzählen — um wenigstens zu versuchen, Ihr Ge-
wissen aufzurütteln —, den Fall, den ich Ihnen
jederzeit beweisen kann, daß eine Mutter mit ihrem
Kinde hier in Wien in der Mariahilferstraße in
das Stundenhotel wohnen gehen und warten muß,
bis die Gäste dieses Stundenhotels ihr Zimmer
verlassen haben? Inzwischen hat die Mutter mit

ihrem Kinde unten in dem kleinen Park am Maria-
hilfergürtel gewartet. (*Hört! Hört!*) Es ist ein
Beispiel, das vielleicht — hoffentlich — in seiner
furchtbaren, erschütternden Art nicht seinesgleichen
hat, aber es ist ein Beispiel dafür, wie sehr die
österreichische arbeitende Bevölkerung unter den
Wohnungsverhältnissen leidet. (*Ruf: Auch in der
Provinz!*) Sehr richtig! Ich wollte eben auch einige
Minuten der kostbaren Zeit dieses hohen Hauses
dafür verwenden, um Ihnen zu sagen, daß es auch
in der Provinz, auf dem Lande draußen unter der
arbeitenden Bevölkerung, dem Bauernstand, vielfach
so elende und in einzelnen Fällen noch elendere
Verhältnisse gibt als in der Stadt. Der öster-
reichische Verband für Siedlungs- und Kleingarten-
wesen, der sich besonders auch mit der Verbesserung
der Wohnungsverhältnisse befaßt, hat den Gesundheits-
referenten Herrn Sektionschef Dr. Haberler, einen
Mann, gegen den sachlich und sachlich sicherlich
niemand etwas einwenden kann, gebeten, sich die
Wohnungsverhältnisse am Lande anzuschauen. Ge-
statten Sie mir, daß ich Ihnen ohne Ziffern
die Gedanken sage, die der Mann als Ergebnis
seiner Nachforschung in den Bezirken Gangsdorf und
Reiz, insbesondere aber in den Orten Alberndorf,
Markersdorf, Zellerndorf und Umgebung entwickelt
hat. Er sagt (*liest*): „Eine Wohnungsfürsorge ist
fast nirgends zu bemerken. Man läßt die Wohnungen
einfach verfallen, so daß alle Wohnungen sich in
einem Zustand größter Verwahrlosung befinden.“
Der Mann hat 60 Familien, also 60 Wohnungen
besucht (*liest*): „Türen und Fenster schließen meist
äußerst mangelhaft, die zerbrochenen Fensterscheiben
werden nicht repariert, die Fußböden sind vermo-
rcht, das Wasser saugt sich in den Wänden aufwärts
und dringt vom schadhafte Dach her in die Woh-
nungen ein. Die Familien leben meist in feuchten
Wohnungen der schlimmsten Art. Meist bestehen die
Wohnungen nur aus einem Wohnraum, die Küchen,
die dazu gehören, sind unbenutzbar, oft haben zwei
Parteien zusammen nur eine einzige Küche. Die vor-
handenen Nebenräume, die sogenannten „Kammern“,
sind oft kaum zum Aufbewahren von Lebensmitteln
brauchbar und doch schlafen in solchen feuchten und
finsternen Löchern sehr häufig die Kinder, weil im
kleinen Wohnraum kein Platz ist. Auf die Größe
der Familie wird buchstäblich nur äußerst selten
Rücksicht genommen. Es kommt nicht selten vor, daß
in den allerelendesten Räumen mit höchstens 16 bis
25 Quadratmetern Bodenfläche fünf bis neun Per-
sonen zusammengepfercht sind. Auf Verschiedenheit
der Geschlechter, des Lebensalters, wird keine Rück-
sicht geübt. Groß und Klein liegen in wenig Betten
beisammen. Der Hof des Hauses ist meist klein und
kann nicht rein gehalten werden. Niemals ist ein
ordentlicher Brunnen mit einwandfreiem Trinkwasser
zu finden. Die Beschaffenheit der Aborte und der

meisten Mißthäufen spottet jeder Beschreibung.“ Und nun bitte, was der Mann für einen Eindruck hat. Der kommt von der Stadt, ist nun auf dem Lande und nun sagt er (*liest*): „Schon der erste Anblick der Bewohner zeigt, daß sie abgearbeitet und verkrüppelt sind. Der Anblick eines wirklich gesunden Menschen, wie man sie sonst auf dem Lande trifft, ist in den besuchten Gegenden eine Seltenheit. Die Kinder sind zumeist unterernährt und tragen den Keim der Tuberkulose in sich.“ Und so hat der Mann das Urteil zusammengefaßt und ist zu dem Schluß gekommen: Wenn der Wohnungsnot, die auch auf dem Lande für die Kleinbauern herrscht, die die Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung bei uns in Österreich sind, für die Einwohner, für die Landarbeiter, nicht bald Abhilfe geschaffen wird, dann ist mit Bestimmtheit vorauszusagen, in welcher kurzen Zeit die Geschlechter zugrunde gerichtet sind. So furchtbar wirken diese Tatsachen!

Und wenn man nun, Verehrteste, dem gegenüber weiß, daß die Selbsthilfebestrebungen der Bevölkerung gezeigt haben, daß es bei einiger Mithilfe der öffentlichen Körperschaften, aber insbesondere des Bundes möglich wäre, in absehbarer Zeit, in einem Zeitraum von 4, 5, vielleicht längstens 10 Jahren eine fühlbare Vinderung der Wohnungsnot herbeizuführen, so daß damit wenigstens die Gefährdung der Arbeitskraft des Volkes beseitigt ist, die Gesundheit des Volkes nicht mehr derart geschädigt wird wie heute, dann muß man sagen, daß die Bevölkerung draußen Ihre Maßnahmen nicht verstehen wird. Gestatten Sie, daß ich Ihnen in Erinnerung rufe, daß heuer auf der Wiener Wohnbau- und Kleingartenausstellung aufgezeigt worden ist, was von den Siedlungsgenossenschaften allein aufgebracht worden ist, um der Wohnungsnot abzuhelpen. Ich bitte, es haben in der Zeit von 1921 bis 1923 zwölf Siedlungsgenossenschaften beim Bau von 552 Wohnhäusern, also 552 Wohnungen, 402.410 Arbeitsstunden geleistet, ohne Entlohnung, in ihrer berufsfreien Zeit, für die sonst gelernte Professionsisten verwendet hätten werden müssen. In derselben Zeit und für denselben Zweck sind 1.338.284 Arbeitsstunden geleistet worden, die sonst von ungelernten Hilfsarbeitern verrichtet hätten werden müssen. Die Lohnsumme, die dadurch erspart wurde, nach dem jeweiligen Kollektivlohnvertrag gerechnet, macht nicht weniger als 12.245.000 K aus. Und heute ist es in Österreich so, daß überall dort, wo eine Siedlungsgenossenschaft ist — und es gibt deren einige Hundert und bekanntlich gibt es nicht nur Siedlungsgenossenschaften, in denen sozialdemokratisch denkende Menschen sind, sondern auch christlichsoziale und großdeutsche —, jeder Siedler, wenn er es auch nicht in Geld zu leisten vermag, durch seine Arbeitsleistungen, ungefähr 12 Millionen Kronen pro Haus zu den Kosten seines Hauses beiträgt. Jetzt frage

ich Sie, Verehrteste: Tausende sind da, die entweder schon Geld oder Arbeitsleistungen vollbracht haben. Ich kann Ihnen nun an einer Liste den Beweis dafür liefern, daß wir nach den zuletzt gemachten Erhebungen gegenwärtig nicht weniger als 471 Wohnungen in den verschiedenen Siedlungs- und Wohnungsbau-genossenschaften haben, die entweder gänzlich oder fast fertig sind, entweder ein Dach haben oder keines, die jetzt zum zweiten Male überwintern müssen, denen der Bund vor einem, zwei Jahren Geldzuschüsse gegeben hat und die nun zugrunde gehen müssen, die zerfallen. Nicht nur die Leistungen der Siedler werden vernichtet, sondern auch die Gelder, die der Bund in diese Wohnungen hineingesteckt hat, sind verloren, weil Sie auf einmal entdeckt haben, daß es zweckmäßiger ist, den Reichen zu sagen: Baut Wohnungen und ihr bekommt Steuererleichterungen! Deshalb müssen diese ungeheuren Werte zugrunde gehen, deshalb muß die Arbeitslust dieses braven arbeitenden Volkes in Österreich unterdrückt werden, das in seinen berufs-freien Stunden in den Siedlungen auch zu einer Zeit gearbeitet hat, wo die Feinde des arbeitenden Volkes in die ganze Welt hinausposaunt haben: In Österreich wird nicht gearbeitet! In dieser Zeit haben diese Menschen außer ihrer Arbeit im Bureau, in den Fabriken, in der Landwirtschaft in ihren Feierstunden an der Schaffung einer Wohnung mitgearbeitet. Und das alles soll zerstört, das alles soll vernichtet werden! Dafür soll es keine Wieder-aufstehung geben, weil Sie nicht den Mut haben, der Bevölkerung offen zu sagen, daß Sie durch Ihre Abmachungen mit den ausländischen Kapitalmächten, daß Sie durch Ihre Verbindlichkeiten, die Sie gegenüber volksfremden Elementen eingegangen sind, nicht in der Lage sind, augenblicklich jene Steuermaßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um diese ungeheuerliche Wohnungsnot lindern zu helfen. Denn, meine Verehrtesten von der Mehrheit dieses Hauses, das werden Sie niemandem, der wohnungsbedürftig ist und der arbeiten will, um das Wohnungsbedürfnis zu lindern, einreden können, daß das, was die Gemeinde Wien in der Zeit der Sanierung, in der Zeit der Entbehrungen und Schwankungen, daß das, was zum Beispiel die Gemeinden Stockerau, St. Pölten an der Triesling, was Groß-Perndorf und das kleine Brunn bei Pöchlarn zustande bringen, daß das der Bund mit seinen gesamten Bundesländern nicht auch zu tun imstande wäre! Und wenn heute hier in einer Resolution, die uns vom Abg. Volker zur Annahme unterbreitet wird, erklärt wurde, Sie wollen den Beschluß, der schon vor einem Jahre vom gesamten Hause angenommen worden ist, dann wieder aufleben lassen, wenn sich zeigt, daß die Absichten der heutigen Vorlage nicht verwirklicht worden sind, so erkläre ich Ihnen, daß dann diejenigen, die es

angeht, dafür nur ein Lächeln übrig haben werden. Wir brauchen heute gar nichts anderes zu tun — und Sie, die Mehrheit des Hauses, haben die Macht dazu —, als der Regierung mit aller Deutlichkeit zu zeigen: wir wollen, daß der vor einem Jahre gefaßte Beschluß in die Tat umgesetzt werde, daß die Reichen einfach durch eine Abfindungssumme oder dadurch, daß sie gezwungen werden, für sich eine Wohnung zu bauen, verhalten werden, das zu tun und es wird dann wirklich das Wohnungs-elend gelindert werden.

Ich muß aber auch noch das eine sagen: wenn man mitten in dem Kampfe um die Linderung der Wohnungsnot darinnen steht und hier die Widersprüche hören muß, die von den Vertretern der Mehrheit zum Besten gegeben werden, dann kann man sich nicht des Eindruckes erwehren, daß die traurige Lage, in der sich unsere Bevölkerung befindet, nicht genug ernst gewürdigt wird. Heute vormittags ist bei der Beratung eines anderen Gesetzes vom Herrn Abg. Partif dagegen Stellung genommen worden, daß die Gemeinde Wien für die Reichen die Wohnbausteuer erhöht hat. Was macht die Gemeinde Wien damit? Sie baut wirklich Wohnungen, das heißt, soweit sie nicht selbst baut, gibt sie die Steuererträge jenen Genossenschaften als Zuschüsse, die mit Hilfe derselben und unter Zuhilfenahme der Siedlerarbeit wirklich Wohnungen hergestellt haben. Jetzt kommt Kollege Volker und erklärt uns, daß diese Reichen, die von der Breitnerischen verschärften Wohnbausteuer erfaßt werden, aus dem Mieterschutzgesetz herausgenommen werden. Das soll verstehen wer will. Die Bevölkerung wird das nicht begreifen. Man wird also erkennen, daß es Ihnen gar nicht ernst damit zu tun ist. Auf der einen Seite macht der Breitner das, was die breiten Massen, die leiden und arbeiten, verlangen, und Sie verlangen wieder etwas zugunsten der Hausherren. Ich begreife, daß auch der Hausherr seine Existenzberechtigung hat; die wird ihm nicht abgesprochen. Aber soweit der Mann arbeitsfähig ist, soll er arbeiten gehen. Das andere ist eine Rentenfrage, ist eine Altersversorgungsfrage, die mit der Ausbeutung der Mieterschaft absolut nichts zu tun hat. Wir sind doch nicht dazu da, um den reichen Hausherren — soweit sie reich sind — neue Renten zuzuschaukeln, sondern die Reichen, die zahlen können, diesen Reichtum soll der Staat erfassen. Sie haben die Macht dazu, wenn Sie wollen, denn was der Breitner kann, kann auch Ihr Kienböck, wenn Sie ihm dazu die Ermächtigung geben.

Wir sind außerstande, für die Resolution, die uns der Herr Abg. Volker hier vorgelegt hat, zu stimmen. Ich erwarte, daß Sie in aller kürzester Zeit dem hohen Hause ein Gesetz unterbreiten werden, das geeignet ist, der Wohnungsnot wirklich eine fühlbare Abhilfe zu schaffen. Tun Sie das nicht,

berehrte Herren, dann mögen Sie schon zur Kenntnis nehmen, daß die Frage der Beseitigung des Wohnungselends von der Tagesordnung dieses hohen Hauses nicht mehr verschwinden wird. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Generaldebatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Partif: Hohes Haus! Ich glaube, daß sich die geehrten Herren Redner der Opposition in einem Widerspruch befunden haben. Der eine meinte, es würden hier Steuergelder verschleudert, und der andere sagte, es würden trotzdem keine Wohnungen gebaut werden. Es kommt doch hauptsächlich auf die Meinung derjenigen an, die im Baugewerbe eine Rolle spielen, und die Bauhandwerker und Baumeister begrüßen dieses Gesetz, weil dadurch die Bautätigkeit gehoben wird. Ich war der Meinung, die Hebung der Bautätigkeit würde auch von Ihrer Seite begrüßt werden, da ja dadurch nicht nur die Baumeister, sondern wenigstens 40 verschiedene Gewerbe und Bauarbeiter Verdienstmöglichkeiten erhalten und durch dieses Gesetz wird tatsächlich auch ein Anreiz zur Herstellung von Wohnräumen geschaffen werden.

Es heißt hier: Neubauten, Umbauten, Zu- und Aufbauten. Wir haben in Wien eine Menge Häuser, die das Aufsetzen eines zweiten oder dritten Stockwerkes noch ertragen und zu diesen Aufbauten regt das Gesetz mit seinen Steuerbegünstigungen sicherlich an. Jeder Wohnraum, der geschaffen wird, ist zu begrüßen. Darum werden hier — damit möchte ich die Anfrage des Herrn Kollegen Angerer beantworten — unter Neubauten alle Bauten verstanden, durch welche Wohnräume geschaffen werden, es fallen also selbstverständlich auch die Hotelbauten unter dieses Gesetz.

Herr Kollege Angerer hat auch die Befürchtung ausgesprochen, daß die Begünstigungen dieses Gesetzes keine Anwendung finden, wenn mehrere Personen zusammen ein Haus bauen. Das trifft, glaube ich, nicht zu, denn wenn zwei oder drei Personen zusammen ein Haus bauen, so wird die Baubegünstigung selbstverständlich auch ihnen zuerkannt, nicht nur den Baugesellschaften, sondern auch dem einzelnen Bauführer, welcher das Geld hergegeben hat.

Ich bitte das hohe Haus, dem Auschufsantrage seine Zustimmung zu geben und die Resolutionsanträge des Herrn Abg. Volker anzunehmen.

Der im Minderheitsantrag I enthaltene Antrag auf Übergang zur L. D. wird abgelehnt und das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Sever: § 1, Absatz 3, handelt von der Steuerbegünstigung für Geschäftshausbauten, wenn mit dem Bau auch Wohnräume zur Verfügung gestellt werden. Nun heißt es hier in Zeile 4, daß diese Steuer-

begünstigungen gegeben werden können, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Bauten wirklich dem Zwecke zugeführt werden sollen. Ich glaube, daß dieser Ausdruck „glaubhaft gemacht“ ein wenig weitgehend ist. Man weiß ja nicht, wer es eigentlich sein wird, vor dem die Glaubwürdigkeit nachgewiesen werden soll. Ich beantrage daher, daß in der 4. Zeile die Worte „glaubhaft gemacht wird, daß . . .“ gestrichen werden und daß dafür in der 6. Zeile nach den Worten „Räumlichkeiten frei“ eingesetzt werden soll „und den Gemeinden übergeben werden“. Ich glaube, meine Herren, daß Sie dieses Gesetz schaffen wollen, nicht nur um den Besitzenden die Möglichkeit zu geben, für sich selbst Wohnungen zu bauen, sondern daß Sie auch ein Interesse haben, daß sie von diesen Wohnungen etwas an die Wohnungslosen abgeben. Sie werden das aber nur erzielen, wenn Sie die Bestimmung aufnehmen, daß diese Wohnungen den Gemeinden zugewiesen werden müssen, weil ja sonst jeder, der einen derartigen Bau ausführt, selbst über diese Wohnungen verfügen wird, ohne daß die Gemeinden irgendein Recht haben, dreinzusprechen. Ich möchte Sie also bitten, diese zwei Anträge anzunehmen.

Die vorstehenden Anträge werden genügend unterstützt. Die Spezialdebatte wird geschlossen.

Berichterstatte **Partif**: Ich beantrage die Ablehnung des Antrages Sever.

Das Gesetz wird unter Ablehnung der Anträge Sever zu § 1, Absatz 3, nach dem Ausschufsantrage unverändert in 2. Lesung angenommen.

Nächster Punkt der T. D. ist der Bericht des Justizauschusses über die Regierungsvorlage (B. 4), betr. ein Bundesgesetz über die Bestrafung des unbefugten Versicherungsbetriebes (B. 60).

Berichterstatte Dr. **Schumacher**: Hohes Haus! Ich glaube, mich auf den Bericht des Ausschusses und auf die der Regierungsvorlage beigegebenen Gründe, gegen welche von keiner Seite eine Einwendung erhoben wurde, berufen zu können. (Während vorstehender Ausführungen hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)

Das Gesetz wird in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage in 2. u. 3. Lesung angenommen.

Die meritorischen Verhandlungen werden abgebrochen und es werden die auf der T. D. stehenden Wahlen vorgenommen. Gewählt werden in die ständige Parlamentskommission für Heeres-

angelegenheiten als Mitglieder: die Abg. Dr. Deutsch und Klimann und Bundesrat Dr. Hemala, als Ersatzmänner die Abg. Smitka und Dr. Waber und Bundesrat Hocheneder;

in den Sonderausschuß im Sinne des Gesetzes über die Bankkommission als Mitglieder: Allina, Glessin, Dostal, Eisler, Eldersch, Ellenbogen, Gürtler Alfred, Kollmann, Miklas, Partif, Ramef, Schiegl, Streeruwitz; als Ersatzmänner: Bauer Otto, Waber, Unterberger, Wiedenhofer, Renner, Gröger, Reiner, Waif, Gimpel, Migner, Hauels, Danneberg, Schoepfer.

Eingelangt ist eine Regierungsvorlage, betr. die Veräußerung eines Teiles des Baugrundes am Ballhausplatz in Wien und des Akademietraktes der Stiftskaserne in Wien (B. 66).

Die Regierungsvorlage B. 64 wird dem Finanz- und Budgetausschusse zugewiesen.

Nächste Sitzung Freitag, den 21. Dezember, 11 Uhr vorm. T. D.:

1. 3. Lesung des Gesetzes, betr. das Budgetprovisorium.

2. 3. Lesung des Gesetzes über die Ausprägung und Ausgabe von Silbermünzen.

3. 3. Lesung des Gesetzes, betr. die Aufhebung von Preisnachlässen beim Bezuge von unveränderten Abdrucken der Katastralmappen.

4. 3. Lesung des Gesetzes, betr. die Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über äußere Bezeichnung und Namensführung.

5. 3. Lesung des Bauaufwandsbegünstigungsgesetzes vom Jahre 1923.

6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 13), betr. die Erteilung von Darlehen zum Zwecke der Errichtung der Landwirtschaftsfrankenkassen (B. 58).

7. Bericht des Justizauschusses über die Regierungsvorlage (B. 9), betr. die Streitwertnovelle vom Jahre 1920 (B. 56).

8. Bericht des Justizauschusses über die Regierungsvorlage (B. 8), betr. die Vereinfachung des Verfahrens außer Streitfachen (B. 61).

9. 1. Lesung der Regierungsvorlage (B. 43), betr. die Abgabenteilungsnovelle.

10. 1. Lesung der Regierungsvorlage (B. 15), betr. das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften zu den Bundesbehörden.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 25 Min. nachm.